



Landtag von Baden-Württemberg

44. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 8. Mai 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 9:36 Uhr

Schluss: 16:25 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3001	3. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes und der Hochschulgesetze – Drucksache 13/2030	3024
Glückwünsche zum Geburtstag der Staatssekretärin Johanna Lichy	3001	Abg. Pfister FDP/DVP	3025
Begrüßung des Generalkonsuls der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Peter W. Bodde	3001	Abg. Pfisterer CDU	3027
Begrüßung einer Delegation der Deutsch-Französischen Brigade	3052	Abg. Carla Bregenzer SPD	3028
1. Aktuelle Debatte – Fehleinschätzungen, Unbelehrbarkeit und Rechthaberei – Die politische Verantwortung der Landesregierung vor dem Hintergrund der Entwicklung der staatlich mitfinanzierten so genannten „International University in Germany“ – beantragt von der Fraktion der SPD	3001	Abg. Theresia Bauer GRÜNE	3030
Abg. Carla Bregenzer SPD	3001, 3009	Minister Dr. Frankenberg	3032
Abg. Dr. Vetter CDU	3002, 3010	Beschluss	3035
Abg. Pfister FDP/DVP	3003, 3011	4. Fragestunde – Drucksache 13/2037	
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	3004, 3011	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Rückstufung von Bundesstraßen in den weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans durch den Bund	3035
Minister Dr. Frankenberg	3005, 3012	Abg. Behringer CDU	3035, 3036
2. Aktuelle Debatte – Bedeutung der Agenda 2010 für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	3014	Staatssekretär Mappus	3035, 3036
Abg. Hofer FDP/DVP	3014	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Stuttgart?	3036
Abg. Dr. Birk CDU	3015, 3022	Abg. Gaßmann SPD	3036, 3037
Abg. Drexler SPD	3016, 3021	Staatssekretär Rau	3036, 3037
Abg. Kretschmann GRÜNE	3018, 3023	Abg. Walter GRÜNE	3037
Minister Dr. Döring	3019, 3024	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	3037
Abg. Dr. Noll FDP/DVP	3020	Abg. Kretschmann GRÜNE	3037
		4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – OLG-Senate in Freiburg	3038
		Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	3038
		Ministerin Corinna Werwig-Hertneck	3038

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller – Drucksache 13/1963	3038	ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des SWR, des ZDF und des Deutschlandradios – Drucksachen 13/1420, 13/1860, 13/1568, 13/1579, 13/1593, 13/1909 ...	3063
Abg. Veronika Netzhammer CDU	3038	Beschluss	3063
Abg. Rivoir SPD	3039	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum vom 7. März 2003 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik; EU-Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der AGEN-DA 2000 – Drucksachen 13/1903, 13/2029	3063
Abg. Hofer FDP/DVP	3040	Beschluss	3063
Abg. Oelmayer GRÜNE	3040	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Oktober 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 16) – Haushalts- und Wirtschaftsführung der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt Baden-Württemberg (Otto-Graf-Institut) – Drucksachen 13/1455, 13/1990	3064
Staatssekretär Dr. Mehrländer	3041	Beschluss	3064
Beschluss	3041	12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. März 2003 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1995 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1993 (Nr. 9) – Beherbergungs- und Bewirtschaftungsbetrieb der Fachhochschule – Drucksachen 13/1959, 13/1991	3064
6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Maßnahmen der Landesregierung gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1010	3041	Beschluss	3064
Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	3042	13. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/2014, 13/2015, 13/2016, 13/2017, 13/2018	3064
Abg. Dr. Carmina Brenner CDU	3043	Beschluss	3064
Abg. Hofer FDP/DVP	3044	14. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1968	3064
Abg. Boris Palmer GRÜNE	3046	Beschluss	3064
Staatssekretär Dr. Mehrländer	3047	Nächste Sitzung	3064
Beschluss	3050		
7. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Umsetzung Juniorprofessur – Drucksache 13/1014	3050		
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	3050		
Abg. Dr. Klunzinger CDU	3052		
Abg. Carla Bregenzer SPD	3053		
Abg. Pfister FDP/DVP	3054		
Minister Dr. Frankenberger	3055		
Beschluss	3056		
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Februar 2003 – Der Europäische Konvent bei Eintritt in die Phase der Formulierung – Drucksachen 13/1854, 13/1910	3056		
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	3056		
Abg. Maurer SPD	3058		
Abg. Theurer FDP/DVP	3059		
Abg. Kretschmann GRÜNE	3060		
Minister Dr. Christoph Palmer	3061		
Beschluss	3063		
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Berichten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der in der			

Protokoll

über die 44. Sitzung vom 8. Mai 2003

Beginn: 9:36 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 44. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Dienstlich verhindert ist heute Herr Minister Stratthaus.

(Abg. Hauk CDU: Ui!)

Meine Damen und Herren, heute hat Frau Kollegin Lichy Geburtstag.

(Beifall im ganzen Haus)

Im Namen des gesamten Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich, Frau Kollegin, und wünsche Ihnen alles Gute.

Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß dem Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Peter W. Bodde. Er hat seinen Sitz in Frankfurt und ist auch für Baden-Württemberg zuständig.

(Beifall im ganzen Haus)

Herr Generalkonsul, ich wünsche Ihnen weiterhin einen angenehmen Aufenthalt im Land Baden-Württemberg, bei uns hier in Stuttgart und gute, erfolgreiche Gespräche.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Fehleinschätzungen, Unbelehrbarkeit und Rechthaberei – Die politische Verantwortung der Landesregierung vor dem Hintergrund der Entwicklung der staatlich mitfinanzierten so genannten „International University in Germany“ – beantragt von der Fraktion der SPD

Gesamtdauer: 40 Minuten, Redezeit für die einleitenden Erklärungen je fünf Minuten und für die Redner in der zweiten Runde ebenfalls je fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem Ceterum censeo beginnen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist immer schlecht!)

– Es ist immer gut, darauf hinzuweisen, dass die SPD-Landtagsfraktion private Investitionen in unserem staatlichen Hochschulbereich begrüßt. Wir begrüßen ebenso private Investitionen in privaten Bereichen, und es gibt eine Fülle

von privaten Hochschuleinrichtungen in diesem Land, die Beispielhaftes leisten. Wir wünschen diesen Einrichtungen weiterhin alles Gute.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Die alle Schwierigkeiten haben!)

Unsere Aktuelle Debatte richtet sich an den Ministerpräsidenten, an die Minister, an die Regierungsfractionen. Wir werfen ihnen Fehleinschätzung, Unbelehrbarkeit und Rechthaberei vor. Lassen Sie es mich belegen.

Fehleinschätzungen liegen bei der Attraktivität und der Schlüssigkeit des Konzepts vor. Sie liegen bei der Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten der Studierenden vor. Sie saßen bei der Attraktivität des Standorts einer Fehleinschätzung auf, und Sie lagen falsch bei der Tragfähigkeit des Finanzierungskonzepts.

Sie ließen sich missbrauchen zum Schlechtreden der staatlichen Hochschulen zum damaligen Zeitpunkt, und Sie sind einer Euphorie aufgesessen, die in dem Bekenntnis des damals zuständigen Wissenschaftsministers von Trotha gipfelte, der Tag des Kabinettsbeschlusses, wonach zwei so genannte private Universitäten staatliche Zuschüsse erhalten, sei ein historischer Tag. Der damalige Finanzminister Mayer-Vorfelder sagte: Geld spielt keine Rolle; wir haben eh keines. Und der Ministerpräsident dieses Landes bekannte, er würde seine Kinder nicht dort hinschicken. Ich füge hinzu: Aber das Geld der Landeskinder hat er bedenkenlos hingeschickt.

Zweiter Punkt unseres Vorwurfs: Rechthaberei. Wir haben über fünf Jahre hinweg die öffentlich gewordenen Probleme in Initiativen, in parlamentarischen Anfragen aufgegriffen, und wir haben Sie zum Handeln aufgefordert. In Ihren Antworten haben Sie gerechtfertigt, haben Sie kleingeredet, haben Sie sich vor Antworten, vor Handlungen gedrückt, haben Sie Nebelschwaden geworfen. Sie haben unsere Anfragen als zum Schaden der Einrichtungen und als Schlechtreden dieser Einrichtungen denunziert. Selbst in der letzten Sitzung des Wissenschaftsausschusses vor vier Wochen, als die wirtschaftliche Schieflage der International University in der Öffentlichkeit schon bekannt war, haben Sie als Minister und haben die Regierungsfractionen es abgelehnt, die Nachweise über die wirtschaftliche Situation der IU und die Verwendung der Landesgelder auf den Tisch zu legen. Wir hatten einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie haben ihn abgelehnt.

Dritter Vorwurf: Unbelehrbarkeit. Die Warnungen vor dem Einstieg des Staates in die privaten Einrichtungen haben Sie

(Carla Bregenzer)

1997 in den Wind geschlagen. Als 2000 eine Landesbürgerschaft für die Studiengebühren beantragt wurde und das Finanzministerium von einer äußerst knappen Finanzlage sprach, haben Sie dies ignoriert. Selbst die IU-Chefin hat immer wieder deutlich gemacht, dass die in Millionenhöhe erwarteten Sponsorengelder nicht geflossen sind. Das wollten Sie nicht hören. Das Ergebnis einer vergleichenden Untersuchung des Stifterverbands, der der IU eher Mittelmäßigkeit bescheinigt hat, wurde von Ihnen schöngeredet. Als die Akkreditierung negativ auszugehen drohte, haben Sie diese abgebrochen. Sie haben den Kabinettsbeschluss von 1997, der die positive Akkreditierung verbindlich vorgesehen hat, aufgehoben und einen Kabinettsbeschluss herbeigeführt, der – ohne weitere Auflagen – eine staatliche Anerkennung bis zum Jahr 2010 garantiert.

Sie haben die Maxime „Privat finanziert Privat“ schmählich missachtet. Sie haben sich von der Aussage blenden lassen, in kürzester Zeit würden höchstmögliche Sponsorengelder, höchstrangige Professoren und eine Flut von zahlungswilligen und zahlungsfähigen Studierenden in diese Hochschulen kommen.

Es ist noch nicht zu spät, aus diesen Schwierigkeiten Lehren zu ziehen. Es kann noch nicht zu spät sein, um zu vermeiden, dass das Landesgeld gänzlich verloren ist. Deshalb verlangen wir von Ihnen Konsequenzen. Wir fragen Sie, Herr Minister:

Erstens: Was ist die rechtliche Grundlage der staatlichen Anerkennung der IU bis zum Jahr 2010?

Zweitens: Wo ist der bleibende Mehrwert dieser privaten Einrichtung, damit die Landesmittel auch wirklich gerechtfertigt sind?

Drittens: Wo nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber den Studierenden wahr, die das Recht haben, ihr begonnenes Studium auch abzuschließen?

Viertens: Sind Sie an dem Rettungsversuch beteiligt und, wenn ja, wie?

Fünftens: Wie werden Sie nach diesen Erlebnissen die zukünftig kommenden Finanzansinnen beantworten?

Sechstens: Wie rechtfertigen Sie Landesmittel in Millionenhöhe in Zeiten knapper Kassen, wenn Sie gleichzeitig Studierende zur Sanierung des Haushalts heranziehen?

Siebtens: Wie gehen Sie mit der IU und mit dem SIMT um? Heute ist ja in der Zeitung zu lesen, dass nicht nur die IU in Schwierigkeiten ist, sondern auch das SIMT nicht mehr so funktioniert, wie es das ursprüngliche Konzept vorsah. Was werden Sie tun?

Darauf erwarten wir heute von Ihnen eindeutige Antworten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Vetter.

Abg. Dr. Vetter CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte ist ein Teil des langjährigen Privatkriegs der Frau Kollegin Bregenzer gegen die Internationale Universität in Deutschland.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezuto SPD: Das wird seine Gründe haben!)

Nachdem hier mit dem lateinischen Spruch „ceterum censeo“ bildungspolitisch schon Maßstäbe gesetzt worden sind, antworte ich ebenfalls mit einem lateinischen Spruch: „et respice finem“ – beachte das Ende.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Genau das ist es! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, was ist Sache? Ich stelle fest: Die Internationale Universität in Bruchsal – ein Experiment in der Hochschullandschaft – hat eine hervorragende Aufbauleistung erbracht.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Hört, hört!)

Sie hat noch nicht alle Ziele erreicht. Sie ist ein Juwel in der Universitätslandschaft Deutschlands, und – dies ist die Aussage des Wissenschaftsrats – ihr muss eine Chance gegeben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen gibt es keinen falscheren Zeitpunkt als diesen Tag, um eine solche aktuelle Diskussion auszulösen – es tut mir Leid –;

(Zurufe von der SPD)

denn Sie wissen, dass es zurzeit Verhandlungen gibt, diese Internationale Universität auf eine neue Grundlage zu stellen, dass mit neuen Sponsoren verhandelt wird und dass deswegen im Moment wirklich die Gefahr besteht, dass diese Institution kaputtgeredet wird und ihre Chance nicht bekommt.

(Zuruf des Ministers Dr. Christoph Palmer)

Ich bitte Sie von der SPD um Zurückhaltung.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich haben Sie das Recht, nach der Verwendung öffentlicher Gelder zu fragen. Das haben Sie ja ausführlich getan. Aber Sie haben die klare Aufklärung durch den Minister im Wissenschaftsausschuss erhalten. Diesem Minister kann man nichts vorwerfen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Außer dem Fehlen von klaren Aussagen!)

Er hat keine falschen Aussagen getroffen. Er hat klar gesagt, wie die Situation ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie von privaten Universitäten reden, dann müssen Sie diese einmal in der Gesamtlandschaft sehen. Lesen Sie einmal die Schlagzeilen zum Beispiel zu privaten Universitäten in Nordrhein-Westfalen. Die Universität Witten/Herdecke hat mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Überall in Deutschland, wo private Organisationen auf das Feld gerufen worden sind, muss man zurzeit kämpfen. Das Thema heißt: Die Sponsorengelder

(Dr. Vetter)

fließen nicht mehr. Wir, die wir in den Sport- und Kulturvereinen sitzen, wissen, was dies im Moment bedeutet, wenn wir betteln gehen müssen und Sponsorengelder einwerben müssen.

Auch in Bruchsal, auch in den anderen Bereichen fehlen glatt diese Gelder, verursacht durch die schlechte Wirtschaftslage und mit verursacht durch eine schlechte Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Immer die gleiche Leier! Baden-Württemberg ist am Schluss! Höchster Anstieg der Arbeitslosigkeit! – Gegenruf des Abg. Pfisterer CDU: Das ist die Wahrheit!)

– Ja, Sie sind eben an der Regierung. Deswegen müssen Sie sich das gefallen lassen.

Meine Damen und Herren, was ist Sache? Die Sache ist ganz einfach: 1998 wurde die staatliche Anerkennung gegeben. Damals wurde eine staatliche Finanzhilfe von 2 Millionen DM gegeben. Für die ersten drei Jahre war diese Finanzhilfe bedingungslos. Man hat damals beschlossen, dass vor den letzten beiden Raten eine positive Akkreditierung erfolgt sein muss. Diese Akkreditierung ist eingeleitet worden, meine Damen und Herren. Der Wissenschaftsrat hat sie aber nicht zu Ende geführt, sondern hat mit der Begründung: „Es ist noch nicht so weit, man muss Bruchsal eine Chance geben“ das Akkreditierungsverfahren ausgesetzt und vorgeschlagen, in fünf Jahren endgültig zu entscheiden.

Die Landesregierung hatte bei diesem Sachverhalt nur zwei Alternativen. Die eine Alternative ist die Fortsetzung der Ratenzahlung.

(Abg. Wintruff SPD: Aha!)

Die andere Alternative ist die Einstellung der Universität, die Schließung. Glauben Sie doch nicht, dass die Universität weiterleben kann, wenn Sie jetzt die zwei Raten aussetzen und nicht zahlen. Deswegen hat die Landesregierung in meinen Augen,

(Abg. Pfisterer CDU: In unseren Augen!)

in unseren Augen richtig entschieden und hat im Verfolg des damaligen Beschlusses gesagt: Die letzten beiden Raten werden nur noch gegen Sicherheit bezahlt. So ist es vorgesehen, und so wird jetzt verhandelt: Die Rate 2003 wird gegen Sicherheit des eingezahlten Stiftungskapitals von 1,3 Millionen DM gegeben, voll abgesichert, und für die nächste Rate 2004 muss Sicherheit gebracht werden, sonst gibt es kein Geld.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass staatliches Geld nicht immer nur für sichere Projekte gegeben wird. Staatliches Geld wird für Existenzgründungsmaßnahmen gegeben, für Risikoreiches, für Forschung. In der Kultur ist jede Inszenierung ein Risiko.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Das ist die Rechtfertigung auch von staatlichen Zuschüssen.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut!)

Deswegen können Sie nicht sagen: Das muss alles mathematisch immer klappen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um die Zurückhaltung, die der Universität Bruchsal die Chance gibt, das zu erreichen, was sie sich vorgenommen hat, nämlich die sichere Existenz.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut! – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gute Darstellung! Spitze!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass ich ein glühender Anhänger von mehr Wettbewerb auch zwischen den Bildungseinrichtungen bin. Ich bin ein Anhänger einer möglichst vielfältigen, bunten, pluralen Hochschullandschaft. Ich bin ein Anhänger des Wettbewerbs zwischen den staatlichen Hochschulen. Deshalb haben wir die leistungsorientierten Zuschüsse eingeführt. Und ich bin schließlich ein Anhänger des Wettbewerbs auch zwischen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen. Wenn das Ziel der heutigen Debatte darin bestehen sollte, das Sterbeglöcklein für die IU Bruchsal möglichst laut erklingen zu lassen, dann, meine Damen und Herren, haben Sie die FDP/DVP-Fraktion nicht an Ihrer Seite.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es geht nicht darum, etwas gesundzureden – denn es gibt einige Probleme; ich komme noch darauf zurück –, es geht aber auch nicht darum, etwas kaputtzureden. Aus Ihren martialischen Ankündigungen – Unbelehrbarkeit und Rechthaberei –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das Restümee!)

schimmert doch durch, dass Sie eigentlich nicht daran interessiert sind, der IU Bruchsal eine neue Chance zu geben, sondern dass Sie, wie Sie das im Ausschuss gefordert haben, heute am liebsten einen Auflösungsbeschluss für die IU Bruchsal hätten. Diesen Weg werden wir mit Sicherheit nicht mitgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Übrigen, Frau Kollegin Bregenzer, müssen Sie sich einmal überlegen, an wen Sie eigentlich Ihre Vorwürfe richten. Sie wissen genau, dass der Wissenschaftsrat die Akkreditierungsagentur ist. Der Wissenschaftsrat sagt von sich aus klar und deutlich und attestiert der IU Bruchsal, dass sie eine Bereicherung der Bildungspolitik in unserem Lande darstellt. Der Wissenschaftsrat sagt, dass die Qualifizierungsmerkmale, die Qualifikationsziele der IU Bruchsal wichtig sind und auch erreicht werden. Da geht es insbesondere um die Frage des unternehmerischen Geistes, der in Bruchsal eine große Rolle spielt, das heißt auch um die Schaffung einer neuen Gründungskultur für zukünftige Existenzgründer. Er sagt ausdrücklich, dass die Lücke im

(Pfister)

Bildungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in Baden-Württemberg durch die IU Bruchsal gut geschlossen werden kann. Den Vorwurf, den Sie dem Wissenschaftsrat machen, weil er das Akkreditierungsverfahren verlängert hat, dürften Sie ihm also eigentlich nicht machen, denn der Wissenschaftsrat stellt sich klar und eindeutig hinter zukünftige Entwicklungsperspektiven, hinter Entwicklungsmöglichkeiten der IU Bruchsal, und das finde ich eine gute Entscheidung.

Es wurde darauf hingewiesen, dass Probleme vorhanden sind. Aber ich sage noch einmal: Wir haben eine konjunkturell schwierige Zeit, und in solchen Zeiten ist es nicht einfach, von der Wirtschaft die notwendigen Gelder zu erhalten. Wir haben einen engen Zeitplan gehabt, der ganz offensichtlich nicht ausgereicht hat, um die Ziele zu erreichen. Die angekündigte Studierendenzahl von 400 ist eben bis zur Stunde nicht erreicht worden. Das sind alles objektive Schwierigkeiten, die ich gerne zugebe, aber ich sage noch einmal ausdrücklich, dass der Wissenschaftsrat von sich aus sagt, es gebe hier sehr positive Ansätze und er wolle alles tun, dass die IU Bruchsal in der Zukunft im deutschen Bildungsmarkt etabliert wird. Alles zu tun und nicht etwas kaputtzureden, sondern neue Chancen zu eröffnen, damit die IU Bruchsal im Bildungsmarkt ihren Platz finden kann, ist nicht nur eine Position des Wissenschaftsrats, sondern auch die Position der FDP/DVP-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was ist also geschehen? Nichts anderes als dies, dass das Akkreditierungsverfahren verlängert worden ist. Es findet nicht 2003/04 seinen Abschluss, sondern soll ab dem Jahr 2008 eingeleitet werden. Die finanziellen Risiken des Landes sind außerordentlich begrenzt. Es war immer klar, dass die ersten drei Tranchen als verlorene Zuschüsse gewährt werden. Das ist auch geschehen. Und es ist jetzt festgelegt, dass die letzten beiden Tranchen zunächst einmal als Kredite und als Darlehen ausbezahlt werden. Erst dann, wenn das ab 2008 laufende Akkreditierungsverfahren positiv ausgegangen ist, kann man aus diesen Krediten auch verlorene Zuschüsse machen. Aber umgekehrt heißt das auch, dass die IU Bruchsal ganz genau weiß: Wenn dieses Akkreditierungsverfahren nicht positiv verläuft, muss sie zurückzahlen. Bereits jetzt müssen von der IU Bruchsal entsprechende Sicherheiten für eine eventuelle Rückzahlung gegeben werden.

Ich bin sehr dafür, die heutige Debatte dazu zu nutzen, trotz aller zugegebenen Schwierigkeiten, auf die hingewiesen wurde, ein klares Signal von dieser Stelle aus zu geben, dass wir im Interesse einer pluralen Hochschullandschaft die IU Bruchsal nicht kaputtreden, sondern ihr eine neue Chance geben, so, wie dies auch der Wissenschaftsrat eindeutig und klar gefordert hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Als die private Hochschule in

Bruchsal vor fünf Jahren ihren Betrieb aufgenommen hat, hegten manche ganz hochfliegende Erwartungen. Heute müssen wir sehen, dass die private Universität in Bruchsal in schweres Fahrwasser geraten ist.

Aus den Anlaufschwierigkeiten ist sie immer noch nicht heraus. Herr Pfister hat es eben erwähnt: Nach wie vor ist die gewünschte Zahl an Studierenden nicht erreicht. 400 waren angestrebt; zurzeit sind es etwa 100. Das hat nichts mit konjunkturellen Schwierigkeiten zu tun – das nur am Rande. Es ist nie gelungen, das avisierte Stiftungskapital, das private Kapital zusammenzubekommen. Es wurden nie genügend private Finanzierer gefunden.

Es hat auch nichts genützt, dass in ihrem Beirat wichtige politische Persönlichkeiten beteiligt sind, die das Projekt beraten konnten. Dort sind Persönlichkeiten wie der ehemalige Wissenschaftsminister des Landes, Herr von Trotha.

(Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr guter Mann!)

Beteiligt ist der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium, Herr Heinz Heckmann. Im Beirat sitzt der ehemalige Ministerpräsident dieses Landes, Herr Lothar Späth. Außerdem sitzt Herr Wirtschaftsminister Döring im Beirat.

(Abg. Capezzuto SPD: Lauter junge Leute!)

All das hat nichts genutzt, um Finanzierer herbeizubringen. Es nutzt auch nichts, dass Vorzeigefirmen wie SAP, IBM und Siemens mit im Boot sind. Ich denke, man kann heute feststellen –

(Das Handy eines Abgeordneten klingelt. – Zurufe von der SPD: Oi!)

– Na so was!

(Abg. Capezzuto SPD: Das war nicht für Sie!)

Man kann heute feststellen, dass sich die Privatisierungseuphorie der Neunzigerjahre, deren Kind die Bruchsaler Uni ist, als Illusion erwiesen hat. Diese Privatisierungseuphorie ist oft auch mit einer guten Portion Häme und Arroganz gegenüber den staatlichen Hochschulen einhergegangen. Dies war nicht angebracht.

Unser bekanntes Cleverle Lothar Späth hat im Jahr 2002 ein Buch mit dem schönen Titel „Was jetzt getan werden muss“ veröffentlicht. In diesem Buch verrät er uns zwar nicht, was mit der „Bruchsaler Bruchlandung“ getan werden muss, er schreibt aber über diese Privathochschule. Dabei schwärmt er in den höchsten Tönen von der IU Bruchsal und spricht allen Kritikern und möglichen Bedenkenträgern jede Legitimation ab, als könne es keinen ernsthaften Grund geben, gegen die staatliche Subventionierung von privaten Hochschulen vorzugehen. Einen Satz aus diesem Buch muss ich zitieren, weil er einfach zu schön ist.

(Auf der Regierungsbank klingelt ein Handy. – Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Oi! – Abg. Kiefl CDU: Herrenlos!)

– Na so was! Ist das auch nicht für mich?

(Theresia Bauer)

(Abg. Drexler SPD zu Ministerin Dr. Annette Schavan, die das Klingeln des Handys abstellt: Sie können doch direkt mit dem Abgeordneten dort sprechen; Sie müssen nicht anrufen! – Heiterkeit)

Hat das System?

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich einen schönen Satz von Herrn Späth zitieren. Er sagt in seinem Buch „Was jetzt getan werden muss“ zu Bruchsal:

Das ist Zukunft zum halben Preis: fast zu schön, um wahr zu sein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja, ja!)

Recht hat er: Da war er ganz nah dran an der Wahrheit. Hätte er gesagt: „Zu schön, um wahr zu sein“, hätte er den Nagel auf den Kopf getroffen – oder auch, wenn er gesagt hätte: „Das ist Zukunft zum doppelten Preis.“

De facto hat die Internationale Universität in Bruchsal eine ungewisse Zukunft vor sich. Das Akkreditierungsverfahren, das eingeleitet wurde, wurde ausgesetzt. Das ist schon erwähnt worden. Es gibt Übernahmeverhandlungen mit einer privaten Investorengruppe. Es gibt Spekulationen über interne Führungsprobleme.

Dem SIMT in Stuttgart – Frau Bregenzer hat es schon erwähnt – scheint es auch nicht viel besser zu ergehen.

Aber dennoch möchte ich hier festhalten, dass diese Schwierigkeiten kein Grund sind, Häme und Spott gegenüber diesen privaten Initiativen auszugießen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich meine, auch manche der Töne, die ich von Ihrer Seite gehört habe, wenn Sie vom „Fluch der falschen Tat“ reden,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

haben ebenfalls einen gewissen Anklang an Häme, den man doch unterlassen sollte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut! – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Grundsätzlich – aber ich sage „grundsätzlich“ – ist gar nichts dagegen einzuwenden, dass eine aus privaten Mitteln finanzierte Hochschule, die gute Qualität vorweist, existieren und in Konkurrenz zu den staatlichen Hochschulen treten soll. Aber Herr von Trotha sagte bei der Gründung, er wünsche sich eine Hochschule, die Stachel im Fleisch der staatlichen Hochschulen sei. Stattdessen hat sich eine Situation eingestellt, dass man sagen muss: Die IU Bruchsal ist nicht Stachel im Fleisch geworden, die IU Bruchsal ist Dorn im Auge der staatlichen Hochschulen geworden, und das nicht zu Unrecht.

Denn auf dieser Hochschule steht nur privat drauf, es ist noch lange nicht privat drin. Der Staat finanziert Aufbauschubventionen in Höhe von 5 Millionen € in den Anfangsjahren. Es gibt zudem Ausfallbürgschaften für die Studien-

gebühren von über 2 Millionen €. Es gibt drittens Subventionen der Kommune dadurch, dass Gelände und Gebäude mietfrei zur Verfügung gestellt werden. Das, muss man doch sagen, ist für die staatlichen Hochschulen wirklich kein Pappenstiel, wenn sie gleichzeitig erleben müssen, dass ihre Mittel bei wachsenden Studierendenzahlen gekürzt werden.

In der zweiten Runde werde ich noch etwas dazu sagen, worin eigentlich der Kern des Problems besteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich will nicht bestreiten, dass auch Handyläuten zur Auflockerung unserer Debatten führen kann. Trotzdem möchte ich, nachdem jetzt alle Handyeigentümer hier im Saal anwesend sind, noch einmal darauf hinweisen, dass es untersagt ist, das Handy im Plenarsaal in Betrieb zu haben.

Jetzt erteile ich Herrn Wissenschaftsminister Professor Frankenberg das Wort.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich selber stelle mir eine erste Grundfrage zur Anfrage der SPD,

(Abg. Wintruff SPD: Sie sollten doch antworten!)

nämlich warum sie eine meiner Meinung nach wenig sachdienliche, sondern eher polemische Titulatur für die von ihr beantragte Aktuelle Debatte gewählt hat, wenn sie doch Sachaufklärung und keine Polemikantwort haben will. Denn die Begriffe Fehleinschätzung, Unbelehrbarkeit und Rechthaberei scheinen mir nicht danach zu klingen, Sachaufklärung zu verlangen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Minister Dr. Christoph Palmer: Sehr gut! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Haben die Sie so getroffen?)

sondern scheinen mir den Tenor zu haben, in gewisser Weise auszudrücken, dass der SPD-Fraktion Privatinitiativen im Hochschulbereich nicht besonders willkommen sind.

(Abg. Schmiedel SPD: Wenn sie privat sind, schon! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben mir doch von Anfang an zugehört?)

Wenn wir alles Private, was auch unter SPD-Regierungen gemacht worden ist, kritisieren wollten, dann hätten wir wahrscheinlich auf Jahre hinaus Sitzungen zu diesem Punkt vor uns.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wollen Sie jetzt privat, oder wollen Sie staatlich? Eiern Sie doch nicht herum!)

Ich will nun sagen, worum es eigentlich in der Sache geht. In der Sache geht es um eine private Hochschule, um eine Privatinitiative, die staatliche Anschubmittel erhalten hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

(Minister Dr. Frankenberg)

Wie gesagt, staatliche Anschubmittel gibt es in vielen Bereichen; sonst würden wir keine Unternehmensgründungen, keine Start-ups finanzieren. Damit könnten wir natürlich auch aufhören; dann hätten wir wahrscheinlich noch mehr Arbeitslose, als wir jetzt schon haben.

Es geht aber auch um ein Unternehmen, es geht um Arbeitsplätze in Bruchsal, und es geht um Ausbildungsplätze. Es ist eindeutig, dass man ein Unternehmen allein schon dadurch schlechtreden und sozusagen ins Aus reden kann, wenn man von „wirtschaftlicher Schieflage“ redet

(Minister Dr. Christoph Palmer: Das ist ja die Absicht!)

und diese wirtschaftliche Schieflage offenbar macht.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die war nicht von uns offenbar gemacht!)

– Wir haben nie von „wirtschaftlicher Schieflage“ gesprochen,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie lesen doch auch Zeitung!)

und auch der Wissenschaftsrat hat eine solche nicht festgestellt.

Man kann eben eine solche Einrichtung auch durch eine öffentliche Debatte mit einem bestimmten Tenor – und für diesen Tenor steht auch die Titulatur dieser Aktuellen Debatte – zugrunde reden und muss dann natürlich auch die Mitverantwortung dafür übernehmen.

(Abg. Knapp SPD: Suchen Sie jetzt andere Schuldige? – Abg. Drexler SPD: Stellen Sie doch den Landtag ein! Dann gehen wir heim! Wollen Sie den Parlamentarismus abschaffen?)

– Herr Drexler, es kommt nicht nur darauf an, was man fragt, sondern es kommt auch darauf an, wie man fragt, mit welchem Tenor man redet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wir werden unsere Anfragen das nächste Mal demütig machen! Wir machen sie nächstes Mal noch demütiger! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Gelassenheit, Herr Kollege!)

Es ist ja auch eine generelle Frage: Wie gehen wir überhaupt mit Privatinitiativen, mit kleinen und mittleren Unternehmen um? Wenn man die Politik der Bundesregierung betrachtet, dann muss man sagen: Es gibt offenbar politische Kreise,

(Abg. Capezzuto SPD: Keine Ablenkung! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt einmal zum Thema Bruchsal!)

die wenig übrig haben für kleine und mittlere Unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum antworten Sie denn nicht auf meine Fragen?)

Zu Ihren Erläuterungen, Frau Bregenzer, der Interpretation des Stifterverbands ist zu sagen: Der Stifterverband hat selber ausgedrückt, dass Sie ihn in seiner Bewertung dieser Privatuniversität sehr einseitig und nur zum Nachteil von Bruchsal interpretiert haben. Wir versuchen eine neutrale Bewertung. Die Bewertung des Stifterverbands hat Positives und Negatives. Man sollte, wenn man ihn erwähnt, auch das Positive erwähnen. Die Wahrheit ist differenzierter als die Einseitigkeit, mit der Sie die Lage in Bruchsal geschildert haben. Die andere Rednerin der Opposition hat dies Gott sei Dank differenzierter gesehen. Die Lage der Universität Bruchsal ist ja vom Wissenschaftsrat analysiert worden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Er hat nicht nur das Akkreditierungsverfahren betrachtet, sondern er hat auch die wirtschaftliche Lage analysiert

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Eben! Der Vorwurf geht gegen den Wissenschaftsrat!)

und hat dabei keine wirtschaftliche Schieflage festgestellt. Die IU Bruchsal ist ein privates Unternehmen in eigener Verantwortung, aber sie ist vom Wissenschaftsrat geprüft worden, und der hat dies sehr sorgfältig gemacht. Nach der sorgfältigen Evaluation durch den Wissenschaftsrat gibt es keine Begründung dafür, dass eine wirkliche wirtschaftliche Schieflage gegeben wäre, die diese Hochschule jetzt unmittelbar vor dem Aus stehen ließe, wie der Eindruck erweckt wird.

Was ist die Sachlage? Es handelt sich um ein privates Unternehmen. Das muss man immer sehen. Es gibt aber die Notwendigkeit der staatlichen Anerkennung, wenn die Abschlüsse anerkannt sein sollen. Die Landesregierung hat am 11. Februar 1998 – befristet auf fünf Jahre – eine staatliche Anerkennung ausgesprochen und zugleich eine Anschubfinanzierung, die erwähnt worden ist, von 2 Millionen DM jährlich für fünf Jahre ab 2000 beschlossen.

Der Grund für die Finanzierung war ein innovatives Konzept mit Bachelor- und Master-Studiengängen, die Internationalisierung dieser Studiengänge. Die Voraussetzung für die Auszahlung der letzten beiden Raten war ein Akkreditierungsverfahren. Wir haben uns grundsätzlich für ein Akkreditierungsverfahren durch den Wissenschaftsrat ausgesprochen. Das heißt, die Landesregierung hat bewusst für private Initiativen hohe qualitative Hürden gesetzt. Denn wir haben nicht die unternehmerische Verantwortung, aber wir haben die Verantwortung dafür, die Qualität privater Einrichtungen, die wir staatlich anerkennen, zu garantieren. Dafür ist der Wissenschaftsrat der richtige Weg.

Was hat der Wissenschaftsrat festgestellt? Er hat Positives in der Lehre festgestellt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, so ist es!)

Er hat festgestellt, dass die IU Bruchsal eine Chance für die Zukunft hat. Das sollte man unbedingt erwähnen. Denn das war die Grundlage unserer Entscheidung. Und er hat Defizite in der Forschung festgestellt, weil er eben Bruchsal als Universität sieht. Und zu einer Universität gehört ein Forschungsteil. Das heißt, er hat Mängel festgestellt, die er

(Minister Dr. Frankenberger)

aber für behebbar hält. Insofern hat er in völliger Konsequenz zu dem Kabinettsbeschluss bei der Anerkennung eine Modifikation vorgenommen, die aber völlig in der Linie des damaligen Beschlusses liegt, nämlich nicht durch eine Sperre der weiteren Zuschüsse das Aus dieser Hochschule zu bewirken – das stünde auch im Gegensatz zur Bewertung durch den Wissenschaftsrat, der dieser Hochschule eine Chance geben will –, sondern die letzten beiden Raten an eine später vorzunehmende positive Akkreditierung des Wissenschaftsrats zu binden und damit diese Raten sozusagen in der Zwischenzeit nur als einen vorübergehenden Kredit zu geben, der dann in einen Zuschuss umgewandelt wird, wenn eine positive Akkreditierung erfolgt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Ja, bitte.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister Frankenberger, Sie reden viel davon, was der Wissenschaftsrat ausgeführt hat. Vorhin hat Herr Vetter von der CDU schon darauf hingewiesen. Im Wissenschaftsausschuss sagten Sie, es liege keine Stellungnahme des Wissenschaftsrats vor. Auf welche Quellen beziehen Sie sich denn bei diesen Aussagen des Wissenschaftsrats? Das würde uns von der Opposition sehr interessieren.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Ich bin ja selber als Minister Mitglied des Wissenschaftsrats. Die gesamte Evaluation ist sowohl in der wissenschaftlichen Kommission als auch in der Verwaltungskommission als auch im Plenum diskutiert worden. Über die vollständige Bewertung ist den Wissenschaftsratsmitgliedern zwar nicht schriftlich, aber mündlich berichtet worden, und wir haben darum gebeten, dass der Hochschule selbst vom Wissenschaftsrat sozusagen ein Mängelbericht zugeht, damit sie weiß, was abzustellen ist. Das ist aber kein öffentlicher Bericht, sondern der ist ausgesetzt und wird dann gegeben, wenn das unterbrochene Verfahren wieder aufgenommen und zum Abschluss geführt wird. Aber ich hatte selbst stundenlang Berichte über die IU Bruchsal gehört und habe im Wissenschaftsrat auch entsprechend mitdiskutiert. Es gibt einen Beschluss des Wissenschaftsrats, darüber keinen Bericht nach außen zu geben, sondern das Verfahren nur zu unterbrechen.

(Abg. Drexler SPD: Und worüber berichten Sie jetzt? Über den Bericht, den Sie gehört haben? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Herr Drexler, wenn ich selber über Stunden an einer Diskussion teilnehme, bin ich in der Lage, darüber zu berichten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Warum haben Sie dann im Ausschuss nicht berichtet? – Weitere Zurufe von der SPD – Abg. Reichardt CDU: Der Drexler kann das nicht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Ruhe! Wenn man ein abgewählter Bundestagsabgeordneter ist, sollte man nicht in den Landtag gehen! – Unruhe)

– In diesem Tenor habe ich auch im Wissenschaftsausschuss berichtet.

(Abg. Drexler SPD: Nein, im Wissenschaftsausschuss gab es keinen Bericht! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Ja, bitte.

Präsident Straub: Bitte, Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Vielen Dank. – Herr Minister, stimmt es, dass der Antrag auf Aussetzung dieses Akkreditierungsverfahrens von der Landesregierung gestellt wurde?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Antragsteller war die IU Bruchsal, und sie hat auch den Antrag auf Aussetzung des Verfahrens gestellt. Das geschah allerdings in mündlichen Verhandlungen, wie sich ja auch das gesamte Verfahren im Wesentlichen auf eine Vor-Ort-Begehung und auf die Beantwortung schriftlicher Fragen gestützt hat. Es war der Wunsch der IU Bruchsal, das Verfahren auszusetzen. Wir sind nicht Herr dieses Verfahrens, sondern wir fordern die privaten Hochschulen auf, um eine Akkreditierung nachzusuchen. Das ist ja nicht unsere Hoheit.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Bitte sehr.

Präsident Straub: Bitte, Herr Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Minister, warum ist dann im Ausschuss ein Bericht abgelehnt worden, nachdem Sie einen Bericht hatten?

(Minister Dr. Christoph Palmer: Er hat doch gerade das Verfahren erläutert!)

– Nein, er gab keinen Bericht. Die Abgabe eines Berichts ist im Ausschuss abgelehnt worden. Jetzt gibt er einen Bericht ab. Den hätte er doch im Ausschuss geben können.

(Abg. Reichardt CDU: Herr Minister, noch mal erklären für die Anfänger!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberger: Ich habe hier aus den Sitzungen des Wissenschaftsrats berichtet, und der Wissenschaftsrat hat ausdrücklich keinen Bericht abgegeben und wird auch keinen Bericht abgeben. Insofern kann ich auch keinen Bericht für den Wissenschaftsrat und auch keinen Bericht des Wissenschaftsrats abgeben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie schüren doch den Verdacht! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Sie wissen doch alles!)

(Minister Dr. Frankenberg)

– Also, dass ich alles wisse, ehrt mich zwar, aber ich berichte hier nur das, was ich weiß. Das ist wahrscheinlich nicht alles, sondern –

(Zuruf von der SPD: Was Sie wollen! – Abg. Schmid SPD: Können wir sicher sein, dass Sie alles berichten? – Zuruf von der SPD: Das ist nicht viel!)

– Ich weiß schon, was ich will. Wenn Sie das meinen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Abg. Pfisterer CDU: Die Diskussion ist wie die Anfrage: naiv! – Unruhe)

Ein Minister, der nicht weiß, was er will, wäre wahrscheinlich fehl am Platze.

Ich will aber zur Sache zurückkommen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Frau Abg. Bregenzer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Ja.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister, ich habe das Protokoll der Wissenschaftsausschusssitzung hier. Wir hatten ja da den Antrag gestellt, Sie sollten uns den Bericht des Wissenschaftsrats vorlegen.

(Zuruf von der CDU: Es gibt doch keinen!)

Wir hatten auch nach der finanziellen Situation der IU gefragt. Sie haben sich dazu sehr allgemein geäußert. Sie haben eindeutig gesagt: Es gibt keinen Bericht

(Zuruf von der CDU: Ja!)

des Wissenschaftsrats. Jetzt reden Sie von einem Bericht des Wissenschaftsrats.

(Zurufe von der CDU: Nein! – Unruhe)

– Entschuldigen Sie bitte! Wie kann Herr Pfister aus einem Bericht des Wissenschaftsrats zitieren – was er in seiner Rede gerade gemacht hat –, wenn es ihn nach Ihren Aussagen nicht gibt?

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Sie haben in dieser Sitzung gesagt, Sie nähmen an, dass die finanzielle Situation der IU weiterhin gut sei. Wieso nehmen Sie das an, wenn Sie über alles so genau informiert sind, und warum haben Sie und die Regierungsfractionen dann abgelehnt, einen schriftlichen Bericht über die wirtschaftliche Situation der IU vorzulegen, wie es übrigens im Jahr 2000, als es um die Landesbürgschaften ging, selbstverständlicher Brauch war?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Ich möchte die Sachlage noch einmal klar machen: Der Wissenschaftsrat hat keinen Bericht verfasst. Das normale Verfahren des Wissenschaftsrats sieht

bekanntlich so aus: Er schließt ein Verfahren ab, darüber gibt es einen schriftlichen Bericht, dieser schriftliche Bericht geht allen zu und wird sogar veröffentlicht. Dieses Verfahren ist unterbrochen worden, und insofern gibt es keinen Abschlussbericht. Aber ich berichte – ich bitte also, sich den Unterschied zwischen „Bericht“ und „berichten“ zu merken! –

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Wie kann man sich freuen, wenn man verarscht wird? – Weitere Zurufe von der SPD)

über die Verhandlungen des Wissenschaftsrats.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Als Philosoph ist man Sophistiker? – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Sie wissen doch, dass gelernte Hochschullehrer vielseitig sein müssen, Frau Bregenzer.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt, wir haben uns in der Sache so verhalten, dass der Tenor des Kabinettsbeschlusses voll eingehalten worden ist, dass wir aber die Existenz dieser Hochschule, der eine Chance gegeben werden muss, nicht beendet haben. Das wäre kein verantwortliches Handeln einer Landesregierung gewesen, weder hinsichtlich der Arbeitsplätze in Bruchsal noch hinsichtlich der Ausbildungsplätze, noch hinsichtlich der Notwendigkeit, dass die, die dort ein Studium begonnen haben, es auch abschließen, das heißt also in Respekt vor den Chancen und den Karrieren junger Menschen.

Insofern werden wir nach der Frist, die der Wissenschaftsrat mit der Unterbrechung des Verfahrens gegeben hat, über die endgültige Anerkennung entscheiden und dann auch darüber entscheiden, wie mit den letzten beiden Raten verfahren wird. Wenn es eine Akkreditierung gibt, dann wird so verfahren, wie der ursprüngliche Kabinettsbeschluss lautete.

Es gibt dann im Wesentlichen nur eine zeitliche Ausdehnung des Verfahrens, weil wir feststellen müssen, dass es schwierig ist, in einem Land wie der Bundesrepublik in einer privaten Initiative ein Hochschulangebot zu machen. Es ist ein schwieriges Unterfangen, in einer gebührenfreien Umgebung Gebühren für ein Produkt zu verlangen, und es ist schwieriger, als sich wahrscheinlich viele am Anfang gedacht haben. Diese verlängerte Frist muss man gewähren, weil wir nicht die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dass eine Chance auf ein gesundes Hochschulunternehmen zerstört wird.

Das Interesse der SRH-Gruppe an Bruchsal zeigt ja auch, dass es potente Interessenten gibt, die offenbar glauben oder überzeugt sind, dass diese Hochschule eine Zukunft hat. Die SRH-Gruppe ist in Hochschuldingen erfahren. Sie hat eine hervorragende Fachhochschule in Heidelberg, die ein Teil des SRH-Unternehmens ist.

Wir alle wissen, dass sich private Hochschulen in Schwierigkeiten befinden. Es gibt ja private Initiativen wie Witten/Herdecke, die – Kollege Vetter hat es erwähnt – vom Land Nordrhein-Westfalen massiv unterstützt werden. In der wirtschaftlichen Lage, in der wir jetzt sind, haben es Hoch-

(Minister Dr. Frankenberg)

schulen schwer, wenn sie sich im Wesentlichen auf Finanzierung, auf Spenden, auf Sponsoring von Unternehmen stützen wollen. Das kann aber kein Grund für eine Regierung sein, nun ihrerseits so zu handeln, dass eine solche Hochschule vor dem Aus steht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben meiner Ansicht nach fachgerecht entschieden. Wir haben für diese Hochschule auch sachdienlich entschieden. Man sollte die Sache und nicht die eigene Voreingenommenheit sprechen lassen, und wir sollten eigentlich alles tun, um private Initiativen im Land mit der gebotenen Vorsicht im Umgang mit öffentlichen Mitteln zu fördern; denn wir alle leben nur von privater Initiative und von privatem Unternehmertum.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Vetter, zum Thema Privatkrieg: Sie wissen so gut wie ich, dass die Hochschulrektoren damals, im Jahre 1997 und auch in den nachfolgenden Jahren, mit dieser Thematik immer Probleme hatten und Kritik geübt haben, zwar häufig hinter vorgehaltener Hand, aber auch öffentlich. Sie wissen, dass auch die Ministerialbürokratie, das eigene Wissenschaftsministerium, unsere kritischen Anmerkungen und Anfragen immer positiv begleitet hat, wengleich auch hinter vorgehaltener Hand; sie konnte ja die Minister nicht bloßstellen.

Sie wissen auch, dass die Kritik aus Ihren eigenen Reihen zu dieser Thematik in der Gründungsphase und bis zum heutigen Tag immer laut war. Nicht umsonst hat nicht Herr Klunzinger oder Herr Pfisterer als Ausschussvorsitzender bzw. als hochschulpolitischer Sprecher, sondern haben Sie gesprochen.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir teilen die Aufgaben! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber das hat einen Grund!)

Dass Sie als die Regierung tragenden Fraktionen und als Minister unsere Kritik am Regierungshandeln abwälzen als eine Kritik an diesen Einrichtungen und als Häme über diese Einrichtungen, zeigt uns deutlich, dass wir den Nagel genau auf den Kopf getroffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie halten das nämlich nicht aus. Sie sind nicht bereit, sich mit diesem Scheitern Ihrer Politik auseinander zu setzen. Sie sind nicht bereit, anzuerkennen, dass Sie einer Euphorie aufgesessen sind, dass Sie den kritischen Stimmen nicht gefolgt sind und dass Sie die Warnungen nicht gehört und nicht ernst genommen haben. Weil Sie dem nicht gefolgt sind und weil Sie da auf eine falsche Spur gegangen sind, deshalb versuchen Sie abzulenken. Deshalb versuchen Sie, die Schuld im Prinzip als Schattenspiel auf uns zurückzuwerfen. Dies nehmen wir aber so nicht an.

Dass Frau Bauer das Gleiche tut, scheint mir außerordentlich unverständlich.

(Abg. Reichardt CDU: Sie kennt sich aus!)

Bei den Regierungsfractionen und bei den Ministern kann ich mir das vorstellen. Das ist aber eine alte Tradition. Das hat ihr Vorgänger als hochschulpolitischer Sprecher, Herr Salomon, auch schon sehr gern gemacht.

(Lachen des Abg. Pfisterer CDU – Zuruf des Abg. Reichardt CDU – Abg. Kretschmann GRÜNE: Was sollten wir denn davon haben?)

Sich mit dem Wissenschaftsminister gut zu stellen, das ist eine der Vorübungen für bestimmte politische Konstellationen.

(Lachen bei der CDU und den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Die Angst der SPD! – Abg. Schmiedel SPD: Jetzt ist es raus! – Unruhe)

Jeder – sowohl die Fraktionen als auch die Minister als auch Einrichtungen welcher Art auch immer – muss sich an den eigenen Ansprüchen messen lassen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Also wenn schon mal jemand eine Koalition mit den Schwarzen gemacht hat, dann wart ihr es! Das vergesst ihr immer! Und da habt ihr nichts hingekriegt! Null! Null habt ihr hingekriegt!)

Ich zitiere aus einem der Papiere des Jahres 1997:

An der IU wird eine auch im internationalen Maßstab überaus konkurrenzfähige Ausbildung offeriert, und zwar sowohl hinsichtlich der Geschwindigkeit als auch der Qualität, als auch der Kosten.

Solchen Sprüchen sind Sie damals aufgesessen.

Der richtige Zeitpunkt für eine Debatte war noch nie. Unsere Anträge seit 1997 waren nach Ihrer Meinung immer zum falschen Zeitpunkt gestellt.

(Abg. Pfisterer CDU: Das ist auch heute so!)

Das war noch nie richtig, und es war immer eine Gefährdung dieser Einrichtung.

(Abg. Reichardt CDU: Es wird auch nicht besser!)

Sie haben nie wahrgenommen, dass das, was wir aufgegriffen haben, schon vorher immer als kritische Kommentierung in der Presse stand, dass wir Dinge aufgenommen haben, die schon öffentlich waren, und dass wir versucht haben, Sie zum Handeln zu bringen. Heute ist ein besonders aktueller Bezug gegeben, weil Sie – das ist heute der übernächste Tagesordnungspunkt – den Studierenden in die Tasche greifen, um den Landeshaushalt zu sanieren,

(Abg. Pfisterer CDU: Na, na!)

während Sie gleichzeitig Millionen in den Sand setzen.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich! – Abg. Dr. Vetter CDU: Ach nein, ach nein! – Abg. Pfisterer CDU: Sie stehen mit Ihrer Politik doch ganz allein da!)

(Carla Bregenzer)

Es ist doch ein ungewöhnliches Verfahren – der Wissenschaftsminister hat das gerade eben auch sehr plastisch geschildert –, dass der Wissenschaftsrat ein Akkreditierungsverfahren unterbricht

(Abg. Alfred Haas CDU: Auf Antrag!)

und dass dieser Abbruch auf Antrag der International University zustande kommt, also der zu Akkreditierenden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der hat doch zugestimmt! Der wird doch seine Gründe gehabt haben! Den Wissenschaftsrat meine ich! Das waren positive Gründe!)

– Dass er seine Gründe gehabt hat, genau. Der Wissenschaftsrat hat seine Gründe gehabt. Aber die Gründe, die er gehabt hat, um diese Unterbrechung vorzunehmen, bestätigen ja genau das, was wir an Kritik vorbringen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber was wollen Sie jetzt?)

Sie bestätigen damit auch, dass das Ministerium und Sie als die Regierung tragenden Fraktionen Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.

(Abg. Pfisterer CDU: Sie stehen ganz allein da!)

Wir haben damit nicht erst seit heute Probleme. Diese Probleme, die Sie jetzt damit haben und die der Grund dafür sind, dass Sie sich so drehen und winden, ahnten wir schon früh.

(Abg. Pfisterer CDU: Wir haben keine Probleme!)

Ich lese Ihnen aus dem Protokoll einer Plenarsitzung aus dem Jahr 1997 vor. Am 11. Dezember 1997 hat mein Kollege Gerd Weimer gesagt:

Ich bin . . . sehr skeptisch . . . , was die langfristige Solidität dieses Projekts angeht. Was ist . . . , wenn sich Teile der Wirtschaft nach fünf Jahren aus der Finanzierung zurückziehen?

Die Antwort, dann werde einfach abgewickelt . . . , reicht mir nicht. Eine solche Lösung ist aller Erfahrung nach nicht realistisch.

An genau diesem Punkt stehen wir heute.

(Abg. Pfisterer CDU: Es sind noch keine fünf Jahre um!)

– Es sind noch keine fünf Jahre um, natürlich. Das war im Dezember 1997. Wir haben noch nicht den Dezember 2003. Sie haben völlig Recht. Oder?

(Abg. Capezzuto SPD: Da müsst ihr euch aber beeilen!)

Aber von unseren kritischen Fragen, die wir zum Handeln der Landesregierung haben – nicht der IU; das ist eine private Einrichtung, die auch das tun soll und tun muss, was privat richtig ist –,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

von den Fragen, die wir an die Landesregierung gerichtet haben, hat der Minister nicht eine einzige beantwortet, und zwar weder heute in der Debatte noch auf unsere Anträge hin.

Verabschieden Sie sich deshalb von der Illusion, der Wettbewerb und der Markt wären ein Segen für unsere Hochschulen. Verabschieden Sie sich von der Illusion, die finanzielle Belastbarkeit der Wirtschaft, der Studierenden und deren Eltern sei unermesslich. Seien Sie erfolgreich im Ringen mit dem Finanzminister um viel Geld – um mehr Geld, als wir jetzt haben – für unsere staatlichen Hochschulen.

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Dann tun Sie für die Menschen in unserem Land das Beste.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Vetter.

Abg. Dr. Vetter CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Sie, verehrte Kollegin Bregenzer – im Wissenschaftsausschuss arbeiten wir ja relativ vernünftig zusammen –, auf den Worten beharrt haben, die Sie in der Überschrift für die Aktuelle Debatte gewählt haben – „Fehleinschätzungen“, „Unbelehrbarkeit“ –, kann ich nur sagen: Das Wort „Unbelehrbarkeit“ trägt jetzt für mich den Namen Bregenzer.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD:
Das war mir klar! – Abg. Pfisterer CDU: Das war nicht der Fall!)

Was kann man eigentlich mehr sagen? Es gibt keinen schriftlichen Bericht. Die Konzeption ist klar. Die letzten beiden Raten werden nur gegen Sicherheit gegeben; sonst gibt es kein Geld. Damit werden die klaren Zusagen eingehalten, und wir dürfen das Unternehmen nicht kaputtmachen.

(Abg. Pfisterer CDU: Jedes Wort zu viel!)

Deswegen wende ich mich nicht gegen die Debatte – man muss kritisch fragen und sorgfältig beobachten –, sondern ich wende mich gegen den Ton der Debatte.

Nachdem Sie den Stifterverband erwähnt haben, kann ich Ihnen nicht ersparen, aus dem Schreiben des Stifterverbands an Sie aus dem Jahr 2002 zu zitieren, in dem steht – Ihre Aussage, Frau Bregenzer, die Expertise bewerte insbesondere die Internationale Universität Bruchsal höchst problematisch, ist schlichtweg falsch –: „Ich finde, Sie haben die Privathochschulen in Baden-Württemberg nicht mit der gebotenen Fairness behandelt.“

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Aha!
– Glocke des Präsidenten)

Das ist eigentlich der Kern. Ich bin für jede sachliche Diskussion offen. Aber verzeihen Sie: Wenn ausgerechnet Sie von der SPD von Fehleinschätzung sprechen, so muss ich sagen: Auch die Fehleinschätzung hat einen Namen. Sie sitzt in Berlin und heißt Schröder, Eichel und Schmidt.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Gegenrufe von der CDU)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin Herrn Kollegen Dr. Vetter dankbar, dass er das Augenmerk am Ende der Debatte auf die drei aus meiner Sicht entscheidenden Gesichtspunkte gelenkt hat; ich will sie noch einmal aus meiner Sicht darstellen.

Der erste zentrale Vorwurf, Frau Kollegin Bregenzer, ist, dass das Land Baden-Württemberg fahrlässig mit Steuermitteln umgehe. Diesen Vorwurf weise ich zurück. Ich kann das leicht begründen, indem ich noch einmal darauf hinweise: Von Anfang an war klar, dass die ersten drei Tranchen als verlorene Zuschüsse nach Bruchsal gehen. Das ist abgewickelt.

Im Gegensatz zu der ursprünglichen Absicht, auch die vierte und die fünfte Tranche als verlorene Zuschüsse zu gewähren, haben wir aufgrund der neuen Situation Wert darauf gelegt, dass diese Mittel nicht als verlorene Zuschüsse, sondern zunächst als Darlehen gegeben werden. Nur für den Fall, dass das Akkreditierungsverfahren im Jahr 2008 nicht positiv abgeschlossen werden würde, würden die Mittel zurückgehen. Aber wenn das Verfahren positiv abgeschlossen wird, können die Mittel dort bleiben.

Insofern ist das Verfahren ganz sauber, klar und eindeutig. Den Vorwurf an die Landesregierung und an die Koalitionsfraktionen, dass hier mit Steuergeldern fahrlässig umgegangen werde, weise ich ganz entschieden zurück. Das war Punkt 1.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bregenzer?

Abg. Pfister FDP/DVP: Aber gerne, Frau Bregenzer.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Pfister, Sie sagten gerade, dass eine neue Situation eingetreten sei. In der Debatte wurde aber vehement bestritten, dass eine neue Situation eingetreten ist. Welche neue Situation ist denn eingetreten, die das Ministerium veranlasst, sich jetzt für die 2 Millionen €, die noch zusätzlich fließen sollen, Garantien zu holen?

Abg. Pfister FDP/DVP: Die neue Situation, Frau Bregenzer, ist insofern eingetreten, als das Akkreditierungsverfahren, wie Sie wissen, ursprünglich spätestens im Jahr 2004 hätte abgeschlossen sein sollen. Das ist jetzt nicht der Fall. Die Gründe hierfür habe ich Ihnen in der ersten Runde genannt.

Das heißt, wir sind jetzt zu der Situation gekommen, dass wir das Akkreditierungsverfahren nicht im Jahr 2004 abschließen, sondern ab 2008 einleiten. Je nachdem, wie es ausgeht, werden die finanziellen Modalitäten aussehen. Darauf habe ich hingewiesen.

Der zweite Punkt, auf den ich noch hinweisen möchte: Der Vorwurf, dass die Landesregierung das Akkreditierungsverfahren von sich aus gewissermaßen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion und im Alleingang ausgesetzt hätte, ist genauso falsch. Denn Sie müssen wissen, dass es, inhaltlich gesehen, der Wissenschaftsrat war, der sich mit guten Argumenten – ich will sie nicht wiederholen – ausdrücklich damit einverstanden erklärt hat, der geradezu dafür plädiert hat, das Akkreditierungsverfahren jetzt noch einmal um einen bestimmten Zeitraum zu verlängern, um deutlich zu machen, dass die Chancen, die in Bruchsal liegen, auch realisiert werden können.

Ich sage es noch einmal: Wenn der Wissenschaftsrat sagt, Bruchsal verfüge über eine Hochschule, die insbesondere hinsichtlich der Entwicklung einer neuen unternehmerischen Kultur, der Bereitschaft junger Leute, auch den Sprung in die Selbstständigkeit zu wagen, eine Bildungslücke in Deutschland ausfülle, dann ist das ein Kompliment, das damit an die Hochschule in Bruchsal gemacht worden ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deshalb komme ich zum dritten Punkt, meine Damen und Herren: Wenn es in dieser Debatte nur darum gehen sollte – man kann sie selbstverständlich führen; wir haben sie im Ausschuss ausführlich geführt; ich habe ja nichts dagegen, wenn wir uns noch einmal eine Stunde des Themas annehmen –, darauf hinzuwirken, dass noch kräftiger das Sterbeglöcklein für die Universität in Bruchsal geläutet wird, wie Sie das offensichtlich wollen, dann – das muss unter dem Strich klar sein; das ist meine große Bitte an das Haus – haben Sie uns nicht an Ihrer Seite.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aber wenn wir uns darauf einigen können, alle Maßnahmen zu ergreifen – in welcher Form auch immer –, die dazu führen können, die Universität in Bruchsal im Sinne einer vielfältigen Bildungslandschaft zu erhalten, dann haben Sie uns an Ihrer Seite, und dann hätte diese Debatte letztlich auch einen Sinn gehabt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Zu zwei Punkten möchte ich gern noch einmal Stellung nehmen.

Der eine Punkt bezieht sich auf Ihr Lavieren vorhin, Herr Minister Frankenberg, als es um die Frage ging, was der Unterschied zwischen einem Bericht und dem Berichten sei. Uns allen ist natürlich klar – Sie wissen das selbst sehr genau, weil Sie Mitglied im Wissenschaftsrat sind –: Bis ein Wissenschaftsrat eine Stellungnahme veröffentlicht, passiert sehr viel. Da gibt es zunächst eine Gutachtergruppe, die einen Bericht erstellt; es gibt sozusagen interne Teilberichte. Und offensichtlich gibt es irgendetwas, auf das sich soeben auch Herr Pfister wieder bezogen hat, wenn er

(Theresia Bauer)

über die „guten Argumente“ spricht, die der Wissenschaftsrat vorgebracht habe, um das Akkreditierungsverfahren auszusetzen. Offensichtlich gibt es irgendetwas, wie immer man es auch nennen mag, das Sie kennen, das Herr Pfister kennt, das Herr Vetter kennt, das aber nicht die Opposition kennt. Dazu kann ich nur sagen: So etwas nennt man Herrschaftswissen, und so etwas ist kein Beitrag dazu, dass wir uns an einer gemeinsamen Rettungsaktion für Bruchsal beteiligen können.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens: Worin besteht jetzt eigentlich das Problem, und worüber sollten wir heute sinnvollerweise diskutieren?

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir können und wir sollen nicht darüber diskutieren, ob private Hochschulen im Land Baden-Württemberg legitim und sinnvoll sind.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das tut auch keiner!)

Das Ob ist nicht die Frage – das haben Sie eingangs auch gesagt –, sondern es ist die Frage, wie die Landesregierung mit einer solchen privaten Hochschule umgeht und wie die Landesregierung insbesondere damit umgeht, dass die private Hochschule in Bruchsal in ein schwieriges Fahrwasser geraten ist. Die Landesregierung hat das Projekt finanziell subventioniert, und sie hat es politisch protegiert.

Ich möchte in meiner letzten Bemerkung gar nicht mehr über das Geld reden. Ich finde, der politische Teil ist der gravierendere. Sie haben meines Erachtens einen ganz gravierenden Fehler begangen, indem Sie aktiv unterstützt haben, dass das eingeleitete Akkreditierungsverfahren ausgesetzt wurde. Das muss man sich einmal vorstellen. Da deutet sich also in den Vorarbeiten an – Gutachter begeben sich vor Ort, schauen sich die Situation der Hochschule an –: Das Ergebnis, zu dem es da kommen wird, wird kritisch und schwierig ausfallen. Dann zieht man sich schnell zurück und setzt das Verfahren aus, weil man sich davor fürchtet, dass das Ergebnis unangenehm sein könnte. So etwas – das kann ich Ihnen versprechen – wird Schule machen. Ich glaube, wir müssen nicht lange warten, bis die nächste Hochschule sagt: „In unserem Fall sind leider auch ungünstige Umstände eingetreten. Wir wollen aus dem Verfahren heraus.“

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das entscheidet der Wissenschaftsrat, nicht die Landesregierung!)

– Aber Herr Frankenberg hat daran seinen Anteil gehabt. Das hat er im Wissenschaftsausschuss doch auch gesagt. Sie waren doch dabei.

(Zurufe der Abg. Carla Bregenzer SPD und Pfister FDP/DVP)

Die aktive Beteiligung der Landesregierung dabei, ein eingeleitetes Akkreditierungsverfahren auszusetzen, ist ein Signal, das in die Öffentlichkeit hineinwirkt, das auf die anderen Hochschulen wirkt und das einen massiven Flurschaden anrichtet. Ein solches Qualitätssicherungsinstrument wie Evaluation und Akkreditierung ist noch gar nicht etabliert,

da machen Sie es schon kaputt, um die Privatinitiative in Bruchsal zu schützen. Ich glaube, diesen Preis ist es nicht wert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wissenschaftsminister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen jetzt aufgeworfenen Fragen und Bemerkungen noch Stellung nehmen.

Das Erste ist, Frau Bregenzer: Ich war ja damals Rektor einer baden-württembergischen Universität und habe die Gründung der Universität Bruchsal aus der Nähe, von Mannheim aus, sorgfältig mitverfolgt. Ich kann Ihnen sagen: Eine Euphorie gab es weder bei der Landesregierung

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oh doch!)

noch bei den Gründern. Wir alle wussten vielmehr – auch die Landesrektorenkonferenz ist ja damals gefragt worden –, dass es schwierig sein würde, in Deutschland erfolgreich private Hochschulgründungen durchzuführen, dass es aber sinnvoll sein würde, dieses unternehmerische Wagnis einzugehen. Denn wenn wir keine unternehmerischen Wagnisse mehr eingingen, würde dieses Land nicht mehr existieren können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich habe Ihnen ja auch gesagt, warum dies in Deutschland schwierig ist. In einem studiengebührenfreien Land ist es schwierig, private Hochschulen, die sich im Wesentlichen durch Studiengebühren finanzieren müssen, aufzubauen und zu halten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Es gibt viele, die hervorragend funktionieren!)

Man wollte sich im Wesentlichen stützen – das tut man ja auch – auf Spenden aus der Wirtschaft.

Dass es gelungen ist, die Universität Bruchsal so weit zu bringen, dass sie existiert, dass sie in großen Teilen eine gute Lehre leistet, dass die Internationalisierung gelungen ist, muss man auch der Gründerin, der Gründungsrektorin Frau Professorin Ziegler, positiv anrechnen. Man muss auch den Mut zu einem solchen unternehmerischen Schritt einmal belohnen. Wenn Sie sagen – wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Bregenzer, haben Sie dies ausgedrückt –, dass Sie gegen den Wettbewerb von Hochschulen sind,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Gegen die Illusion!)

dann muss man sagen: Es gibt natürlich nicht nur einen Wettbewerb privater gegen staatliche Hochschulen, sondern es gibt auch einen Wettbewerb der staatlichen Hochschulen untereinander um Mittel.

Wenn Sie sagen, wir sollten mehr Geld für die staatlichen Hochschulen ausgeben,

(Minister Dr. Frankenberg)

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Da müssen wir den Finanzminister einladen!)

dann frage ich zurück: Wie sollen wir bei sinkenden Steuereinnahmen mehr Geld ausgeben? An dieser Quadratur des Kreises versucht man sich ja in Berlin schon seit Jahren vergeblich. Wir tun aber gut daran, die staatliche Verschuldung in Grenzen zu halten.

(Lachen der Abg. Carla Bregenzer SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir tun gut daran! – Gegenruf der Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir täten gut daran!)

Ich betone noch einmal: Die Entscheidung, die wir gefällt haben, ist eine sachlich völlig stringente Entscheidung im Hinblick auf die Anerkennung der Hochschule, im Hinblick auf die gegebenen Zusagen auf staatliche Finanzierung. Wir haben die beiden letzten Raten konditioniert. Das ist ein verantwortliches Umgehen mit öffentlichen Geldern.

Was die Rolle des Wissenschaftsrats betrifft, Frau Bauer, haben Sie ja richtigerweise gesagt, dass der Wissenschaftsrat erstmalig solche Akkreditierungsverfahren durchführt. Man muss ja schlichtweg sagen, dass wir in Deutschland kein von staatlichen Einrichtungen unabhängiges Qualitätssicherungssystem für Hochschulen haben. Wir haben als Landesregierung einen Grundsatzbeschluss gefasst, erstens in Zukunft private Hochschulen auch nur noch privat finanzieren zu lassen. Es wird keine neuen Fälle staatlicher Zuschüsse geben,

(Beifall des Abg. Seltenreich SPD)

weil wir sagen: Die derzeitige Lage der öffentlichen Haushalte ist nicht dazu angetan, noch weitere Initiativen zu fördern. Das Zweite ist, dass wir von allen privaten Hochschulen die Akkreditierung verlangen, um einen unabhängigen Qualitätsnachweis zu haben.

Der Wissenschaftsrat ist die erste, hoch renommierte Einrichtung, die jetzt solche Akkreditierungsverfahren, und zwar institutionelle Akkreditierungsverfahren, anbietet. Das Verfahren für die IU Bruchsal war eines der ersten Verfahren, die der Wissenschaftsrat selber durchgeführt hat. Das heißt, auch der Wissenschaftsrat ist in einer, wenn man so will, Lernphase, was die Akkreditierungsverfahren betrifft.

Die Aussetzung des Verfahrens ist im Plenum mit sehr großer Mehrheit beschlossen worden. Alle Länder haben dieser Aussetzung auch zugestimmt, weil man selber weiß, dass man bei den ersten Fällen – ich weiß jetzt nicht genau, ob Bruchsal nicht sogar der allererste Fall war – auch mit dem Instrumentarium der Akkreditierung, von der ja sehr viel abhängt, sehr sorgfältig umgehen muss. Wir alle sind der Überzeugung, dass sich der Wissenschaftsrat noch wesentlich mehr in diese Rolle hineinfindet. Ich halte das für eine ganz wesentliche Aufgabe des Wissenschaftsrats. Wir werden auch bei den staatlichen Hochschulen wesentlich mehr Qualitätssicherungssysteme wie Evaluation und Akkreditierung haben, als dies bislang der Fall ist.

Im Übrigen verlangen wir ja von Bruchsal jetzt unmittelbar die Evaluation aller Studiengänge, um die Qualität der Leh-

re zu sichern – also nicht erst 2008, wenn das Akkreditierungsverfahren wieder aufgegriffen wird, sondern unmittelbar jetzt –, um sicherzugehen, dass wir das Geld, das wir jetzt sozusagen kreditieren, für eine, was das Studium betrifft, wirklich fundierte Sache geben. Die kritischen Anmerkungen des Wissenschaftsrats sind dagegen ja im Wesentlichen forschungsbezogen. Die Problematik liegt auch darin, dass man in einer Universität nicht in erster Linie eine lehrbezogene Einrichtung sieht, sondern eine Einrichtung, in der Lehre und Forschung gleichgewichtig sind. Das macht es für eine private Initiative umso schwerer, im Kontext von Universität akkreditiert zu werden. Es ist leichter, wenn dies unter dem Signum „Fachhochschule“ geschieht, weil diese per se anwendungs- und lehrbezogen ist.

Insofern haben sich beide, sowohl der Wissenschaftsrat als auch die Landesregierung, die Entscheidung überhaupt nicht leicht gemacht, sondern haben in wechselseitiger Verantwortung diese Entscheidung getroffen. Es ist aber auch, Frau Bauer, völlig klar, dass die Verfahren, die jetzt anhängig sind, unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Verfahrens von Bruchsal gesehen werden müssen und dass etwas, was der Wissenschaftsrat jetzt sozusagen am Beginn seiner eigenen Erfahrung mit Akkreditierung gemacht hat, nämlich ein Verfahren einmal auszusetzen, die absolute Ausnahme sein wird. Auch das muss man wissen. Man muss aber auch sehen, dass es dem Wissenschaftsrat bei der Aussetzung nicht nur um den Fall Bruchsal ging, sondern auch um die Selbsterkenntnis, dass man noch zu wenig Erfahrung auf diesem Gebiet hat und nicht selbst dazu beitragen will – das war ein großer Tenor der Diskussion –,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Der Wissenschaftsrat als eine lernende Organisation!)

mit einem neuen Verfahren zu einem vorzeitigen Aus einer Hochschule zu kommen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist genau so wie vorausgesagt!)

Insofern war die Aussetzung auch etwas, was der Wissenschaftsrat selber mit vorgeschlagen hat, um hier für sich selber eine verantwortliche Entscheidung zu fällen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Genau das ist eingetroffen!)

Jeder, der den Wissenschaftsrat kennt, weiß, dass sich dieser von keiner Landesregierung beeinflussen und umstimmen lässt. Er ist Gott sei Dank ein sehr unabhängiges Gremium, in dessen Verwaltungskommission ja der Bund die Hälfte der Stimmen hat. Also auch der Bund hat diesem Verfahren so, wie es jetzt getroffen worden ist, zugestimmt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte unter Punkt 1 der Tagesordnung ist damit beendet.

(Präsident Straub)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Bedeutung der Agenda 2010 für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Es gelten die üblichen Redezeiten: je fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und je fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will vorweg bemerken, dass ich mich mit dieser Aktuellen Debatte ein wenig schwer tue. Das mag überraschen,

(Abg. Schmiedel SPD: Warum wurde sie dann beantragt?)

denn an sich ist es ja für einen Liberalen eine Genugtuung, zu sehen, wie sich der Bundeskanzler vehement, einschließlich Rücktrittsdrohung, für Themen einsetzt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

die aus seinem Lager und nicht nur dort vor noch gar nicht langer Zeit als Neoliberalismus angeprangert wurden. Wenn man sieht, wie solche notwendigen Reformbestrebungen verbal derartig diffamiert werden, darf man sich nicht wundern, wenn einem diese Wertung auch aus den eigenen Reihen entgegeng gehalten wird.

Auch ist das Bild, das die SPD und weite Teile der Grünen hier bieten, an sich eine Steilvorlage für den politischen Gegner. Da sieht man live im Fernsehen zunächst einmal Standing Ovationen für den Bundeskanzler. Kaum haben sich die Damen und Herren wieder hingesetzt, gehen sie – teilweise jedenfalls – daran, die angekündigten Maßnahmen zu zerreden oder gar im Schulterschluss mit den Gewerkschaften Barrikaden aufzubauen.

Dennoch eignet sich das Thema nach unserer Überzeugung wenig für parteipolitisches Gezerfe,

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

denn die Menschen in diesem Land erwarten Hilfe. Man fährt dieses Land an die Wand, wenn die notwendigen Reformen nicht schnell durchgeführt werden. Die Menschen, die Arbeit suchen, brauchen die Hilfe jetzt und nicht irgendwann einmal.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb will ich mich, so gut es eben geht, der Polemik auch weitgehend oder am besten ganz enthalten und zunächst feststellen, dass die Maßnahmen, die der Bundeskanzler ankündigt, nach unserer Überzeugung – und wohl nicht nur unserer – nur Minimalreformen sind, ein erster Schritt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber in die richtige Richtung!)

um die entsprechende Veränderung und Aufbruchstimmung überhaupt einmal zu initiieren. Wir von der FDP/DVP wer-

den auch kleine Schritte unterstützen, denn sie sind besser als nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nur wollen wir dabei wenigstens sicher sein, dass das Ganze im Gesetzgebungsverfahren schließlich nicht verwässert wird – einige sagen ja schon ganz ungeniert, das werde ihr Ziel sein –, sondern eben auch umgesetzt wird.

Alle sechs führenden Wirtschaftsinstitute einschließlich des Sachverständigenrats haben der Bundesregierung deutlich ins Stammbuch geschrieben: Deutschland steht wirtschafts- und finanzpolitisch vor einem Scherbenhaufen. Ohne durchgreifende Reformen wird die Schwächeperiode weiter anhalten und die Arbeitslosigkeit steigen. In der in der vorletzten Woche erschienenen 18. Ausgabe der „WirtschaftsWoche“ steht zu lesen – ich zitiere –:

Die Vorschläge der Agenda 2010 hätte man binnen weniger Wochen verabschieden müssen. . . . Wenn wir noch weitere zehn Jahre warten, werden wir hier 20 % Arbeitslosigkeit haben.

Das Land steckt definitiv in der Krise. Das hat nichts mehr mit Konjunkturabschwung zu tun. Viele in der SPD sehen das auch so, aber die große Mehrheit wohl noch nicht.

Wenn sich der Mut zu umfassenden Reformen nicht durchsetzen wird, dann wird Deutschland in die Zweitklassigkeit zurückfallen. Dann können wir uns in Baden-Württemberg, an unserem Wirtschaftsstandort auf den Kopf stellen und Musterknabe sein, so viel wir wollen: Wir werden es nicht schaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nun zweifeln Beobachter nicht daran, dass der Bundeskanzler seine Mehrheit bekommen wird, denn unter den Reformgegnern einschließlich der Gewerkschaften besteht überhaupt kein Konsens. Was wir heute Morgen gehört haben – sich noch weiter verschulden –, ist nun wirklich kein Konzept. Sie haben kein Konzept.

(Abg. Capezzuto SPD: Die Opposition in Berlin auch nicht!)

Beharrliche Realitätsverweigerung wird und darf sich nicht durchsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für die richtigen Schritte kann der Kanzler im Übrigen notfalls auf die Zustimmung der FDP und, wie ich denke, auch der Union rechnen.

Die große Gefahr sehen wir vor allem darin – lassen Sie mich das noch sagen –, dass man, wenn schon die ersten Schritte derartige Schwierigkeiten bereiten, dann möglicherweise sagt: Das wars; alles andere wird abgeblasen, findet nicht mehr statt.

Alle arbeitsrechtlichen und tarifrechtlichen Vorschriften müssen auf den Prüfstand. Steuersenkungen müssen vorgezogen werden. Wer sagt, das ginge nicht, dem empfehle ich

(Hofer)

den Subventionsbericht des Kieler Instituts für Weltwirtschaft zur Lektüre. Wir brauchen auch mehr Marktwirtschaft. Reformmaßnahmen sind nicht Sozialabbau. Ich zitiere – mit Genehmigung des Präsidenten – Herrn Jürgen Offenbach aus den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 24. März 2003:

Die soziale Debatte ist die einer fortgeschrittenen Realitätsverweigerung. Ist eine horrende Staatsverschuldung sozial? Ist Massenarbeitslosigkeit sozial? Ist es nicht auch eine soziale Frage, wie viel Geld ganz normale Sparer und Kleinaktionäre seit drei Jahren verlieren? Ist es sozial, wenn die deutsche Bevölkerung über drei Jahre hinweg Europas Schlusslicht bleibt? Ist es sozial, das geringste Wachstum aller EU-Länder zu haben?

Ich füge hinzu: Ist es nicht sozial, die Bedürftigen vor den Findigen zu schützen?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Arbeitslosigkeit ist ein hartes Schicksal; da wollen wir mit Herz und Verstand helfen. Aber bei Scheinarbeitslosigkeit hilft nur Härte. Deshalb unterstützen wir unseren Wirtschaftsminister, wenn er eine Bundesratsinitiative ankündigt und Konsequenzen aus dem Bericht des Bundesrechnungshofs fordert, wonach über 20 % der arbeitslos Gemeldeten dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Nun das Fazit: Die Agenda 2010 muss der Anfang eines größeren Reformwerks sein, bei dem Eigenverantwortung groß geschrieben ist und die staatlichen Heizkissen nach und nach abgeschaltet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

Der Protest der selbst ernannten Sozialrechtler und -staatler wird sehr groß sein. Nicht nur bei den Gewerkschaften und bei den Linken wird die Irritation groß sein, wenn sie sich den Realitäten stellen müssen. Aber abschließend sei noch bemerkt: Nicht jedes Problem muss man im Konsens lösen. Die Konsensbereitschaft der Deutschen nach dem Krieg, als es jedes Jahr etwas mehr zu verteilen gab, war hervorragend. Ich muss sagen: Da muss man auch den Gewerkschaften zubilligen, dass sie große Verdienste daran haben, dass wir sozialen Frieden in diesem Lande hatten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber der Preis ist hoch!)

Darum wurden wir ja immer beneidet. Aber wo es Strukturen zu verändern gilt, wo man zurückschneiden muss, dort wird dieses System der Konsenslösung korrigiert werden müssen, sonst gerät unser Land auf den Pfad der Mittelmäßigkeit. Konsenslösungen – das liegt in der Natur der Sache – verfestigen Strukturen, statt sie aufzulösen. Sie hindern innovative Kräfte.

Jetzt wirklich der letzte Satz: Vor allem die Gewerkschaften machen sich diese Konsensmentalität zunutze, obwohl immer weniger Arbeitnehmer von ihnen vertreten werden und nach einer Allensbach-Umfrage immer mehr Bürger weniger Einfluss von den Gewerkschaften erwarten. Wenn wir schon von dieser Konsenslösung nicht absehen wollen,

weil diese die Stärke der Deutschen ist, dann sollten wir so viel Konsens haben, dass wir, wenn das für das Gesamtwohl Notwendige getan werden muss, das notfalls ohne diejenigen machen, die das gewissermaßen aus eigenem Firmeninteresse blockieren.

Über die Agenda 2010 hinaus wird noch viel zu tun sein. Fehlende Bereitschaft hierzu wird auf Dauer nicht durch ständige Rücktrittsdrohungen des Kanzlers ersetzt werden können. Ansonsten könnte die Zeit sehr schnell da sein, wo ein Rücktritt nicht nur beim politischen Gegner, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht als Drohung, sondern als eine Art Befreiung erkannt würde.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutigen Zahlen des Arbeitsmarkts zeigen uns einmal mehr, wie dringend wir in Deutschland Reformen benötigen, und, wie mein Vorredner, Kollege Hofer, schon gesagt hat, diese Reformen können nur der Anfang sein. Ich glaube im Übrigen auch, dass die Bevölkerung in weiten Teilen, was die Frage der Reformfähigkeit und auch die Frage der Reformnotwendigkeit angeht, deutlich weiter ist als mancher Funktionär und mancher Politiker, die versuchen, altüberkommene Besitzstände zu wahren, ohne dass man sich weiterentwickelt.

Deshalb denke ich, man darf, wenn man sich anschaut, was in der Kanzlerrede vom 14. März angekündigt wurde und was in die Reformagenda aufgenommen worden ist, nicht den Eindruck erwecken, wir wären über den Berg, wenn dies verabschiedet ist. Wir sind erst am Anfang. Wir haben 4,5 Millionen Arbeitslose, und wir bekommen zunehmend auch Schwierigkeiten in den Branchen und in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland, die wie der Südwesten bislang noch gut dagestanden sind. Deshalb ist es auch für uns alarmierend, wenn in Baden-Württemberg im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitslosigkeit um 11 % zugenommen hat. Aber man muss in diesem Zusammenhang immer wieder deutlich betonen: Die Stellschrauben dafür liegen eben nicht bei uns hier in Baden-Württemberg,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

sondern sie liegen in erster Linie auf der Bundesebene.

(Abg. Capezzuto SPD: Wenn es gut läuft, liegt das an euch; wenn es schlecht läuft, sind wir schuld! – Abg. Wieser CDU: Der rote Gerhard ist schuld!)

Ich möchte das überhaupt nicht als Schuldzuweisung verstanden wissen. Ich sage auch, dass wir dort, wo wir gemeinsam etwas bewirken können, dies auch tun werden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wenn es gut läuft, sind die Berliner auch schuld!)

Lassen Sie uns einmal den Arbeitsmarkt betrachten. In der Reformagenda 2010 fordert die SPD, den Kündigungsschutz zu lockern. Aber Sie springen nicht weit genug.

(Dr. Birk)

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt springen wir erst einmal! Weiter kann man immer noch springen! – Abg. Schmid SPD: Wer zu weit springt, fällt auf die Nase!)

Wir wissen ganz genau, dass der Kündigungsschutz ein hohes Gut ist, einen hohen Stellenwert hat. Aber wenn er sich mittlerweile als Beschäftigungsbremse, als Blockade, was die Neuschaffung von Arbeitsplätzen angeht, erweist, dann ist dringender Handlungsbedarf geboten. Dann muss man eben auch die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, den Schwellenwert bei fünf Beschäftigten zu belassen oder ihn, wie die Union es fordert, auf 20 zu erhöhen. Dann muss man auch fragen, ob es nicht sinnvoller wäre, ein Optionsmodell zur Verfügung zu stellen, wonach bei Neueinstellungen dem Arbeitnehmer die Wahl zwischen gesetzlichem Kündigungsschutz und Abfindung überlassen bleibt. Wir sind der Überzeugung, dass damit deutlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein anderes Thema aufgreifen, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Dass hier über Jahrzehnte hinweg ein Verschiebeparkplatz stattfindet, ist offensichtlich. Wir streiten uns letztendlich darüber, wer die Lasten in Zukunft zu tragen hat. Wir fragen uns gar nicht, ob es nicht sinnvoller wäre, durch eine bessere Überprüfung, durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu erreichen, dass wir mit diesem Instrument gerechter und wirksamer dort fördern können, wo es notwendig ist, aber auch dort Grenzen aufzeigen, wo diese Systeme missbraucht werden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das wird doch gemacht!)

– Es wird viel zu wenig gemacht, Herr Kretschmann. Wir diskutieren diese Reformvorschläge seit Jahren und kommen nicht richtig voran.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Auch sind wir der Meinung, dass im Regelfall 12 Monate Arbeitslosengeld gewährt werden sollte – in Härtefällen darüber hinaus bis zu 18 Monaten. Es ist aber genauso notwendig, dort das Arbeitslosengeld zu kürzen, wo man den Eindruck hat, dass jemand arbeitsfähig, aber nicht arbeitswillig ist.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das wird doch alles gemacht!)

Auch ist zu überlegen, ob einem Arbeitslosen nicht von vornherein, also bereits im ersten Monat der Arbeitslosigkeit, ein Abschlag von 25 % zugemutet werden müsste, damit er sich bemüht, schneller wieder in den Arbeitsmarkt hineinzukommen, und nicht erst über mehrere Monate in die Arbeitslosigkeit geht und dann womöglich in der Dauerarbeitslosigkeit landet.

Wir sind auch der Meinung, dass man denjenigen, die arbeitsfähig, aber nicht arbeitswillig sind, das Arbeitslosengeld um einen Betrag in der Größenordnung von 30 % kürzen muss und dass es nicht damit getan ist, nur entsprechende Sperrzeiten zu verhängen, sondern dass man zu wirksameren Instrumenten kommen muss.

Summa summarum denke ich, dass mit dieser Reformagenda ein erster richtiger Schritt getan ist, dass aber in der SPD vermutlich noch einiges an Klärung erfolgen muss. Man kann Ihnen nur wünschen, dass Sie sich aus dem Würgegriff der Gewerkschaften, des DGB, der IG Metall, lösen, denn die Entscheidungen müssen politisch getroffen werden und dürfen nicht durch Verbände und Gewerkschaften blockiert werden. Deshalb signalisieren wir dort Zustimmung, dort Kooperationsbereitschaft, wo wir dies für notwendig erachten, aber auch ganz klar dort Ablehnung, wo wir den Eindruck haben, dass es zu faulen Kompromissen kommt, die uns im Hinblick auf wirksame Reformen nicht weiterbringen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme den moderaten Ton der beiden Vorredner auf.

(Abg. Wieser CDU: Das ist nicht schlecht!)

Die Ziele der Reform-Agenda sind klar. Wir wollen die Wachstumskräfte in der Wirtschaft mit verschiedenen Maßnahmen stärken. Wir wollen die Dynamik in der Beschäftigung entfachen, wir wollen eine Stabilisierung der sozialen Systeme,

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

und wir wollen eine Modifizierung des Gesundheitswesens. Und wir wollen bei der Rente Änderungen vornehmen. Bei der Renten- und der Gesundheitsreform werden wir noch auf die CDU warten, weil die eine Kommission eingerichtet hat. Aber klar ist: Wir werden nach der Verabschiedung der Agenda 2010 weitere Reformen vornehmen müssen. Ich kann Ihnen auch sagen, die SPD-Landtagsfraktion hat sich nach langer Diskussion bei fünf Gegenstimmen hinter die Agenda 2010 des Kanzlers gestellt.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Kleinmann FDP/DVP)

Ich will Ihnen jetzt aber auch etwas sagen, was Sie vielleicht verstehen müssen. Die SPD diskutiert seit einiger Zeit – bis zum 1. Juni – mit vielen Menschen im Land. Wir haben Hunderte von Veranstaltungen – mit Gewerkschaften, öffentlich –, und ich glaube, wir nehmen zurzeit stellvertretend für viele andere die Diskussion in der Öffentlichkeit wahr. Denn alle Parteien haben nach der Bundestagswahl eine Kehrtwendung vollzogen. Auch das, was die CDU jetzt vorschlägt, stand nicht in ihrem Wahlprogramm. Auch das, was die FDP/DVP jetzt unterstützt, stand nicht so in ihrem Wahlprogramm.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wir haben die 18 korrigiert! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

– Nein, das stand auch nicht so in Ihrem Wahlprogramm.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was zum Beispiel? Nennen Sie ein Beispiel! – Abg. Pfister FDP/DVP: Ein Beispiel!)

(Drexler)

– Ich will jetzt nicht streiten. Ich komme nachher noch darauf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ein Beispiel!)

Sie haben weder die Kürzung des Arbeitslosengelds in Ihrem Wahlprogramm stehen – – Die haben Sie nicht drin stehen, Herr Pfister. Seien Sie doch einfach einmal ehrlich. Die Situation ist vielmehr, dass jede Partei nach dieser Wahl gesehen hat: Die Steuereinnahmen brechen ein, die Weltwirtschaft ist – auch im Zuge des Irak-Kriegs – rückläufig.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Na ja, lassen wir es mal!)

Wir haben Verkrustungen, und die müssen wir jetzt aufbrechen. Natürlich wird von den Deutschen einerseits geklatscht, wenn Herr Bsirske im Fernsehen redet, und auf der anderen Seite klatschen die Deutschen, wenn der Bundeskanzler redet. Das ist klar.

(Abg. Wieser CDU: Weniger!)

Denn das, was Herr Bsirske sagt, wollen sie eigentlich auch, aber sie verstehen auch, dass man das, was der Kanzler sagt, machen muss. In diesem Spagat sind wir.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Führen Sie die Diskussion mit Ihren Mitgliedern, und führen Sie eine öffentliche Diskussion! Dann werden Sie sehen, dass es schwierig ist.

Lassen Sie mich jetzt noch etwas zu den Gewerkschaften sagen. Es ist doch richtig, dass die deutschen Gewerkschaften sagen: Ihr müsst euch überlegen, was mit einem 55-Jährigen passiert, der schuldlos arbeitslos geworden ist und nur 18 Monate lang Arbeitslosengeld bekommt. Dann soll er doch nicht unbedingt gleich in die Sozialhilfe fallen. Darüber muss man doch nachdenken,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Da gibt es ja auch Vorschläge!)

und da muss ein Streit entstehen. Ich bin stolz darauf, dass dieser Streit in der SPD geführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Denn wenn er nicht geführt würde, würden die Leute doch fragen: Was ist denn das für eine Partei?

(Beifall bei der SPD)

Mich wundert es, warum bei Ihnen keine Diskussion geführt wird.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Wieser CDU: Das sind die guten Vorsätze!)

– Nein. Ich greife nicht an.

Bei der Rente, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann man natürlich eine Reform in der Weise machen, jetzt einfach den demographischen Faktor zu nehmen. Das heißt, die Rente wird, wenn ich den demographischen Faktor zugrunde lege – weil es immer weniger Jugendliche gibt, die Menschen Gott sei Dank immer älter werden und es in der Zwischenzeit andere Arbeitsphilosophien gibt –, bei unter 60 %

des letzten Einkommens liegen, wenn einer voll gearbeitet hat. Jetzt sage ich Ihnen: Mit diesem Geld kann dann aber im Jahr 2025 niemand mehr leben. Deshalb diskutieren wir darüber, ob dann möglicherweise steuerlich mehr getan werden müsste, weg vom Arbeitsentgelt, damit derjenige, der ein Leben lang gearbeitet hat, mit seiner Rente am Schluss auskommt. Das ist doch für eine sozialdemokratische Partei logisch, und das ist doch vielleicht auch für Sie logisch.

(Zurufe der Abg. Hofer und Dr. Noll FDP/DVP)

Insofern finde ich es gut, dass wir darüber debattieren. Die Debatte über die Agenda 2010 wird auch nach dem 1. Juni, wenn wir das Projekt zusammen mit dem Bundeskanzler verabschiedet haben, nicht aufhören.

Im Übrigen beinhaltet die Agenda, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht nur die Frage einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Herr Hofer, Herr Birk, die machen wir, und sie wird dann auch auf der Ebene der Sozialhilfe bezahlt, allerdings mit einer – das sage ich gleich – Abstufung bei Älteren. Herr Clement hat ja hierzu schon Vorschläge gemacht. Damit kommen aber – und deswegen machen wir das – 1 Million Sozialhilfeempfänger aus der Sozialhilfe heraus und in das Arbeitslosengeld II. Das wird eine dramatische Entlastung der Kommunen mit sich bringen. Gerade jetzt wird darüber diskutiert, wie viele Milliarden bei den Kommunen bleiben. Ich glaube, dass wir, wenn wir das durchkriegen, die Kommunen, die ja für die Investitionstätigkeit ganz wichtig sind, im nächsten Jahr in die Lage versetzen, wieder mehr zu investieren.

Meine Bitte an die Union ist – ich mache es sehr sanft, Herr Kollege –: Sorgen Sie dafür, dass wir sehr schnell die Gemeindefinanzreform hinbekommen, dass wir möglicherweise, obwohl hier „Blockade“ gemacht wird, ab 1. Januar eine verbreiterte Kommunalfinanzierung haben, damit die Städte und Kommunen wieder investieren können.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zum Kündigungsschutz sagen. Zuerst hat die CDU gefordert, alle Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten vom Kündigungsschutz freizustellen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir auch!)

– Und Sie auch. – Dann wurde gesagt: Dann wären 80 % der deutschen Arbeitnehmer sofort ohne Kündigungsschutz. Das hat offensichtlich auch innerhalb der CDU gezogen, und jetzt wird gesagt, dass jeder in Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten neu Eingestellte keinen Kündigungsschutz haben soll. Ich sage nur: Die Debatten finden überall statt,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

vielleicht nicht so heftig wie bei uns, aber ich sage: Ich bin stolz darauf, dass sie bei uns stattfinden. Wir unterstützen das, und wir werden in den kommenden drei Wochen noch viele Veranstaltungen haben. Ich kann alle Zuhörer einladen, zu diesen Veranstaltungen zu kommen und dort auch ihre Vorschläge zu unterbreiten. Es gibt nämlich ansonsten zurzeit keine Partei, die diesen inneren Konflikt der deut-

(Drexler)

schen Gesellschaft so austrägt wie die Sozialdemokratie. Viele andere Fraktionen und Parteien müssten uns dafür dankbar sein, dass wir das zurzeit durchführen.

Vielen Dank für Ihr Zuhören in der ersten Runde.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion stimmt der Agenda 2010 der Bundesregierung voll zu.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist erfreulich!)

Man kann natürlich immer Kritik an Einzelheiten solcher Reformagenda üben. Diese Kritik ist immer auch irgendwie berechtigt, alles hat Vor- und Nachteile. Selbstverständlich bin ich erst einmal dagegen – um nur einen Punkt herausgreifen –, dass die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes gekürzt wird. Das trifft ja diejenigen, die ohnehin schon schlecht dran sind. Aber wenn ich das Gesamtpaket sehe, das ja dazu dienen soll, dass es wieder zu mehr Beschäftigung kommt,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist unsere Rede, ja!)

ist es trotz dieser Kritik im Einzelnen richtig, es zu verwirklichen.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Die aktuellen Zahlen zeigen, wie dramatisch die Lage ist und dass wir anders nicht aus der Situation herauskommen.

Wir brauchen deswegen eine schnelle Einigung mit Ihnen von der Opposition in Berlin, damit diese Sache jetzt schleunigst durchkommt.

(Abg. Wieser CDU: Ihr habt doch eine Mehrheit! Ihr regiert doch! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Bundesrat!)

Es hat gar keinen Sinn, jetzt daran herumzumäkeln und zu sagen, das gehe alles nicht weit genug. Das sind erste wichtige Schritte. Diese Schritte müssen gegangen werden. Ich glaube, dabei haben im Zuge der Diskussion alle noch einigen Nachholbedarf. Das gilt durchaus auch für die Union.

Ich erinnere nur an die Rentendiskussion. Ich erinnere daran, dass in dem Einigungspaket von Stoiber, Merkel und anderen noch gar nichts zur Gesundheitspolitik steht. Da haben, glaube ich, alle Nachholbedarf. Deshalb ist es wichtig, dieser Agenda zuzustimmen.

Ich möchte auch noch ein Wort an die Gewerkschaften richten. Ihr Konzept kennen wir noch nicht. Wir wissen lediglich, dass über eine Neuverschuldung von 7,5 Milliarden € Konjunkturprogramme über die Gemeinden finanziert werden sollen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das nützt überhaupt nichts!)

Ich meine, alle haben jetzt die tolle Idee, dass man aus den Sozialversicherungen immer mehr in steuerfinanzierte Bereiche schiebt; aber man muss die Haushaltssituation des Bundes sehen. Entgegen der bisherigen Annahme, dass die Nettoneuverschuldung 18,9 Milliarden € betragen werde, wird diese aufgrund der Lage wahrscheinlich auf 30 Milliarden € steigen. Das heißt, jeder 30. Euro, der „in der Gegend herumläuft“, ist ja schon schuldenfinanziert. Das ist schon ein riesiges Deficitspending.

(Abg. Wieser CDU: Also geht es nicht! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Programme, die das weiter verschärfen, müssen wir entschieden ablehnen.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Ich bin seit fast 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft, obwohl ich das als Abgeordneter nicht mehr brauchte. Das heißt, ich bekenne mich zu den Gewerkschaften. Aber ich finde, dass das, was sie derzeit zeigen, deutlich macht, dass sie sehr erstarrt sind. Einige sollten mal die Luft anhalten und nachdenken,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Nein! Wenn wir die Luft anhalten, sind wir tot!)

statt sich den Verstand mit Trillerpfeifen herauszublasen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Scheuermann CDU)

Ich darf noch einmal daran erinnern: In allen wichtigen Punkten beim Arbeitslosengeld sind sich Rot-Grün und Union im Kern einig. Die Union geht allerdings nicht so weit wie wir. Das möchte ich noch einmal betonen. Wenn es nach Ihnen ginge, betrüge die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nach 40 Beitragsjahren 24 Monate. Wir schlagen maximal 18 Monate vor. Ich möchte Sie nur daran erinnern: Sie wollen das genau so, wie es nicht geht. Wenn jetzt jedem einfällt, dass er da noch ein Stückchen heruntergeht und dort noch ein Stückchen heruntergeht,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

dann kommen wir nicht auf eine Senkung der Lohnnebenkosten um 2,7 Prozentpunkte, die die Agenda bringen soll, sondern dann landen wir nachher irgendwo bei 1,5 Prozentpunkten. Dann erzielt das keine sichtbaren Effekte mehr am Arbeitsmarkt. Deswegen können wir Vorschlägen wie diesem, der die Lohnnebenkostensenkung weiter nivelliert, nicht zustimmen. Wir nehmen jeden Vorschlag ernst, aber wir können letztlich nur Vorschlägen zustimmen, die – wenn Ihnen dieser Vorschlag nicht passt, können Sie einen anderen machen – zur gleichen Absenkung der Lohnnebenkosten führen. Alles andere muss letztlich zurückgewiesen werden. Deswegen ist durchaus jeder aufgerufen, Vorschläge zu machen. Wenn sie dasselbe Ziel erreichen, kann darüber geredet werden. Wenn sie dieses Ziel nicht erreichen, müssen sie zurückgewiesen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber jetzt!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es lag meiner Beobachtung nach an den Eingangsdreibern, Kollege Hofer und Kollege Birk, dass die Debatte nicht den Verlauf genommen hat, den vielleicht manche außen erwartet hatten. Manche hätten vielleicht erwartet, dass es zu einem erbitterten Schlagabtausch über falsche oder richtige Konzepte kommt. Deshalb hat Kollege Drexler auch zu Recht anerkannt: in moderatem Ton fortfahren.

Es ist überhaupt nicht das Ziel der Antragsteller gewesen, in irgendeiner Weise aufzuzeigen, wo was noch besser gemacht werden sollte. Es ist nicht die Zeit der gegenseitigen Schuldzuweisungen, sondern von der heutigen Debatte sollte nach Möglichkeit ein Signal der Unterstützung für die Agenda 2010 ausgehen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Rückert CDU und Knapp SPD)

Wenn die Debatte das erreicht hat, ist das ein gutes Ergebnis.

Es ist auch gar keine Frage, Herr Kollege Drexler – das sage ich an diesem Punkt nicht zur Richtigstellung, sondern einfach nur zur Erwähnung –: Glauben Sie, dass der Landesregierung und den beiden Regierungsfractionen die 55-jährigen Arbeitslosen und die gestiegene Zahl der arbeitslosen Jugendlichen genauso viel Sorgen machen wie Ihnen auch.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Natürlich!)

Es gibt da keine Unterscheidung. Es gibt dafür auch überhaupt keinen Grund, auch wenn wir die Arbeitsmarktdaten auf der einen Seite unter dem Aspekt der geringsten Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg unter den Bundesländern zugegebenermaßen natürlich immer mit Freude zur Kenntnis nehmen. Aber es gibt keinen Anlass für Triumphgeschrei. Die Zahlen bei uns steigen. Sie steigen in zu hohem Maße. Sie sind in Deutschland insgesamt zu hoch. Sie sind nicht nur bei uns in Baden-Württemberg zu hoch. Wichtig ist für uns, dass wir das, was wir jetzt als Agenda 2010 auf dem Tisch liegen haben, endlich auch umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es wäre mir sehr recht, wenn wir aus der Agenda 2010 eine Agenda 2003 machten. Denn das muss jetzt umgesetzt werden. Da dürfen wir nicht sagen: „Wenn wir das haben, dann ist bis 2010 Ruhe“, sondern das muss unbedingt fortgesetzt werden.

Ich würde eine weitere dringende Bitte an Sie richten, genauso wie Sie sie umgekehrt an CDU und FDP/DVP gerichtet haben und verlangt haben, dass wir von unserer Seite aus nicht jeden Tag sagen, man solle dies oder jenes obenauf legen. Dies weiter zu machen bringt nichts. Es bringt wirklich nichts. Ich bitte aber darum, dass Sie auch umge-

kehrt ein Stück weit klar machen, dass wieder eine Planungssicherheit und eine Verlässlichkeit einkehren und dass nicht jeden zweiten Tag neue Themen – Erbschaftsteuer, Vermögensteuer – und weitere wirkliche Folterinstrumente für die Wirtschaft vorgezeigt werden. Dies gehört meiner Meinung nach im Zusammenhang mit der Findung von Reformen für die Bundesrepublik Deutschland dazu.

Deswegen gebe ich Ihnen von unserer Seite aus bis zum 1. Juni und bis zum Beschluss im Bundestag die Zusage der Unterstützung. Wir wissen sehr wohl einzuschätzen – ich meine, Herr Kretschmann und Herr Drexler, wir wissen das richtig einzuschätzen –, dass die Diskussion in Ihrem parteipolitischen Umfeld schwieriger ist als in unserem. Aber wir brauchen umgekehrt auch Signale für die Wirtschaft in die Richtung, dass es nicht zu weiteren Verschärfungen und nicht zu weiteren Verschlimmerungen und Verschlechterungen der Rahmenbedingungen kommt, wie sie teilweise diskutiert werden.

Ich möchte Ihnen auch sagen: Das, was heute oder gestern als Alternativprogramm auf den Tisch gelegt worden ist, müssen wir an dieser Stelle schon mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wohin soll denn eine weitere Neuverschuldung führen? Wo soll denn das Konjunkturprogramm in irgendeiner Weise nachhaltig zu irgendeiner spürbaren Verbesserung führen? Mit Sicherheit nirgends. Deswegen wäre es hilfreich, wenn man das so genannte Alternativprogramm mit Entschiedenheit zurückweisen und klar sagen würde: Das wäre eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen für uns in Deutschland und für uns in Baden-Württemberg.

Ich komme zum Schluss. Ich glaube, dass die heutige Aktuelle Debatte ausgesprochen wichtig und richtig war und ist. Wir müssen die Reformen, die auf dem Tisch liegen, auch wenn wir sie als Minimalreformen bezeichnen, jetzt unbedingt unverändert durchsetzen und auf den Weg bringen. Man muss auch klar machen, dass dann für einen überschaubaren Zeitraum mit weiteren Korrekturen, einem weiteren Drehen an der Schraube nach oben und weiteren Verschlechterungen einmal Ende der Fahnenstange ist.

Meine Damen und Herren, wenn wir im Mai 2003 in Baden-Württemberg 6,3 % Arbeitslose, gestiegene Arbeitslosenzahlen vor allem im Bereich der Jüngeren und eine schwierigere Situation für die Älteren haben, ist es notwendig, deutlich zu machen, dass bei den Rahmenbedingungen eine Umkehr stattfinden muss. Es muss eine deutlich andere Politik gemacht werden. Ein erster richtiger Ansatz dazu ist die Agenda 2010. Deswegen brauchen wir – ich sage das noch einmal – ein Signal aus dieser Debatte, dass sie unterstützt wird. Sorgen Sie aber dann auch umgekehrt für Verlässlichkeit und Planungssicherheit, damit wir wenigstens einen Schritt in die richtige Richtung vorankommen.

Danke sehr.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

(Abg. Capezzuto SPD: Aber zurückhalten!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Capezzuto, ich brauche mich, glaube ich, nicht zurückzuhalten, weil ich mit einem Lob beginnen will; ich habe das gestern schon angedeutet.

Selbstverständlich wollen wir gemeinsam – dieses Signal ging eigentlich von allen aus – dafür sorgen, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung ändert, in der immer gesagt wird: Ihr debattiert und debattiert, aber es passiert nichts. Da müssen wir endlich gemeinsam einen Ruck hinkriegen. Deswegen höre ich Ihre Signale, Herr Drexler, sehr wohl, und ich freue mich auch sehr darüber, dass Ihre Fraktion – auch die Grünen – die Agenda 2010 unterstützt. Denn das ist ein Signal, das an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes – wir sprechen ja über Baden-Württemberg – hinausgehen muss. Wir müssen aufhören mit dem Zickzackkurs und damit, dass jeden Tag ein neuer Vorschlag kommt.

Eines muss klar sein: Die Menschen werden wieder Vertrauen fassen und wieder konsumieren und investieren, wenn ihnen klar ist, dass ihnen nicht mit neuen Neiddiskussionen und neuen Belastungen gedroht wird.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik, also die sozialen Sicherungssysteme, sind nur zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Unterhalten Sie sich einmal mit den Menschen draußen. Erst wenn die Menschen gerade in Baden-Württemberg, die in finanziellen Dingen und bei der Vorsorge vielleicht vorsichtiger sind als der Rest der Republik, wissen, dass ihnen in Zukunft von dem, was sie verdienen, endlich wieder mehr als derzeit netto im Geldbeutel bleibt, werden sie wieder bereit sein, zum Beispiel den Autokauf nicht um zwei Jahre zu verschieben, in die Renovierung des Häusles wieder schneller zu investieren usw.

Für mich werden die Themen „Lohnzusatzkosten“ und „Sozialpolitik“ immer zu sehr unter den Aspekten der Investitionsbereitschaft der Firmen und der Entlastung und Einstellungsbereitschaft der Mittelständler und der Firmen – diese Aspekte sind allerdings richtig – diskutiert. Wichtig ist natürlich immer auch die Frage: Wie viel Geld bleibt den Leuten in der Tasche? Die Steuerpolitik ist das eine, und das andere sind natürlich die Abgaben.

Wenn den Menschen immer mehr Abgaben zugemutet werden und sie das Gefühl haben, das Geld fließt in einen anonymen Topf, die Leistungen werden immer schlechter und zum Beispiel in der Gesundheitspolitik ist immer mehr zu zahlen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn ein gewisser Politikfrust aufkommt.

Die Wahrheit gebietet es schon, Herr Drexler, zu sagen, dass Sie gegen die Richtung, die die FDP im Bundestagswahlkampf 1998 vertreten hat, vehement als neoliberales Geschwätz polemisiert haben. Jetzt, fünf Jahre später, hat Sie die Realität dazu gebracht, genau die gleichen Rezepte – ich kann es Ihnen aus der Agenda vorlesen; das ist teilweise deckungsgleich – auf den Tisch zu legen.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie jetzt gemeinsam mit uns allen versuchen wollen, der Bevölkerung zu vermitteln: Wir

wollen euch nichts wegnehmen, sondern wir wollen euch in Zukunft mehr Gestaltungsfreiheit bei dem lassen, was ihr mit eurem Geld macht. Wenn wir gemeinsam versuchen, dies den Menschen zu vermitteln, werden sie, glaube ich, auch den einen oder anderen Punkt, der vielleicht wehtun könnte, eher verschmerzen und sagen: Jawohl, im Interesse des Gesamten sind wir bereit, ein Stück weit wieder mehr auf unsere eigene Leistungskraft zu setzen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Sätze zum Thema Rente sagen, dessen Behandlung wirklich, glaube ich, keinerlei Verzögerung mehr zulässt.

In der Agenda steht ausdrücklich – ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren –:

Die Altersgrenze von 67 Jahren wird dann erstmals für die Geburtsjahrgänge 1969 und jünger gelten.

Das ist ein Thema, dessen Behandlung in der CDU merkwürdigerweise sofort zurückgenommen worden ist. In Ihrer Agenda steht es noch drin.

Ich stehe dazu: Angesichts der Demographie stehen wir schlicht und einfach vor dem Problem – dass die Menschen immer älter werden, ist kein Problem, sondern eine tolle Entwicklung – des Verhältnisses von Lebensarbeitszeit zu Rentenlaufzeit. Da kann man an zwei Stellschrauben drehen.

Man kann zum einen unten drehen: früherer Eintritt in die Arbeitswelt. Das tun wir ja an vielen Stellen, zum Beispiel mit der Verkürzung der Schulzeit.

Aber man wird zum anderen auch darüber nachdenken müssen, ob man am oberen Ende – Eintritt in das Rentenalter – langfristig, vorhersehbar, planbar etwas verändert. Das gilt nicht für diejenigen, die jetzt nahe an der Rente sind. Vielmehr steht ausdrücklich auch in der Agenda der SPD, dass man ab 2011 das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre erhöhen will. Manche neigen immer noch zu dieser kurzsichtigen Politik und sagen: Angesichts der vielen Arbeitslosen können wir doch nicht die Alten länger arbeiten lassen. Die Jungen haben keine Chance.

Zum Ersten ist international bekannt, dass überall dort, wo dem Trend, die Älteren früh hinauszudrängen, wie es in Deutschland der Fall war, nicht gefolgt wurde, die Jugendarbeitslosigkeit gleichzeitig keineswegs höher, sondern niedriger war.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das heißt, Ältere und Jüngere dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Zum Zweiten dürfen wir, wenn wir uns demographische Entwicklungen und die Rentensystematik anschauen, wobei sich sehr langfristige Wirkungen ergeben, wenn wir heute Schritte machen, nicht nur von der gegenwärtigen Situation ausgehen. Wir wissen alle, dass wir auch in Baden-Württemberg an einen Punkt kommen werden – im Pflegebereich ist er schon erreicht; das ist auch ein Wirtschaftszweig –, an dem schlicht und einfach zu wenig junge Menschen zur Besetzung der Arbeitsplätze vorhanden sein werden.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

(Dr. Noll)

Also ist es doch legitim, vorhersehbar auf einen langen Zeitraum auch dieses sicherlich schwierige Thema anzugehen. Ich sage Ihnen bei diesem Punkt wie bei allen vernünftigen Punkten, die die Agenda 2010 enthält, unsere Unterstützung zu. Noch einmal: Wir haben da keinen Nachholbedarf. Vielmehr waren wir diejenigen, die diese Rezepte schon lange vorgelegt haben.

Ich freue mich darauf, wenn Sie jetzt mit der Agenda 2010 nicht nur Überschriften produzieren, sondern die entsprechenden Maßnahmen mit uns gemeinsam im Gesetzgebungsverfahren auch in die Realität umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Dazu, Herr Kollege Dr. Noll, gehört natürlich auch eine andere Unternehmensphilosophie. Über 60 % der Betriebe in Deutschland haben keine Beschäftigten mehr, die älter als 50 Jahre sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist vollkommen richtig!)

Insofern muss man hier auch einen Appell an die Unternehmer richten, die immer von längerer Lebensarbeitszeit reden, aber ihre Belegschaft in den Achtziger- und Neunzigerjahren reihenweise von den über 50-Jährigen „gesäubert“ haben – auf Kosten der solidarischen Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Das muss natürlich auch klar sein. Wer für eine längere Lebensarbeitszeit plädiert – wir sind für längeres Arbeiten, um das Ganze in Ordnung zu bringen –, muss den Unternehmen deutlich machen, dass sie nicht immer wieder die Älteren freisetzen sollten oder ihnen kündigen sollten. Vielmehr ist es vorteilhaft – wie die Erfahrungen in anderen Ländern zeigen –, wenn Ältere im Betrieb sind, weil sie möglicherweise mehr einbringen können als jüngere Arbeitnehmer. Daran besteht kein Zweifel. Aber das muss deutlich werden.

Der Herr Minister hat die Steuererhöhungsdebatten angesprochen. Wir führen sie nicht; wir haben sie auch in unserer Fraktion nicht geführt. Vielmehr sind wir der Meinung, dass wir zunächst einmal mit dem auskommen müssen, was wir haben. Deswegen sehen wir auch sehr viele kritische Punkte in dem Programm, das der DGB vorgestellt hat. Denn wir sind der Meinung, dass ein solches Konzept in der gegenwärtigen Zeit nicht das Richtige wäre.

Um zu verdeutlichen, worum es eigentlich geht, möchte ich einfach noch einmal die Dramatik aufzeigen.

1961 belief sich die Höhe der Sozialausgaben im Bundeshaushalt gerade einmal auf 4,1 Milliarden €. Jetzt sind es 106 Milliarden € – 4 Milliarden € 1961, 106 Milliarden € jetzt. An Zinsbelastungen waren 1961 0,4 Milliarden € aus dem Bundeshaushalt zu tragen. Jetzt sind es mit Sondervermögen 37 Milliarden € Zinsbelastungen, wenn Sie das einmal zusammenzählen.

Jetzt komme ich noch auf die Frage Lohnnebenkosten; nicht zur Schuldzuweisung, nur damit Sie sehen, dass alle Parteien mit dabei sind: Als die Regierungsgeschäfte von der Regierung Schmidt an die Regierung Kohl übergeben wurden, lagen die Lohnnebenkosten bei 34 %. 1998 hat die Regierung Schröder Lohnnebenkosten von 42,1 % übernommen. Natürlich hängt das auch mit der deutschen Einheit zusammen. Aber ich will einmal sagen: Man hätte das auch anders finanzieren können, nicht über die Lohnnebenkosten –

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

dann lägen die Lohnnebenkosten heute noch bei 34 oder 35 % und müssten wir diese Debatte heute gar nicht führen –, sondern über Steuern – dann hätten sich alle an den Kosten beteiligt, auch Beamte, auch wir Abgeordneten, die über Lohnnebenkosten nicht so beteiligt werden.

Fehler gibt es also überall. Deswegen brauchen wir gar nicht aufeinander herumzuhacken. Jetzt geht es vielmehr darum, zu sagen, wie wir das jetzt schaffen können.

Lassen Sie mich zum Schluss einfach noch einmal sagen, dass es so schlecht ja gar nicht steht.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Na!)

Am 16. April – ich will das nur sagen – hieß es auf der Wirtschaftsseite in der „Zeit“:

Hört auf zu jammern!

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist gut!)

Britische Unternehmen sagen: Deutschland ist gut.

Ich will Ihnen einfach zum Schluss noch, damit Herr Scheuermann nicht mit einem so traurigen Gesicht hinausläuft,

(Heiterkeit)

sagen: Hier geht es um Hoffnung.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir wollen, dass es so bleibt!)

„Sind wir ein Jammerland?“, fragt die „Zeit“. Jetzt kommt es:

Dabei ist alles halb so wild. Jedenfalls von außen betrachtet. Britische Firmen nämlich finden mehr und mehr Gefallen an Investitionen in Deutschland, meldete dieser Tage die britische Handelskammer. An die 1 000 Firmen . . . (mit 150 000 Jobs) sind in der Bundesrepublik ansässig, Tendenz steigend. Was macht den kranken Mann Europas so attraktiv für britische Investoren?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber „krank“ heißt es!)

Es sind vermeintliche Krankheitserreger. Deutschland ist geschockt von der PISA-Studie, britische Manager loben die hiezulande hoch qualifizierten Arbeitskräfte.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Stimmt ja auch!)

(Drexler)

Die halbe Republik ruft „Weniger Staat!“, auf der Insel preist man die meist mit Staatsmitteln geschaffene hiesige Infrastruktur. Deutsche Firmen fürchten die aus der EU-Osterweiterung entstehende Konkurrenz, britische Betriebe betonen die Nähe zu den Märkten Polens und Tschechiens.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Richtig!)

Eine aktuelle Studie der Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers

– des größten Unternehmensberaters in Großbritannien –

passt in das gar nicht so dunkle Bild. In Deutschland müssen Unternehmen an den Staat Abgaben in Höhe von 10 % des Bruttoinlandsprodukts entrichten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das lesen Sie aber besser den Gewerkschaften nicht vor!)

Genau wie in Britannien. In Frankreich dagegen 17 %. Deutschland, heimlich Wunderland?

– Nein.

Jedenfalls sollten hiesige Politiker öfter mal ins Ausland fahren – und von dort aus auf die Heimat schauen.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Ich habe das einfach einmal zum Schluss vorgetragen, um zu zeigen, dass wir, wie dies auch von außen gesehen wird, mit dieser Agenda 2010 große Chancen haben, ein wirkliches Wachstum zu erzeugen und wieder Luft zu schnappen und zu sagen: Jetzt packen wir es an.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Herr Wirtschaftsminister, ich sage Ihnen und dem ganzen Landtag zu: Ich werde dem Herrn Bundeskanzler bei dem nächsten Treffen in Kürze berichten: Der baden-württembergische Landtag steht geschlossen hinter dem Bundeskanzler Helmut Schröder, Gerhard Schröder. Es wird ihm gefallen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Heiterkeit – Zurufe von der CDU: Helmut Schröder! – Zuruf von der CDU: Erwin Drexler! – Abg. Hofer FDP/DVP: Eine „gedrexelte“ Formulierung!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Präsident! Lieber Herr Drexler, wenn wir uns auf die Formulierung, dass wir gemeinsam hinter „Erwin Schröder“ stehen, einigen könnten,

(Heiterkeit)

dann können Sie dem Bundeskanzler gern diese Grüße übermitteln.

Ich denke, in Ihren abschließenden Ausführungen und in den von Ihnen vorgetragenen Zitaten aus der „Zeit“ wird auch ein Stück weit Schönfärberei deutlich. Wir sind nach

wie vor, was inländische Investitionen angeht, aber auch was ausländische Investitionen in Deutschland und in Baden-Württemberg angeht,

(Zurufe der Abg. Birgit Kipfer SPD und Hofer FDP/DVP)

im europäischen Vergleich gerade gegenüber den wachstumsstarken Ländern wie Großbritannien, Spanien, Irland und auch Teilen Italiens deutlich hintendran und haben hier erheblichen Nachholbedarf. Wenn man einmal fragt, an was es liegt, stellt man fest, dass es in erster Linie die Rahmenbedingungen sind, das heißt zu hohe Abgaben, zu hohe Sozialkosten, Lohnnebenkosten, und natürlich auch andere Dinge wie zum Beispiel Arbeitnehmerschutzrechte, wo man einfach versuchen muss, zu korrigieren, um auch im internationalen Wettbewerb wieder besser zu werden.

Herr Kollege Kretschmann, Sie haben vorhin zum Thema Arbeitslosenversicherung das Richtige angesprochen, was die Frage der über 55-Jährigen betrifft, nämlich dass man sich dort auch nach dem CDU/CSU-Konzept vorstellen kann, Arbeitslosengeld bis zu 24 Monate zu bezahlen. Aber ich betone nochmals: Die Vorschläge, die von uns auf den Tisch gelegt wurden, sind durchgerechnet. Diese erlauben eben eine Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 5 %. Das ist immerhin ein Einsparvolumen von 12 Milliarden €.

Ich denke, wir sind mit Vorschlägen in anderen Bereichen über das, was Sie fordern, hinausgegangen, zum Beispiel in der Frage, inwieweit man Arbeitslosengeld für Arbeitsfähige, aber nicht Arbeitswillige kürzt. Da sind wir über das hinausgegangen, was Ihre Vorschläge beinhalten. Deshalb denke ich, dass wir da keinen Nachholbedarf haben, sondern sehr wohl auch den Versuch einer ausgewogenen Symmetrie gemacht haben. Ich halte es – ich sage es noch einmal – für wichtig, dass man im ersten Monat der Arbeitslosigkeit auch bereit sein muss, ein Solidaropfer in der Größenordnung von 25 % Kürzung des Arbeitslosengelds zu bringen, weil wir ja das Interesse haben, dass diese Arbeitslosen wieder sehr rasch in den Arbeitsprozess integriert werden können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Scheinarbeitslosigkeit!)

Herr Drexler, Sie haben die Frage der Gewichtung der Ausgaben für Investitionen und für Sozialleistungen bei den öffentlichen Ausgaben angesprochen. Da denke ich schon, dass uns gemeinsam zu denken geben muss, dass wir im Jahr 1972

(Abg. Fischer SPD: Das hat er ja gesagt!)

noch Investitionen in der Größenordnung von 25,5 % aller öffentlichen Ausgaben gehabt haben und im Sozialbereich ebenso 25,1 % hatten, und heute ist es völlig verkehrt: Bei den Sozialleistungen haben wir mittlerweile einen Anteil von 32 % und die höchsten Steigerungsraten, auch in den letzten Jahren, und bei den Investitionen liegen wir bei 20,3 %.

Wenn wir die Rahmenbedingungen ändern und sagen würden, wir möchten, dass die öffentliche Hand wieder stärker investieren kann, wir möchten aber auch die Privatwirt-

(Dr. Birk)

schaft in die Lage versetzen, am Standort Deutschland investieren zu können, indem man zum Beispiel – ich weiß, dass das nicht einfach ist – doch noch einmal überlegt, die Steuerreform, die man verschoben hat, vorzuziehen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich!)

damit man für die mittelständische Wirtschaft neue Investitionsspielräume schafft, dann bin ich mir sicher, dass wir ein Wachstum in Gang setzen könnten, das deutlich über den derzeitigen Prognosen von unterhalb der 1-%-Marke liegt, das also deutlich über 1,5 % liegt. Damit könnten wir auch, was die Binnenkonjunktur angeht, wirklich einen Schritt weitergehen.

Es ist überhaupt keine Frage, dass wir wegen der internationalen konjunkturellen Entwicklungen nur begrenzt handlungsfähig sind, aber mit dem erwähnten Programm, wozu ich auch die Agenda 2010 zähle, und darüber hinaus folgenden Schritten, etwa auch dem Vorziehen der Steuerreform, hätten wir eine Chance, unsere mittelständische Wirtschaft wieder schneller in den Aufschwung zu bringen und damit auch Beschäftigung zu sichern sowie neue Beschäftigungspotenziale zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von der SPD und von uns sind jetzt sehr deutliche Worte gegenüber den Gewerkschaften gefallen. Was ich vermisst habe, sind auch einmal deutliche Worte von Ihnen gegenüber dem Unternehmerlager.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir sind doch nicht die Partei des Unternehmerlagers!)

Es ist doch vollkommen klar, dass wir niemandem deutlich machen können, dass wir das effektive Renteneintrittsalter heraufsetzen oder sogar eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit vornehmen wollen, solange die Unternehmen nicht endlich davon abgehen, zu sagen: Wir stellen niemanden über 50 ein. Da Sie mehr Einfluss auf das Unternehmerlager haben, müssen insbesondere Sie das denen sagen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Nagel SPD)

Das geht einfach nicht. Ich erinnere noch einmal daran – das muss Sie natürlich auch noch treffen –, dass das Problem der langen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auch darin liegt, dass es immer so ein Gentlemen's Agreement, was natürlich in Wirklichkeit nicht „gentlemanlike“ war, gegeben hat, am Ende des Arbeitslebens die Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit zu schicken, damit sich diese noch das Arbeitslosengeld aus der Sozialversicherung holen, und dann noch in den Vorruhestand zu gehen. Das geht einfach nicht. Das ist auch der Grund, warum wir das so kürzen müssen. Ich finde, da sind einmal klare Worte an das Unternehmerlager erforderlich.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk? – Bitte schön, Herr Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege Kretschmann, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir diese Anreize, zum Beispiel zur Frühverrentung, in unserem Programm, das die CDU/CSU und die FDP gemeinsam auf den Weg gebracht haben, streichen wollen und insofern natürlich einen Beitrag dazu leisten wollen, dass die Beschäftigten länger im Erwerbsleben bleiben?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist ja richtig. Da besteht Konsens.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Kollege Kretschmann, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer? – Bitte.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ist Ihnen noch bekannt, dass wir gerade zu diesem Thema einen Fraktionsantrag gestellt haben, um zu untersuchen, wie und mit welchen Maßnahmen man das am besten erreichen kann, zum Beispiel auch, indem man Anreize, aber auch einen Abbau von Senioritätsprivilegien vorsieht?

Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist alles richtig. Das weiß ich alles, Herr Kollege Hofer. Es geht darum: Das sind Debatten, die jetzt im öffentlichen Raum stattfinden und sehr hart sind, gerade den Arbeitnehmern gegenüber. Da muss man von Ihnen auch erwarten können, dass auch Sie einmal gegenüber den Unternehmern laut werden.

Es gibt noch einen zweiten Punkt: Die Unternehmer müssen endlich bereit sein, dort, wo die Auftragslage gut ist, wirklich in die Leiharbeit zu gehen, statt Überstunden zu fahren.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sonst kann das Konzept gar nicht funktionieren. Auch das ist erforderlich. Da liegen wir immer noch weit hinter anderen vergleichbaren Ländern.

Eine zweite Bemerkung, Herr Kollege Hofer und auch Herr Wirtschaftsminister: Ich würde vorsichtig sein, die Agenda 2010 nur als eine Minimalreform hinzustellen. Da gibt es teilweise tief greifende Einschnitte. Ich erinnere daran: Wenn nach diesem Konzept gut verdienende Leute in die Arbeitslosigkeit kommen, sind das dramatische Einbrüche gegenüber den Hilfen, die sie bisher bekommen haben. Wenn man den Leuten sagt, dies seien nur minimale Eingriffe, dann müssen sie ja in Angst und Schrecken über alles versetzt werden, was da noch auf sie zukommt. Damit schafft man keine Bereitschaft zur Reform. Man muss den Leuten sagen: Das sind harte Einschnitte, aber sie sind notwendig.

Drittens: Es gibt netto durchaus mehr in der Tasche, Herr Kollege Noll. Der Sinn einer Senkung der Lohnnebenkosten ist ja gerade, dass der Einzelne netto mehr in der Tasche hat – und die Unternehmen ebenfalls. Das ist ja das Positive an der Reform. Darum belastet sie nicht nur, sondern sie bringt vielen auch sehr viel.

(Kretschmann)

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau das habe ich versucht zu sagen!)

Schließlich noch eine letzte Bemerkung zu den Steuererhöhungen: In der Tat kann man in einer solchen Situation sicher keine Steuererhöhungen vornehmen, die in die Substanz gehen – wie die Vermögensteuer, die deswegen auch nicht kommen wird, auch nicht eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Gerade habe ich in einem Gespräch mit der L-Bank erfahren, dass 40 % der Unternehmen, die übergeben werden, überhaupt keinen Gewinn machen. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Woran liegt das denn?)

Es ist natürlich vollkommen klar, dass man in dieser Situation nicht weiter in die Substanzsteuer gehen kann. In Substanzsteuern kann man, wenn man das für notwendig hält, nur in konjunkturellen Aufschwungphasen gehen, aber nicht in einer wirtschaftlichen Krise.

Jetzt gilt es, diese Agenda durchzusetzen. Wenn wir sie durchgesetzt haben, müssen wir sehen, was wir weiterhin noch tun müssen. Das ist das Entscheidende: die Probleme nicht kleinzureden, sondern endlich Maßnahmen umzusetzen und dann zu sehen, ob die Wirtschaft anzieht und welche weiteren Schritte dann erforderlich sind. Das müssen wir dann sehen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Nur eine direkte Reaktion auf den Kollegen Kretschmann: Eine Minimalreform ist es nicht in den Bereichen, in denen Reformschritte tatsächlich angegangen werden, sondern bezüglich der Verengung der Thematik. Wenn wir eine Auseinandersetzung bezüglich dessen führen würden, was noch zwingend notwendig wäre – Sie haben es schon angesprochen, Herr Kollege Birk und Herr Kollege Hofer –, bliebe festzustellen, dass die Verkrustung des Arbeitsmarkts mit dieser Agenda 2010 im Grunde genommen nicht aufgebrochen wird. Deswegen die Bewertung: Minimalreform. Das zu dem einen Punkt.

Das Zweite: Herr Kretschmann, ich kann einfach nicht stehen lassen, dass wir von unserer Seite aus bezüglich der über 50-Jährigen nicht tätig wären. Es gibt unzählige Beispiele von Reden, bei denen ich sage: Ich kann nicht akzeptieren, dass sich 60-jährige Manager im Vollbesitz ihrer Kräfte wähnen und ihre 52-jährigen Mitarbeiter zu Auslaufmodellen erklären; dies ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das hören Sie von mir an mehreren Stellen; das hören Sie auch jetzt aufgrund Ihres Einwurfs hier im Landtag von Baden-Württemberg.

Ich möchte einen dritten Punkt in der direkten Reaktion auf Sie, Herr Kretschmann, ansprechen: die Frage der Untätigkeit. Ich bin den Gewerkschaften, die ich hier ausdrücklich mit erwähnen will, den Arbeitgeberorganisationen und -verbänden, dem Landesarbeitsamt, allen, die in irgendeiner Weise mit dem Thema zu tun haben, dankbar für die Aktion „50 plus – die können es“. Das ist eine Aktion, die immerhin dazu geführt hat, dass im Jahr 2002 in Baden-Württemberg mehr als in jedem anderen Bundesland über 50-Jährige wieder in Arbeit vermittelt worden sind. Dies sollte hier ausdrücklich anerkannt werden, und das muss meiner Meinung nach erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es bleibt ein dringender Handlungsbedarf; das ist gar keine Frage. Deswegen war ich auch immer gegen diejenigen, die sich im Wettlauf um das Renteneintrittsalter 70 übertroffen haben. Ich habe immer gesagt: Was soll eigentlich diese Forderung, wenn wir, wie es hier zu Recht zitiert worden ist, 60 % Betriebe haben, die keine über 50-Jährigen mehr beschäftigen? Ziel muss doch sein, dass wir nicht einen Wettlauf nach oben beim Renteneintrittsalter schaffen, sondern dass wir sagen: Wir müssen wieder dahin kommen, dass wir wenigstens 61 oder 62 Jahre im Durchschnitt beim Renteneintrittsalter erreichen und nicht 59,8 oder 59,9 Jahre, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Diese Bemühung ist notwendig, und sie ist nur erfolgreich – da kann man Ihnen ja Recht geben –, wenn die Betriebe auch 53-, 54- oder 56-Jährige beschäftigen und zum Teil auch wieder einstellen. Wobei dann eine Teilauseinandersetzung mit dem erfolgt, was hier als Stichwort genannt worden ist: Herr Kretschmann, dann muss auch die Bereitschaft vorhanden sein, über die so genannten Senioritätsprivilegien zu reden. Das, was sich als Schutzvorschriften vor vielen Jahren einmal durchaus als richtig erwiesen hat, ist heute ein Einstellungshemmnis,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

wenn es darum geht, 54- oder 55-Jährigen wieder eine Chance am Arbeitsmarkt zu geben.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes und der Hochschulgesetze – Drucksache 13/2030

Das Präsidium hat freie Redezeit festgelegt.

Ich wollte jetzt das Wort Herrn Abg. Pfisterer erteilen. Er ist aber noch nicht anwesend. Ich erteile deshalb Herrn Abg. Pfister das Wort.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nicht der Abg. Pfisterer, sondern der Abg. Pfister eröffnet also die Debatte zu dem gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU und FDP/DVP, der die Änderung und Zukunft der so genannten Landeshochschulgebühren betrifft. Es ist natürlich so: Immer dann, wenn einer Regierung durch die Rechtsprechung attestiert wird, dass sie ein Gesetz auf den Weg gebracht hat, das verfassungs- oder rechtswidrig ist, ist das eine peinliche Angelegenheit.

(Beifall des Abg. Knapp SPD)

Die Opposition pflegt dann immer von einer „schallenden Ohrfeige“ zu sprechen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Zu Recht!)

Das muss man zur Kenntnis nehmen. Das ist nun einmal so.

Ich möchte Ihnen sagen, Frau Kollegin Bregenzer: Als ich dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 19. März gehört habe, war meine erste Konsequenz, meine erste Reaktion die, zu meinen: Eigentlich wäre jetzt der Zeitpunkt da, mit diesem ganzen Grust von Rückmeldegebühren, von Langzeitstudiengebühren und was sich da alles noch herumtummelt, endgültig aufzuhören und sich dazu zu bekennen, dass diese ganze Gebührenlösung, die wir in der Vergangenheit hatten, eigentlich nur die zweit- oder drittbeste Lösung war und nicht geeignet war, den Hochschulen wirklich auf die Beine zu helfen – auch finanziell auf die Beine zu helfen –, also zu sagen: „Weg damit, das sind alles nur Hilfskrücken“, und zu einer sauberen, ehrlichen Lösung zu kommen, selbstverständlich anstelle dieser Hilfskrücken und nicht obendrauf. Es ist eben die Frage, ob wir uns jetzt in dieser Situation nicht zur Einführung von allgemeinen Studiengebühren bekennen sollten, meine Damen und Herren.

Ich biete Ihnen jetzt an dieser Stelle noch an – ich bin da mit dem Koalitionspartner und mit dem Herrn Minister einig –: Wenn Sie sich bereit erklären, Ihr Hochschulrahmengesetz zurückzunehmen, das uns die Einführung von Hochschulgebühren verbietet, wenn Sie das zurücknehmen und bereit sind, mit uns sozialverträgliche Studiengebühren einzuführen, dann bin ich von meiner Seite aus bereit, den Gesetzentwurf sofort zurückzuziehen. Dazu werden Sie natürlich nicht in der Lage sein. Trotzdem will ich noch einmal sagen: Es wäre der ehrlichere, der saubere Weg. Sie könnten mit den ganzen Hilfskrücken aufhören.

Vielleicht noch einmal, damit das verstanden wird: Wenn ich von allgemeinen Hochschulgebühren spreche, dann spreche ich nicht davon, dass in der Zukunft die jungen Leute die Kosten für ihre Hochschulausbildung selbst tragen sollen, sondern ich spreche von einer Größenordnung von maximal 10 bis 15 % der anfallenden Kosten – nicht insgesamt, sondern maximal 10 bis 15 %. Ich spreche bei Hochschulgebühren auch ganz bewusst von nachlaufenden Hochschulgebühren. Sie kennen dieses Modell: Das sind Gebühren, die vom Studierenden eben nicht während seiner Studienzzeit bezahlt werden müssen, sondern erst dann, wenn er erstens sein Studium hinter sich hat,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wenn er einen Arbeitsplatz hat!)

zweitens einen entsprechenden Arbeitsplatz hat und drittens ein entsprechendes Einkommen hat. Der Vorteil eines solchen Modells wäre, dass hiermit jegliche Gefahr eines sozialen Numerus clausus vermieden werden könnte. Denn dies ist klar: Bildung ist Bürgerrecht. Und auch in Zukunft muss es so sein, dass junge Leute studieren können, und zwar völlig unabhängig davon, wie dick der Geldbeutel des Vaters oder der Mutter ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Hehre Worte!)

Sie können heute oder konnten gestern in einer baden-württembergischen Zeitung lesen – das will ich Ihnen nicht vor-enthalten: in der „Südwest Presse“ –, wie zum Thema Studiengebühren, Sozialverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit von Studiengebühren Folgendes formuliert wird. „Südwest Presse“ vom 7. Mai – ich zitiere –:

Ob als nachlaufende Gebühr, als Darlehen also, oder direkte Gebühr, sie wird kommen. Nicht nur in Baden-Württemberg. Und einiges spricht dafür, dass am Ende gerade jene davon profitieren, deretwegen die allerdings stetig kleiner werdende Schar der Kritiker die bestehende Gebührenfreiheit als unumstößlich hochhält: die sozial Schwächeren.

Meine Damen und Herren, dass ausgerechnet Sozialdemokraten aus sozialen Gründen gegen die Studiengebühren sind, das habe ich eigentlich noch nie verstanden. Aber, wie gesagt, wir sind jetzt in einer Situation, in der wir nicht über allgemeine Studiengebühren reden – aus den bekannten Gründen –, sondern in der aufgrund dieses Urteils schlicht und einfach festzustellen ist: Wir haben eine außerordentlich schwierige Finanzlage. Wir sind durch dieses Urteil in eine schiere Finanznot hineingeraten. Es wird uns überhaupt nichts anderes übrig bleiben, um aus dieser Finanznot herauszukommen.

Das ist der Grund, weshalb wir in diesem Gesetzentwurf nicht von Gebühren sprechen, sondern von einem Verwaltungskostenbeitrag sprechen, der dem Grunde nach auch vom Bundesverfassungsgericht ermöglicht worden ist: aus schierer Finanznot.

Der Verwaltungskostenbeitrag wird jetzt also 40 € je Semester ausmachen. Aber selbst dann, wenn wir diese 40 € einführen, werden wir in unserem Haushalt eine Lücke von 10 bis 11 Millionen € haben, völlig abgesehen von den Rückzahlungen, die wir auch noch bewerkstelligen müssen. Wenn wir diesen Beitrag aber nicht einführen würden, wie Sie das ja fordern, dann würde das bedeuten, dass das Loch im Haushalt nicht 10 bis 11 Millionen € betrüge, sondern eine Größenordnung von an die 25 Millionen € hätte und damit mindestens doppelt so groß wäre.

Meine Damen und Herren, wenn Sie ein Finanzloch in der Größenordnung von 20 bis 25 Millionen € hätten, dann würde dies bedeuten, dass ganz automatisch bei der derzeitigen Haushaltslage dieses Loch, dieses Defizit, den Hochschulen zum Beispiel in Form von globalen Minderausgaben aufs Auge gedrückt würde. Es bliebe überhaupt kein anderer Weg – jedenfalls derzeit –, und das möchte ich nicht. Ich möchte nicht, dass die Finanzsituation an den Hochschulen verschlechtert wird. Deshalb bleibt uns in die-

(Pfister)

ser Situation kein anderer Weg übrig, als eben diesen Verwaltungskostenbeitrag zu erheben.

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch einmal klar: Es bestätigt, dass die Einführung der Rückmeldegebühr grundsätzlich zulässig war: dem Grunde nach, nicht der Höhe nach. Was übrigens die bisherige Gebühr in der Größenordnung von 100 DM angeht: Das war natürlich keine Zahl, die aus dem hohlen Bauch heraus gekommen wäre, sondern diese Zahl hat sich zum Beispiel an Niedersachsen orientiert, das ja diese Gebühr schon vor uns eingeführt hatte und eine Gebühr in der Größenordnung von 100 DM veranschlagt hatte.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sie hatten sich an etwas ganz anderem orientiert! – Zuruf: Wer hat da regiert?)

– Wer da im Jahr 1997 regiert hat, das wissen Sie. Das brauche ich Ihnen jetzt nicht zu sagen. Aber das ist auch nicht der Punkt. Wir haben uns mit diesen 100 DM jedenfalls an Niedersachsen orientiert.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ach was! Märchenstunde!)

Wir haben uns übrigens auch durch den Landesrechnungshof abgesichert, der von sich aus gesagt hat, der damalige Betrag von 100 DM wäre ein angemessener Betrag für eine solche Gebühr.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Also noch einmal: Unter dem Strich steht: Dem Grunde nach ist eine solche Gebühr – wir nennen sie jetzt Verwaltungskostenbeitrag – richtig und auch erhebbar – das sagt das Bundesverfassungsgericht –, aber nicht der Höhe nach. Das hängt eben damit zusammen, dass diese bisherige Gebühr nicht punktuell auf den reinen Akt der Immatrikulation oder auch der Rückmeldung begrenzt werden darf.

Deshalb stellen wir in diesem Gesetz klar: Wir werden von den Studierenden einen Verwaltungskostenbeitrag erheben, und zwar einen Beitrag zu den Kosten für allgemeine Verwaltungsdienstleistungen, die unsere Hochschulen und Berufsakademien im Zusammenhang mit Immatrikulation und Rückmeldung, Beurlaubung und Exmatrikulation sowie für weitere Dienstleistungen erbringen, die grundsätzlich von jedem Studierenden in Anspruch genommen werden können, also für ihn auch vorgehalten werden.

Andere Bereiche, zum Beispiel der Bereich der Lehre oder auch etwa der Bereich einer fachspezifischen Studienberatung, dürfen für diesen Verwaltungskostenbeitrag ausdrücklich nicht erfasst werden. Wir haben bei der Berechnung dieser 40 € – das wird Ihnen der Herr Minister sicherlich noch im Einzelnen erläutern – wirklich sehr, sehr knapp kalkuliert, ganz bewusst knapp kalkuliert und nur das in die Berechnung einbezogen, was rechtlich absolut wasserdicht ist. Denn wir sind natürlich daran interessiert, jetzt einen Betrag in das Gesetz hineinzuschreiben, der mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Übereinstimmung steht. Insofern haben wir auch die Anforderungen des Bundesverfassungsurteils erfüllt.

Wie gesagt, meine Damen und Herren: Das ist alles eine sehr zähe, umständliche und vielleicht auch unbefriedigende Situation, und diese ganze Neuordnung befriedigt mich nicht sehr. Mich befriedigt aber sehr, dass die Zahl derjenigen, die eine ehrliche, wirksame und unumgängliche Lösung wollen, nämlich die Einführung einer allgemeinen Studiengebühr, von Tag zu Tag steigt. Der Chor derjenigen, die diese Studiengebühr wollen, wächst an. Das jüngste Mitglied dieses Chores ist übrigens der neue Präsident der Hochschulrektorenkonferenz. Es gibt übrigens auch prominente Sozialdemokraten, die längst erklärt haben, dass sie für Studiengebühren sind. Die Grünenfraktion hat – sowohl die Fraktion hier in Stuttgart als auch die in Berlin – von dieser Stelle aus immer wieder zumindest Sympathie mit dem Modell der nachlaufenden Studiengebühren artikuliert.

Ich will Ihnen aber sagen, was mich an dieser ganzen Diskussion am meisten ärgert. Mich ärgert an dieser Diskussion, dass sie ein Beispiel dafür ist, dass der Bildungsföderalismus, wie er ursprünglich einmal angedacht worden ist, eigentlich ins Gegenteil verkehrt worden ist. Ich verlange von keiner einzigen Hochschule, von keiner Universität und von keinem einzigen Bundesland, dass es von sich aus allgemeine Studiengebühren einführt. Das sollen die Länder und sollen die Hochschulen selbst entscheiden. Aber ich verlange, dass sich der Bund endlich zurückhält mit seiner Gängelerei gegenüber den Ländern,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

dass der Bund es endlich unterlässt, die Länder zu gängeln, und dass er es den Ländern überlässt, ob sie Hochschulgebühren einführen wollen oder nicht.

Deshalb, meine Damen und Herren: Wenn diese Debatte einen Sinn haben soll, sollte man nicht darüber mäkeln, dass das alles nicht sehr optimal gelaufen ist, sondern der Sinn dieser Debatte kann eigentlich nur darin bestehen, dass wir eine ersatzlose Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes fordern.

Wenn ich von einer „ersatzlosen Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes“ spreche, meine ich: Dann müssen Sie alle damit einverstanden sein; denn das entspricht dem Geist von Lübeck, wo sich auch prominente Sozialdemokraten aus allen Ländern, wo sich prominente Vorsitzende aller Fraktionen in beredten Worten für einen neuen Bildungsföderalismus ausgesprochen haben, wo sie sich dafür ausgesprochen haben, dass Mischkompetenzen und Mischfinanzierungen abgebaut werden.

Deshalb noch einmal, meine Damen und Herren: Ich begrüße den Beschluss der Landesregierung sehr, der darauf abzielt, beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen dieses Hochschulrahmengesetz einzureichen. Es muss unser gemeinsames Ziel sein – um solche Dinge, über die wir im Augenblick sprechen, zu vermeiden –, dass der Bildungsföderalismus wieder gestärkt wird und dass die Länder die Politik machen können, die ihnen vernünftig erscheint.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfisterer.

Abg. Pfisterer CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meinen heutigen Redebeitrag zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes und der Hochschulgesetze möchte ich mit einem Zitat beginnen, das für Sie sicherlich von Interesse ist. Dies gilt besonders für die Kollegen der SPD-Fraktion. Ich darf zitieren:

Die Studierenden haben durch das Vorhalten eines Studierendenverwaltungs- und Betreuungssystems, bestehend aus Immatrikulations-, Prüfungs- und Praktikantenämtern einschließlich staatlicher Prüfungsämter, Studienberatung . . . , Akademischer Auslandsämter usw. einen Vorteil, der es rechtfertigt, sie in Zeiten knapper öffentlicher Ressourcen an den Verwaltungskosten dieser Infrastruktur zu beteiligen.

Das ist ein schwieriger Satz, aber er wurde so geschrieben.

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Von wem? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Ich komme darauf zurück. – Ich zitiere weiter:

Da die genannten Einrichtungen dem Lehrbetrieb nicht unmittelbar zuzuordnen sind, ist der Verwaltungs-kostenbeitrag keine Studiengebühr, die als Gegenleistung für den Besuch von Lehrveranstaltungen erhoben würde.

Diesen Aussagen stimme ich uneingeschränkt zu, meine sehr geehrten Damen und Herren. Insbesondere in Zeiten knapper Kassen, aber auch grundsätzlich ist es Studierenden – wie anderen Bürgern auch – zuzumuten, sich an Kosten für staatliche Dienstleistungen zum Teil zu beteiligen.

Um auf die soeben zitierten Ausführungen zurückzukommen: Diese Aussagen stammen keinesfalls von einem CDU-Politiker, wie Sie vielleicht vermuten. Diese Aussagen stammen aus einem Gesetzentwurf, den Herr Sigmar Gabriel damals als Fraktionsvorsitzender der SPD im Niedersächsischen Landtag – das ist er heute wieder – unterschrieben hat.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Kein Wunder ist der in die Opposition gekommen!)

Ich darf daher davon ausgehen, dass auch die baden-württembergische SPD-Landtagsfraktion ihrem niedersächsischen Kollegen zustimmt und somit unseren Gesetzentwurf begrüßt und unterstützt.

Nebenbei bemerkt: Sigmar Gabriel hat dem neuen Ministerpräsidenten Christian Wulff nach dessen Regierungserklärung eine konstruktive Zusammenarbeit angeboten und erklärt, die SPD-Fraktion wolle nicht Opposition „um jeden Preis“ betreiben. Daran könnten sich auch die Kollegen der SPD-Fraktion in diesem Hause orientieren und dem Gesetzentwurf zustimmen. Ihre Presseerklärung vom 28. März 2003 zu diesem Thema ging genau in die falsche Richtung.

Aber ich denke, zumal ich unter anderem die Stellungnahme des SPD-Kollegen Nils Schmid zu diesem Thema kenne, dass auch manch einer unserer SPD-Abgeordneten dem

Gesetzentwurf zustimmen wird, auch wenn sie es vielleicht nicht offen sagen können.

(Abg. Fischer SPD: Er sagt es aber immer offen!)

– „Manch einer“ habe ich gesagt. Bei ihm begrüße ich das ja. Darum habe ich das auch gesagt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Er will aber trotzdem sein Geld!)

– Ja, sehen Sie, es gibt solche und solche Leute. Mein Sohn zum Beispiel fordert nichts zurück, weil er der Meinung ist, dass die Ausbildung, die er bekommen hat, ihr Geld wert ist.

(Zurufe der Abg. Schmid und Carla Bregenzer SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem heute eingebrachten Gesetzentwurf zur Erhebung eines Verwaltungs-kostenbeitrags kommen wir den rechtstechnischen Anforderungen nach, welche der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts aufgestellt hat.

Es ist bedauerlich, dass die bisherige rechtliche Regelung über Rückmeldegebühren den verfassungsrechtlichen Grundsätzen nicht entspricht. Wir werden dies respektieren. Die Umsetzung der Rückzahlungen hat ja begonnen, auch wenn dies für die jetzige Haushaltslage sehr schmerzhaft ist. Aber vielleicht gibt es noch mehr Leute, die bereit sind, zu sagen, sie verzichteten darauf, weil sie der Meinung sind, dass sie für ihr Geld etwas bekommen haben.

Von der Universität Heidelberg wurde eine Internetseite erstellt, über die man diese Rückmeldegebühren zurückfordern kann. Das wird überall so gemacht. Man kann diese Rückzahlung damit unbürokratisch und schnell durchführen.

Es wurde aber nicht generell gesagt, dass diese verfassungsrechtliche Auslegung pauschal gelte, sondern es wurde ganz klar differenziert. Auch die Urteilsbegründung hat das so gesagt. Es geht eben darum – das muss man auch sagen –, dass die Rückmeldegebühr in die Kulturhoheit der Länder eingestellt ist. Das ist für uns wichtig und entspricht im Übrigen unserer Rechtsauffassung. Wir meinen, dass die Bundesregierung ihre verfassungsgemäße Kompetenz überschreitet, wenn sie hier in die Länderhoheit eingreift. Das war der Grund, warum wir die Klage erhoben haben.

Heute geht es uns darum, den Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 40 € pro Semester rechtlich einzuführen. Nach unserer Auffassung ist das keine unzumutbare Belastung für die Studierenden, denn 40 € pro Semester sind ohne weiteres als Beitrag zu einem Studium zu leisten.

Die Höhe des Beitrags wurde mittlerweile durch viele Erhebungen an einzelnen Hochschulen und Berufsakademien sorgfältig festgelegt. Der Betrag liegt damit auf keinen Fall in einer Höhe, in der er problematisch wäre – im Gegenteil. Dem sollte eigentlich kein langfristig denkender und finanzpolitisch verantwortlich handelnder Politiker widersprechen. Man musste ganz klar sagen, dass man die gut verdienenden Akademiker hier auch entsprechend beteiligen kann. Dies, meine Damen und Herren, ist auch eine Frage

(Pfisterer)

der sozialen Gerechtigkeit. Aus diesem Grunde verstehe ich die SPD in keiner Weise, die immer wieder sagt, Studiengebühren seien sozial ungerecht. Studiengebühren kann man ohne weiteres sozial gerecht staffeln.

Gerade bei PISA wurde immer wieder angesprochen, warum man Kindergartengebühren verlangen kann, aber die Akademiker eben nicht beteiligt. Viele Nichtakademiker müssen Beiträge zahlen. Dabei denke ich gerade auch an den Meisterbereich, in dem man für den Besuch der Schulen immer wieder Gelder bezahlen muss. Das kann man ohne weiteres auch hier im Bereich der Studiengebühren tun.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Die Verwaltungskostenbeiträge sind, wie auch die Langzeitstudiengebühren, richtig. Sie sind genauso richtig, wie man hier vielleicht auch einmal – längerfristig gesehen – allgemeine Studiengebühren sozial verträglich gestaffelt einführen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die „taz“, die ja bestimmt nicht nach der rechten Seite blickt, hat am 21. August 2002 geschrieben: „Studiengebühren sind nicht unsozial.“ Man sollte diesen Artikel sehr gut lesen, denn er räumt auch mit dem Mythos auf, dass die Abschaffung von Studiengebühren mehr zur sozialen Gerechtigkeit beigetragen habe. Das Gegenteil war der Fall.

Es kann statistisch belegt werden, dass die Attraktivität der Landeshochschulen für Studienanfänger unter der Gebührenpflicht für Langzeitstudierende nicht gelitten hat, und auch die Zahl der ausländischen Studierenden ging bei uns nicht zurück, sondern sie hat ständig zugenommen.

Verwaltungskostenbeiträge – das wurde vorhin schon einmal hier erwähnt – sowie auch Rückmeldegebühren erheben auch Niedersachsen – sogar, wie auch schon erwähnt, bereits zu Zeiten einer SPD-Regierung – und auch Berlin.

Man braucht bloß einmal die „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. April 2003 zu lesen und wird feststellen, welche Bundesländer weiterhin eine Kostenbeteiligung planen. Alle westdeutschen SPD-regierten Bundesländer sind darunter. Sie sehen also: Wir stehen hier nicht allein.

Dass namhafte Hochschulrektoren auch dieser Meinung sind, ist bekannt und wird auch überall nachzulesen sein. Das gilt sogar für die Grünen. Eine Überschrift in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 31. März 2003 lautete: „Grüne gehen auf Studiengebühr zu“. Also auch Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sitzen bei diesem Thema hier mit in unserem Boot.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Wer den Gesetzentwurf zur Einführung von Verwaltungskostengebühren heute ablehnt, der handelt eigentlich nicht zukunftsgerichtet, sondern eher populistisch. Ich bitte Sie daher um eine breite Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Regierungsfractionen ist der vorläufige Höhepunkt einer unsäglichen Geschichte der Haushaltssanierung zulasten einer kleinen Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, nämlich der Studierenden. Heute, da ein neues Kapitel hinzugefügt werden soll, lohnt sich ein Blick auf die Entwicklung dieser Geschichte der Beutelschneiderei.

Am 14. Oktober 1996 verkündete Wissenschaftsminister von Trotha den Kabinettsbeschluss, der vorsah, von Studierenden künftig 100 DM für die Einschreibung und die Rückmeldung zu kassieren. Jährlich rund 40 Millionen DM waren ein angeblich moderater Beitrag der Studierenden zur finanziellen Entlastung der Hochschulen. Die Hochschulen, die jetzt die Suppe auslöffeln müssen und Zigtausende von Rückforderungsanträgen bearbeiten, haben davon nach eigenen Aussagen keinen Pfennig gesehen.

Es hieß, bei dieser Gebühr seien das Äquivalenz- und das Kostendeckungsprinzip gewahrt, und das, obwohl der Landesrechnungshof, Herr Pfisterer, für die tatsächlichen Kosten der Einschreibung und der Rückmeldung maximal 4,26 DM und keineswegs 100 DM errechnet und veröffentlicht hatte.

Zwei Jahre später noch verteidigte der Minister seine Gebühren als angemessen und gerechtfertigt und als vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage erhoben und nötig.

Nach dem Sieg der Studierenden vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim hielt die Landesregierung unberührt von der richterlichen Entscheidung an ihrer Einstellung fest, setzte aber wenigstens die Zahlung aus – zwar zähneknirschend, aber immerhin.

Im November 2002 argumentierte ein neuer Wissenschaftsminister – jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht – anders. Die Gebühr – so Herr Frankenberg – werde erhoben, da die Studierenden durch die Immatrikulation und die Rückmeldung in den Genuss einer Vielzahl von Vergünstigungen – Studienberatung, Prüfungen, Zeugnisse, Kindergeld, Studienförderung, verbilligte Eintritte etc. – kämen. Offensichtlich hatte das Ministerium kalte Füße bekommen.

Das Bundesverfassungsgericht hat diese verkappte Studiengebühr gekippt. Herr Pfister hat ja erfrischend offen deutlich gemacht, dass es eigentlich darum geht, Studiengebühren zu erheben. Sie haben versucht, die Ohrfeige, die Sie vom Bundesverfassungsgericht kassiert haben, dadurch zu verschmerzen, dass Sie heftig auf die Bundesregierung eingeschlagen haben. Das macht aber die Schlappe vor dem Bundesverfassungsgericht nicht besser.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich habe nur darum gebeten –)

Wenn einem das Bundesgesetz, das 6. Hochschulrahmengesetz, nicht gefällt – Sie haben ja hier in Baden-Württemberg den Weg eingeschlagen, den man geht, wenn einem etwas nicht gefällt –, geht man den Weg vor das Verfassungsge-

(Carla Bregenzer)

richt. Ich finde es besonders charmant, dass Sie drei Wochen, nachdem Sie vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert sind, beim Bundesverfassungsgericht einen erneuten Versuch machen. Sie können sich vorstellen, welche Wünsche der SPD-Fraktion Sie auf diesem Weg begleiten; ich nehme an, die Grünen werden sich unseren Wünschen anschließen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Frau Bregenzer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfisterer? – Bitte schön.

Abg. Pfisterer FDP/DVP: Frau Bregenzer, nur eine Frage: Ist Ihnen bekannt, dass sich die Vorsitzenden aller 16 sozialdemokratischen Fraktionen der Länder Ende März in Lübeck dem Geiste und zum Teil auch dem Buchstaben nach im Grunde für die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes ausgesprochen haben, und teilen Sie meine Meinung, dass es gut wäre, wenn sich die SPD-Landtagsfraktion einem solchen Votum anschließen würde? Dann müsste nämlich die Landesregierung gar keine Klage mehr gegen das Hochschulrahmengesetz einleiten.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie wissen, dass es da um eine Neuordnung des Föderalismus ging. Darüber diskutieren wir noch ausgiebig und mit allen Konsequenzen. Ich denke, wenn es dann wirklich ans Eingemachte geht, wird es an vielen Stellen Punkte geben,

(Abg. Pfisterer CDU: Ausweichende Antwort!)

wo Sie mit Ihrer besonderen Begeisterung für die Eigenverantwortung wahrscheinlich wieder auf die Bremse treten, weil es darum geht, wer das finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfisterer CDU: Ausweichende Antwort wieder!)

Ich habe auch noch kein einziges Bundesprogramm, das Geld von Berlin nach Stuttgart geschickt hat, gesehen, das Sie abgelehnt hätten. Baden-Württemberg hat noch keinen Pfennig abgelehnt mit der Begründung: Wir wollen keine Mischfinanzierung. Solange es Geld gibt, ist die Mischfinanzierung wunderbar. Da gibt es auch kein Problem mit dem Hochschulrahmengesetz und mit Hochschulrahmenprogrammen. Schwierig für Sie wird es nur, wenn es darum geht, vielleicht das eigene Handeln einschränken zu müssen.

Machen wir weiter mit der Geschichte der Beutelschneiderei. Das Bundesverfassungsgericht hat der Landesregierung ins Stammbuch geschrieben, dass eine Gebührenerhebung strengen Regeln unterliegen muss und eine Haushaltssanierung höchstens über eine Beteiligung an Verwaltungskosten möglich sei.

Nach diesem peinlichen und für die Landesregierung überraschenden Beschluss kam hektische Betriebsamkeit auf. Die Hochschulen mussten die Kosten für ihr Verwaltungshandeln erheben, und flugs verkündete der Minister, Studierende verursachten mindestens 120 € Verwaltungskosten pro Semester.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Das, Herr Pfisterer, waren – davon gehen wir zumindest aus – seriös erhobene Zahlen; denn sie waren im Auftrag des Wissenschaftsministeriums von den Hochschulverwaltungen so erhoben worden.

Am 26. März kündigte der Minister an, die Landesregierung wolle rasch einen Gesetzentwurf einbringen – die Landesregierung! –, und zwar mit einem Verwaltungskostenbeitrag von 75 €. 120 € beträgt der Aufwand, 75 € will der Minister – so hat er angekündigt – von den Studierenden haben. Er erweckte den Eindruck, als handle es sich bei dieser Summe um eine seriöse Zahl, einen gerechneten Wert. Wieder war von Angemessenheit und von knapper Haushaltslage die Rede.

Auf den Gesetzentwurf der Landesregierung haben wir vergeblich gewartet. Stattdessen schneite uns am Dienstag letzter Woche ein Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen ins Haus, und innerhalb der nächsten vier Wochen soll dieser durchgepeitscht werden. Dieser Schachzug soll die sonst zwingend notwendige Anhörung der Betroffenen offensichtlich vermeiden.

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Das haben wir von der großen Koalition gelernt!)

Er soll gewiss auch verhindern, dass die neue Abzocke allzu öffentlich wird.

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Solche Tricks habe ich bei euch gelernt!)

Je schneller Sie das machen, desto weniger erreicht dieser Gesetzentwurf das Licht der Öffentlichkeit.

Sie haben allen Grund zur Durchpeitscherei. Denn im Entwurf der Regierungsfaktionen steht nun plötzlich, dass die Erhebungen in den Hochschulen kalkulatorische Verwaltungskosten in Höhe von 40 € nachgewiesen hätten

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Ja!)

und die Höhe des Verwaltungskostenbeitrags deshalb auf 40 € festgelegt werde.

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Ja!)

Vor kurzem waren es doch noch 120 €.

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: 75 €!)

Was gilt denn nun?

(Abg. Pfisterer CDU: Die 40 € nach dem Urteil! Nach der sauberen Prüfung!)

Gelten die 120 €, die die Hochschulen als Verwaltungskosten angegeben haben,

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Die gelten nicht!)

oder gelten die 75 €?

(Abg. Pfisterer FDP/DVP: Die gelten auch nicht! Die 40 € gelten!)

– Sie bescheinigen dem Wissenschaftsminister, dass er mit falschen Zahlen an die Öffentlichkeit geht. Da wäre ich an Ihrer Stelle aber vorsichtig.

(Carla Bregenzler)

(Abg. Pfisterer CDU: Das haben Sie, wie üblich, unterstellt!)

Ich frage Sie: Wie kommt der Wissenschaftsminister auf 75 €, und wie kommen Sie von den Regierungsfractionen jetzt auf 40 €?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Weil wir auf der sicheren Seite sind!)

Nach welchen Kriterien? Lassen Sie denn Kostenarten weg und nehmen Kostenarten hinzu? Nach welchen Kriterien haben Sie denn diese 40 € ermittelt?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nach den Kriterien, die das Bundesverfassungsgerichtsurteil genannt hat, Frau Kollegin!)

– Hat der Wissenschaftsminister diese Kriterien nicht gekannt? Hat der Wissenschaftsminister sie den Hochschulen nicht mit auf den Weg gegeben?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die hat er gekannt! Aber wir waren noch bhäber als der Minister!)

Den Hochschulen lag die Begründung des Bundesverfassungsgerichts ja auch vor, als sie ihre Kosten errechnet haben. Wieso kommen Sie jetzt ausgerechnet auf 40 €? Anders gefragt: Warum lassen Sie die Hochschulen auf einer Unterdeckung von mindestens 80 € sitzen? Der Verdacht der Willkür liegt auf der Hand.

Es gibt also zahlreiche Gründe, diesen Gesetzentwurf in einer Anhörung des Wissenschaftsausschusses mit Fachleuten und Hochschulvertretern zu erörtern. Wir werden dies in der kommenden Woche im Wissenschaftsausschuss auch beantragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das Fazit der SPD-Landtagsfraktion zu diesem Gesetzentwurf lautet: Der so genannte Verwaltungskostenbeitrag ist nichts anderes als eine willkürliche Abzocke. Weil man keine allgemeinen Studiengebühren erheben darf,

(Abg. Pfisterer CDU: Ihr Sprachgebrauch lässt heute zu wünschen übrig!)

kaschiert man sie als Verwaltungskostenbeitrag – allerdings mehr schlecht als recht. Ihre beiden bisherigen Debattenbeiträge haben ja gezeigt, dass es Ihnen eigentlich um Studiengebühren geht und dass Sie jetzt meinen, aus der von Ihnen so gesehenen Not eine Tugend machen

(Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

und damit einen so genannten Verwaltungskostenbeitrag erheben zu müssen.

Wer aber mit offenen Händen Millionen ausgibt, hat jedes Recht verspielt, Studierende und deren Eltern zur Kasse zu bitten und mit Leichenbittermiene die angebliche Finanznot des Landes zu beklagen. Herr Pfister hat ja ganz flehentliche Appelle an dieses Parlament gerichtet, dem Land zu helfen, diese Finanznot abzuwenden. Wie passt das eigentlich zur gestern von Ministerpräsident Teufel in seiner Regierungserklärung voller Stolz verkündeten Bilanz, wir sei-

en zum stärksten und erfolgreichsten Land in der Bundesrepublik geworden?

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die meisten anderen Länder – so sagt der Ministerpräsident – wären froh, wenn Sie nur unsere Probleme hätten.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist doch so!)

Da glauben Sie, Herr Pfisterer, Sie könnten sich exkulpieren, indem Sie aus einem Gesetz des Landes Niedersachsen zitieren? Das ist mehr als ärmlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Warten Sie nur einmal ab, was die anderen Länder machen!)

Wie schrieb vorgestern die „Schwäbische Zeitung“ unter der Überschrift „Verunglückter Kassenschlager“? Sie schrieb unter anderem – ich zitiere –:

Aber der Gesetzentwurf erhärtet den Eindruck, dass die Hochschulfinanzierung von Willkür geprägt wird und es der Landesregierung nur ums Abzocken geht. . . . Um in Haushaltsnöten die steigenden Studentenzahlen auffangen zu können, scheint ihm

– gemeint ist der Wissenschaftsminister –

fast jedes Mittel recht.

Dem ist aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der hier vorliegende Gesetzentwurf gründet auf einem Loch.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! Das ist wahr!)

Die ganze Geschichte der Verwaltungsgebühren beginnt im Jahr 1997. Ein Loch war im Haushalt, ein Haushaltsloch von 40 Millionen DM. Der damalige Wissenschaftsminister kam auf die Idee, dieses Loch mit der Erhebung einer Gebühr zu stopfen. Man gab dieser Gebühr den Namen „Immatrikulations- und Rückmeldegebühr“. Die Höhe betrug 100 DM. Diese waren von jedem Studierenden zu Beginn jedes Semesters bei der Rückmeldung zu entrichten.

Mein Vorgänger als hochschulpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion hat schon damals diese Etikettierung eine Moglepackung genannt und darauf hingewiesen, dass die Kosten für den Verwaltungsaufwand, der bei der Rückmeldung anfällt, nach Berechnungen des Landesrechnungshofs allenfalls 4 DM betragen. Das für Gebühren geltende Gebot der Äquivalenz sei daher verletzt. Deshalb, so Salomon schon damals, sei diese so genannte Gebühr als allgemeine Studiengebühr zu bezeichnen.

Ich habe in Vorbereitung auf die heutige Sitzung mir die Protokolle von damals genauer angeschaut und habe festgestellt: Der Kollege Pfister von der FDP/DVP hat auch da-

(Theresia Bauer)

mals schon zugegeben, dass es sich genau genommen um eine allgemeine Studiengebühr handle, während der damalige Wissenschaftsminister mit einer aus heutiger Sicht ganz erstaunlichen und frappierenden Nonchalance alle rechtlichen Bedenken vom Tisch gewischt hat. Gestatten Sie mir, dass ich heute noch einmal aus den Ausführungen von Herrn von Trotha in der Landtagsdebatte vom 31. Januar 1997 zitiere. Damals sagte er:

In der Tat haben wir das Problem, dass die Einschreibgebühr rechtlich eindeutig eine Verwaltungsgebühr ist, dass sie aber von denen, die nicht die erforderlichen Rechtskenntnisse mitbringen – dafür muss man Verständnis haben; man kann sie nicht von jedem erwarten –, als Studiengebühr angesehen wird.

(Heiterkeit des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Deshalb habe ich gesagt:

– also Herr von Trotha –

Es kommt mir nicht auf die Semantik an, sondern es kommt mir in der Tat auf die 40 Millionen DM an.

(Beifall des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Kretschmann GRÜNE: Schadenfreude ist doch die schönste Freude! – Vereinzelt Heiterkeit)

Heute wissen wir ja, wer die erforderlichen Rechtskenntnisse mitgebracht hat und wer nicht und dass weniger Arroganz deshalb angebracht gewesen wäre.

Sie wissen es alle: Die Rückmeldegebühren kamen. Sie wurden von den Studierenden eingezogen, bis sie vom Landesverwaltungsgericht ausgesetzt wurden und das Thema dann an das Bundesverfassungsgericht verwiesen wurde.

Meine Damen und Herren, die Geschichte mit dem Loch geht weiter. Im Nachtragshaushalt 2003 taucht es wieder auf, dieses Mal in Höhe von 20 Millionen €. „Einnahmen aus Rückmeldegebühren“ steht da, als ungedeckter Scheck sozusagen. In Erwartung nämlich, den Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht zu gewinnen, hat Herr Wissenschaftsminister Frankenberg versprochen, die 20 Millionen € auf diesem Weg einzubringen. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als es wirklich schon die Spatzen von den Dächern pfeifen, dass das Bundesverfassungsgericht in Kürze mit aller Wahrscheinlichkeit gegen die Rückmeldegebühren urteilen werde. In der Tat war es so: Die Rückmeldegebühren sind verfassungswidrig.

Jetzt kommen wir zum dritten Teil dieser wahrlich unendlichen Geschichte vom Haushaltsloch. Regelrechte Abgründe tun sich da inzwischen auf, Herr Minister Frankenberg. Sie tun so, als würde Sie und mit Ihnen die Regierungsfaktionen das nicht anfechten, und Sie sagen einfach: Machen wir halt ein neues Gesetz, um Gebühren zu erheben. Sie haben deshalb gleich angekündigt, die neue und zugleich alte Gebühr würden Sie Verwaltungsgebühr nennen und sie solle 75 € betragen. Sie dachten ja an Ihr Haushaltsloch von 20 Millionen €. Weil dieses Gesetz erst zum Wintersemester in Kraft treten kann, reichten 50 € nicht aus. Deswegen würden Sie 75 € pro Semester erheben. Im Übrigen steht es bis heute so auf der Homepage Ihres Ministeriums.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Müssen die ändern! – Heiterkeit des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Das ist auch nötig. – Sieht man jetzt in den vorliegenden Gesetzentwurf – das wurde ja eben schon ausgeführt –, stellt man fest, dass inzwischen der Betrag von 40 € aufgeführt ist. Bei genauerer Analyse und sicher beim Hinzuziehen von viel juristischem Sachverstand mussten Sie nämlich die 75 € herunterrechnen, damit sie nicht als Studiengebühren gelten und einer juristischen Überprüfung standhalten. Und jetzt glauben Sie alle, dass Sie mit der Erhebung von 40 € auf der sicheren Seite sind.

Damit wären wir wieder einmal beim Thema „Loch im Haushalt“. Es gelingt Ihnen einfach nicht, dieses Loch zu schließen. Sie nehmen auf diese Art jetzt allenfalls 8 Millionen € zum Wintersemester ein. Es bleibt also ein Loch von 12 Millionen €. Deshalb müssen wir weitergehen und tief in die Abgründe, die sich da auftun, hineinschauen. Das Loch wird nämlich bei genauem Hinsehen immer tiefer.

Mit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts haben die Studierenden bzw. die ehemaligen Studierenden einen Anspruch auf Rückzahlung der 1997 und 1998 widerrechtlich erhobenen Rückmeldegebühren erworben. Es sind bis zu 300 000 Anspruchsberechtigte, die ihre Gebühren zurückfordern können, und die Gesamtsumme, die das Land an sie zurückzahlen muss, beträgt bis zu 36 Millionen €. Bislang hat ein Drittel der Anspruchsberechtigten die Ansprüche angemeldet. Da die Rückzahlung noch bis 2006 beantragt werden kann, ist ein Ende dieser Antragsflut noch nicht abzusehen.

Übrigens, die Frage, woher Sie das Geld nehmen wollen, um diese 36 Millionen € zu finanzieren, haben Sie uns in der Stellungnahme zu unserem Antrag leider nicht beantworten können.

Jetzt wird es tatsächlich duster. Die Anträge auf Rückerstattung müssen von den Hochschulen bearbeitet werden. Allein in Heidelberg, so war vor kurzem in der Zeitung zu lesen, werden es bis zu 40 000 Anträge sein, die zu bearbeiten sind. Die Universitätsverwaltungen versinken regelrecht in einer Flut von Anträgen. Der Aufwand für sie ist immens. Wenn man – eine einfache Rechnung – 15 Minuten Bearbeitungszeit pro Antrag rechnet, bedeutet das allein für Heidelberg vier ganze Stellen. Diese vier Personen werden ein ganzes Jahr lang damit beschäftigt sein, die Rückerstattungsansprüche zu bearbeiten. Das ist völlig absurd. Noch absurder wird es, wenn man bedenkt, dass die Hochschulen diesen Aufwand betreiben müssen, obwohl sie das Geld nie gesehen haben, denn die Rückmeldegebühren sind ja direkt in den Landeshaushalt geflossen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Allerdings in den Wissenschaftsetat!)

– Zwar in den Wissenschaftsetat, aber direkt in den Landeshaushalt.

Nochmals zusammenfassend: Wie sieht das Loch im Haushalt 2003 aktuell aus? Sie haben 20 Millionen € veranschlagt, kriegen aber nach dem vorliegenden Gesetzentwurf nur 8 Millionen €. Es fehlen also 12 Millionen €. 4 Millionen € wollen Sie über eine globale Minderausgabe finanzieren.

(Theresia Bauer)

ren. Das – nur am Rande – reißt wiederum Löcher in die Haushalte der betroffenen Einrichtungen. Es bleibt aber dennoch beim Land ein Haushaltsloch von 8 Millionen €. Dazu kommen die 36 Millionen € Rückzahlung.

Es wundert einen nicht, dass Sie bei so viel Haushaltsloch anfangen, chaotisch zu reagieren, und neue Wege suchen, wie denn die Löcher gestopft werden können. Was machen Sie? Sie suchen neue Gebührentatbestände. Meine Damen und Herren, man kann nur sagen: Die baden-württembergische Hochschulpolitik ist Gebührenpolitik. Sie haben Langzeitstudiengebühren. Sie wollen jetzt Verwaltungsgebühren einführen, und Sie schaffen den nächsten Gebührentatbestand – er steht schon fest und ist in diesem Gesetzesvorhaben schon angekündigt –, nämlich Gebühren für Auswahlverfahren. Diese haben Sie in der Formulierung explizit erwähnt. Sie werden den Hochschulen die Freiheit geben, vor Ort Gebühren für Auswahlverfahren zu erheben, und zwar allein deswegen, weil Sie den Hochschulen die Pflicht aufs Auge gedrückt haben, diese Auswahlverfahren flächendeckend und in großem Umfang zu machen. Ohne ihnen die zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, werden Sie die Hochschulen in die Situation bringen, dass sie sich nicht anders zu helfen wissen und eben diese Gebühren verlangen werden. Daher kann man davon ausgehen, dass auch dieser Gebührentatbestand kommen wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir könnten auf alles verzichten!)

– Dazu komme ich gleich, Herr Pfister.

Sie klagen noch zusätzlich gegen das Gebührenverbot im Hochschulrahmengesetz. Daher liegt jetzt Ihre Strategie klar auf dem Tisch: Sie wollen sich hier ein Instrument für allgemeine direkte Studiengebühren schaffen. Der Zweck ist das Stopfen von Haushaltslöchern. Diese Gebühren lassen sich beliebig und ad ultimum erhöhen, je nach Größe der Haushaltslöcher.

Deshalb, meine Damen und Herren und sehr geehrter Herr Minister Frankenberg: Größer als das Finanzloch, das sich hier auftut, ist leider das Glaubwürdigkeitsloch;

(Beifall bei den Grünen)

denn mit dieser Politik, die in diesem Gesetzentwurf verfolgt wird, werden Sie eine fatale Wirkung erzielen. Die Höhe der Gebühr fällt ja im Moment gar nicht so arg ins Gewicht, aber es sind die Konstruktion und die Vorgeschichte dieses Vorhabens, die alle Befürchtungen der Studierenden und der Hochschulen selbst bestätigen; denn dieser Weg führt dazu, dass die Beiträge der Studierenden zur Abzocke dienen. Sie machen hochschulpolitisch keinen Sinn. Sie leisten nichts zur Verbesserung der Lehre. Die Hochschulen haben direkt nichts davon. Sie dienen nur dazu, Löcher im Staatshaushalt zu stopfen. Daher haben wir es hier, meine Damen und Herren, mit einem im wahrsten Sinne des Wortes schwarzen Loch zu tun. In diesem schwarzen Loch versenken Sie die Glaubwürdigkeit Ihrer Hochschulpolitik. Und noch viel schlimmer: In diesem schwarzen Loch versenken Sie die Chancen auf eine bessere und intelligendere Hochschulfinanzierung.

Deswegen noch ein paar Bemerkungen zu Ihren Stichwörtern zur allgemeinen Studiengebühr: Tatsächlich wird in diesen Tagen viel darüber diskutiert, wie wir die Hochschulen gescheiter finanzieren können. Auch bei den Grünen diskutieren wir darüber, dass mehr Geld für die Hochschulen zur Verfügung gestellt werden muss. Es kann auch Möglichkeiten geben, dass Studierende selbst Beiträge dazu leisten. Aber es macht einen riesengroßen Unterschied, ob man nach Geldern, nach Studiengebühren sucht, um die Löcher im Haushalt zu stopfen, oder ob man Finanzierungsinstrumente schafft, mit denen Geld direkt in die Hochschulen fließt

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Genau!)

und die die Nachfragemacht der Studierenden steigern.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Völlig in Ordnung! – Beifall der Abg. Kretschmann GRÜNE und Pfister FDP/DVP)

Was Sie, Herr Pfister, mit Ihrem Statement für allgemeine Studiengebühren propagieren, ist das Gegenteil einer intelligenten Hochschulfinanzierung. Sie müssen unterscheiden zwischen allgemeinen Studiengebühren für den Haushalt und einer modernen Hochschulfinanzierung, die direkt den Hochschulen zugute kommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Wissenschaftsminister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf der beiden Regierungsfractionen soll die bisherigen Regelungen zur Immatrikulations- und Rückmeldegebühr durch einen allgemeinen Verwaltungskostenbeitrag ersetzen. Das Bundesverfassungsgericht hat die bisherigen Regelungen für nicht verfassungsgemäß und damit für rechtlich unwirksam erklärt. Aus der Urteilsbegründung, vor allen Dingen aus der schriftlichen Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts ergaben sich Konsequenzen für die allgemeine Verwaltungsgebühr, die an die Stelle der bisherigen Immatrikulations- und Rückmeldegebühr treten soll und aus Haushaltsgründen auch treten muss.

Wenn gesagt wird, dass diese Gebühren, solange sie erhoben wurden, nicht direkt den Hochschulen zugute kamen, so muss man dazu feststellen, dass wir nur *e i n e n* Landeshaushalt haben. Die Alternative wäre gewesen, die entsprechende Summe aus den Haushalten der Hochschulen zu streichen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt auf das Gleiche raus!)

oder stattdessen über die Erhöhung der damaligen Immatrikulations- und Rückmeldegebühr zu ersetzen. Mit diesen Gebühren sind globale Mindestausgaben für die Hochschulen in entsprechender Höhe vermieden worden.

In der Tat ist die Begründung damals wie heute in der schwierigen Haushaltslage zu sehen. Sie nennen das „Haus-

(Minister Dr. Frankenberg)

haltsloch“, Frau Bauer. Ich ziehe die Begriffe „Haushaltsdefizit“ und „schwierige Haushaltslage“ vor.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Schöner ausgedrückt! Akademischer ausgedrückt! Kommt auf das Gleiche raus!)

Die Opposition kann eher von einem Loch sprechen, als wir das tun.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die kennen diese Löcher so gut! – Abg. Pfisterer CDU: Die stopfen jeden Tag in Berlin Löcher!)

Auch in diesem Fall ist es so, dass das Geld bzw. die skizzierten und erwarteten Einnahmen dazu dienen werden, entsprechende Kürzungen bei den Hochschulhaushalten zu verhindern.

Man muss daran denken, dass wir das einzige Bundesland sind, das mit den Universitäten und den übrigen Hochschulen Solidarpakte abgeschlossen hat, dass wir also auch in diesen extrem schwierigen Haushaltszeiten eine Haushaltsgarantie gegeben haben – bei den Universitäten für insgesamt zehn Jahre – und dass wir trotz der enormen Kürzungen im Landeshaushalt keinerlei Abstriche bei den Hochschulhaushalten gemacht haben. Trotz der gegenwärtig schwierigen Haushaltslage und der vielen Kürzungen, die das Land vornehmen musste und die auch wir im Wissenschaftsetat vornehmen mussten, ist – auch dies muss man sagen – bei den einzelnen Hochschulen bis jetzt kein Cent gestrichen und eingespart worden – zugunsten der jungen Generation, zugunsten von Forschung und Lehre im Land. Auch dies ist ein Teil der Wahrheit der so genannten Haushaltslöcher.

Mit den Einnahmen, die wir jetzt erzielen wollen, vermeiden wir wiederum entsprechende Kürzungen bei den Hochschulhaushalten. Wir leisten also einen Beitrag dazu, den Solidarpakt und die entsprechenden Solidarverträge mit den Hochschulen einzuhalten und die Hochschulhaushalte nicht entsprechend kürzen zu müssen.

Jetzt ist die Frage aufgetaucht, weshalb wir zunächst 75 € errechnet hatten und dann zu 40 € gekommen sind. Sie können sich sicher vorstellen, dass wir uns auch angesichts des Wortlauts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht leichtfertig einfach 40 € ausgedacht haben. Die Begründung für die Erklärung der Verfassungswidrigkeit der bisherigen Regelung ist ja richtig gegeben worden, nämlich dass zwischen dem Gebührentatbestand und dem Text des Gesetzes eben keine Äquivalenz bestanden hat. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt: Es muss draufstehen, was drin ist. Das heißt, man muss den Tatbestand so ausdrücken, dass auch die Höhe der Gebühr gerechtfertigt ist. Das ist jetzt bei der Entscheidung für einen Betrag von 40 € auch der maßgebliche Grund, warum die Regierungsfractionen diesen Vorschlag machen.

Die Erhebungen, wonach die Gesamtverwaltungsaufwendungen für die Studierenden an den Hochschulen bei ca. 120 € liegen, haben wir vor der schriftlichen Urteilsbegründung und auch vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gemacht. Es sind in der Tat diese Verwaltungsaufwendungen, die einem Studierenden zugute kommen.

Im Lichte der schriftlichen Urteilsbegründung und des Urteils wird aber klar, dass Gebühren jeweils nur für einen Tatbestand erhoben werden sollen und dass keine Mischtatbestände geschaffen werden sollen. Insofern haben wir aus diesem Betrag alles, was die Lehre unmittelbar betrifft, herausgerechnet. Die 40 € betreffen nur Gebührentatbestände, die nicht unmittelbar auf die Lehre zurückzuführen sind. Insofern sind diese gerechtfertigt.

Wenn man jetzt fragt: „Warum gerade 40 €?“, dann muss ich sagen, dass wir sicherlich auch einen Betrag von zum Beispiel 41,75 € hätten begründen können.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oder 65,32 €!)

Aber der runde Betrag von 40 € ist sicher ein Beitrag zur Klarheit und zur Verwaltungsvereinfachung. Außerdem muss es ja ein Durchschnittsbetrag der Berechnungen der verschiedenen Hochschulen sein. Es gibt auch Unterschiede zwischen den Hochschularten, und es ist klar, dass der Verwaltungsaufwand bei den kleineren Fachhochschulen höher ist. Auch hier sind wir aber auf den Betrag von 40 € gegangen.

Vergleichen wir diesen Betrag mit dem Betrag, den die übrigen Bundesländer erheben: In Niedersachsen hat der damalige SPD-Wissenschaftsminister Oppermann – den ich in seiner politischen Einstellung sehr schätze – einen Betrag erheben lassen, der jetzt etwa 50 € pro Semester entspricht. Man hat dort aber die Erhebung im Lichte der baden-württembergischen Erfahrung schon etwas anders formuliert. In Berlin sind es 51,13 €, in Brandenburg sind es 50 €. Jetzt habe ich drei SPD-Länder genannt. Das heißt, die Höhe der Gebühren entspricht ungefähr dem, was damals in Baden-Württemberg erhoben worden ist. Wir bleiben jetzt mit der Gebühr im Lichte der Verfassungsgerichtsentscheidung – die diese Länder ja damals auch noch nicht kannten – darunter, weil wir diese Höhe für angemessener und für rechtssicher halten.

Die nächste Frage, die gestellt wurde, ist die Frage nach der Rückzahlung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bregenzer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr, Frau Bregenzer.

Stellv. Präsident Birzele: Frau Bregenzer, bitte.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Herr Minister, Sie haben angekündigt, im Landtag einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen, in dem ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 75 € pro Semester und Studierendem vorgesehen ist. Dies habe ich am 5. Mai dieses Jahres Ihrer Homepage entnommen. Wo bleibt dieser Gesetzentwurf?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der wird nicht kommen!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Die Homepage ist nun schon zweimal zitiert worden. Zum einen, Frau Bauer: Diese Passage ist in „40 €“ korrigiert worden.

(Minister Dr. Frankenberg)

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Und Ihr Gesetzentwurf?)

Wir sind darüber erfreut, wie intensiv unsere Homepages gelesen werden.

Das Zweite: Wenn die Fraktionen einen Antrag einreichen, ist damit der Weg für einen Verwaltungskostenbeitrag beschritten. Wir werden sicherlich keine zweite Initiative ergreifen, denn es gibt hier eine wohlgesetzte Koordination zwischen der Regierung und den sie tragenden Fraktionen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber es ist jetzt schon viel zu wenig Geld!)

Wenn Sie dafür plädieren, doch 75 € zu nehmen und uns dies auch noch so gut und rechtssicher begründen können,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wasserdicht!)

werden die beiden Fraktionen CDU und FDP/DVP dem sicherlich zustimmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Machen wir sofort! – Abg. Carla Bregenzer SPD: War Ihr geplanter Gesetzentwurf nicht gut und rechtssicher begründet?)

– Frau Bregenzer, ich habe ja vorhin ausgeführt: Die Berechnung von 75 €, basierend auf 120 € Verwaltungskosten aufwand, beruhte auf einer soliden Erhebung. Die 75 € sind zustande gekommen, bevor wir die schriftliche Begründung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts kannten.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das stand noch im Mai auf Ihrer Homepage!)

Im Lichte dieser Entscheidung sind wir von 75 auf 40 € gekommen. Das ist die Realität. Wenn die Homepage nicht immer völlig aktuell ist, dann lasten Sie das bitte der Homepage an und informieren sich.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Pfisterer CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Schmid, bitte.

Abg. Schmid SPD: Herr Minister, Sie haben mehrmals darauf hingewiesen, wie sorgfältig Sie der schriftlichen Begründung des Verfassungsgerichts in diesem Gesetzentwurf Rechnung getragen haben. Jetzt haben Sie den Weg eines Verwaltungskostenbeitrags gewählt. Wenn ich mir aber anschau, was abgedeckt wird, dann ist es im Prinzip eine Mischung aus – –

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Schmid, eine Frage bitte, keine Intervention!

Abg. Schmid SPD: Herr Minister, darf ich Sie fragen, ob Ihnen bewusst ist, dass Sie durch die Wahl des Begriffes Verwaltungskostenbeitrag ausdrücklich nur die potenzielle

Inanspruchnahme von bestimmten Verwaltungsleistungen abgegolten wissen wollen, dass aber gleichzeitig in der Begründung darauf hingewiesen wird, dass Sie klassische Gebührenatbestände abgegolten haben wollen, zum Beispiel die Immatrikulation. Deshalb stellt sich die Frage, ob Sie nicht eine Vermischung entgegen der Verfassungsrechtsprechung vornehmen, indem Sie Gebührenatbestände und Beitragstatbestände in einem Verwaltungskostenbeitrag bündeln und damit Gefahr laufen, wiederum ein negatives Verfassungsgerichtsurteil zu kassieren.

(Abg. Blenke CDU: Fragezeichen!)

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Herr Schmid, wenn Sie uns zu all den Experten, die wir angehört haben, noch zusätzliche Sicherheit geben können bei den Formulierungen, so ist dies sicherlich nach der Anhörung hochwillkommen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Ausrufungszeichen!)

Sie können sicher sein, dass wir es nicht nur selber geprüft haben, sondern zu Höhe und Begründung der Gebühr auch Experten für Gebührenrecht und diese Tatbestände angehört haben.

(Abg. Schmid SPD: Sie wollen ja keine Anhörung! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie verhindern ja eine Anhörung! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das haben Sie beim letzten Gesetz auch gemacht! Und es ging trotzdem! – Abg. Pfisterer CDU: Auf hoher See und vor Gericht ist man in Gottes Hand, heißt es so schön! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ist das Ihr Gesetzentwurf oder der von den Fraktionen? Sie haben gerade gesagt, Sie haben angehört! Eigentlich hätten die Fraktionen anhören müssen!)

Das ist wie mit Berichten, das „sie“ ist mehrfach interpretierbar, Frau Bregenzer.

(Abg. Pfisterer CDU: Frau Bregenzer muss wieder etwas zum Nörgeln haben!)

Zu den Rückzahlungen. Es ist richtig, dass die Gesamthöhe der potenziellen Rückzahlungsforderungen bei etwa 36 Millionen € liegen kann. Die tatsächliche Höhe der Rückzahlung richtet sich nach der Inanspruchnahme. Wir haben ja schon von dem Fall des Sohnes von Herrn Kollegen Pfisterer gehört, der das nicht in Anspruch nimmt. Also wird die entsprechende Summe schon einmal nicht zurückgezahlt werden müssen, also liegen wir unter 36 Millionen €.

Die Rückzahlung erfolgt durch Rotabsetzung von den Einnahmen bei dem Titel, bei dem die Gebühren vereinnahmt worden sind. Dieses Verfahren der Rotabsetzung ist mit dem Finanzministerium abgestimmt. Die Abstimmung über die Deckung muss dann erfolgen, wenn die Größenordnung der Rückzahlungsbeträge abgeschätzt werden kann, was wir derzeit noch nicht können.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich bin gespannt, wie Sie das verbuchen!)

(Minister Dr. Frankenberg)

Gegenstand der jetzigen Gebühr sind klar definierte Verwaltungsdienstleistungen der Studentensekretariate, der Praktikantenämter, der Akademischen Auslandsämter und der zentralen Studienberatung.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Ziel der Gebühr ist, entsprechende Kürzungen in den Hochschulhaushalten zu vermeiden. Von sozialen Härten kann bei 7 € pro Monat, wenn man die Gebühr umrechnet, und der Möglichkeit, in Härtefällen von der Gebühr ausgenommen zu werden, keine Rede sein.

Natürlich muss man diese Gebühr auch vor dem Hintergrund sehen, dass eine alternative Studienfinanzierung in Deutschland, wie sie von vielen Seiten angedacht wird, durch die 6. HRG-Novelle nicht möglich ist. Ich selber würde mich freuen, wenn wir hier parteiübergreifend eine wirkliche Diskussion über Studienfinanzierung führen könnten, die zu einer Verbesserung der Finanzierung des Hochschulsystems führen könnte.

Ich sehe dem mit Optimismus entgegen, wenn ich, Herr Schmid, an Diskussionsbeiträge von Ihnen zu nachlaufenden Studiengebühren und zu der vielfältigen Resonanz in der Presse auf unsere Klage in Karlsruhe denke, dass nämlich zur allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz, sich zu fragen, wie man staatliche Leistungen heutzutage überhaupt noch finanzieren und ergänzen kann, auch die allgemeine Frage einer Verbesserung der Finanzierung im Hochschulsystem gehören wird und kommen muss.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Bauer?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Bitte sehr.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Minister, ist Ihnen bewusst, dass das jetzt gültige HRG mit dieser 6. Novelle explizit moderne Modelle der Hochschulfinanzierung ermöglicht wie zum Beispiel Studienkonten oder Bildungsgutscheine, dass wir also – wenn wir jetzt gleich in die Debatte eintreten wollen – kluge Modelle ab sofort implementieren könnten, ohne auf das Ergebnis dieser Klage zu warten?

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Die 6. HRG-Novelle schränkt die Möglichkeiten natürlich erheblich ein. Vor allem geht es uns bei der Klage zur 6. HRG-Novelle ja nicht nur um die Tatsache an sich, sondern darum, dass erstens der Bund die Länderrechte unserer Ansicht nach gesetzwidrig einschränkt und dass zweitens das Gesetz wegen der mangelnden Zustimmung des Bundesrats nicht ordnungsgemäß zustande gekommen ist. Das sind also zwei Aspekte.

Wir werden sicherlich sehen, dass man ohne ein solches, meiner Ansicht nach damals rein wahltaktisches Verbot sehr viel weiter und umfassender über diese Fragen diskutieren könnte, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt sozialer Verträglichkeit, unter dem Gesichtspunkt, wem was direkt zugute kommt, als unter dem Diktum dieses Verbots. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Aber wir können

über Ihren Parteitagsbeschluss natürlich jederzeit diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/2030. Es ist Überweisung an den Wissenschaftsausschuss vorgeschlagen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Ich unterbreche die Sitzung bis 13:45 Uhr und weise darauf hin, dass jetzt unmittelbar nach Beginn der Mittagspause eine kurze Sitzung des Untersuchungsausschusses „FlowTex“ im Johann-Peter-Hebel-Saal stattfindet.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:43 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:45 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen und die Türen zu schließen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/2037

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ernst Behringer CDU – Rückstufung von Bundesstraßen in den weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans durch den Bund

Herr Abg. Behringer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Behringer CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- Dürfen begonnene Planungen für Bundesstraßenbauvorhaben, die durch den Bund – wie zum Beispiel die B 311 Sigmaringen–Mengen – vom vordringlichen Bedarf in den weiteren Bedarf zurückgestuft wurden, fortgesetzt werden?
- Wenn nicht, erstattet der Bund dem Land bisher angefallene Planungskosten?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Herr Staatssekretär Mappus.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Anfrage des Herrn Abg. Behringer wie folgt:

Zu a: Das im Bundesverkehrswegeplan erwähnte so genannte Planungsrecht, das an eine Einstufung in den vordringlichen Bedarf gebunden ist, betrifft die Einbindung des BMVBW in die Planungsschritte, also die Genehmi-

(Staatssekretär Mappus)

gung von Entwürfen – Sichtvermerk bei so genannten RE-Entwürfen – als Voraussetzung für die Konkretisierung der Planung. Das Land ist nicht gehindert, im Rahmen seiner Planungstätigkeit in Auftragsverwaltung Planungen bis zum Stadium einer Zustimmungsvoraussetzung des BMVBW fortzusetzen.

Zu b: Im Rahmen der Auftragsverwaltung obliegen die Kosten der Straßenplanung als Verwaltungskosten dem Land. Dies gilt grundsätzlich. Eine Kostenerstattung von bislang angefallenen Planungskosten durch den Bund aufgrund einer veränderten Dringlichkeitseinstufung ist daher auszuschließen.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen?

(Abg. Behringer CDU: Doch!)

– Zusatzfrage, Herr Abg. Behringer.

Abg. Behringer CDU: Herr Staatssekretär, ist der Landesregierung bekannt, wie hoch die bisher angefallenen Kosten sind?

Staatssekretär Mappus: Herr Abg. Behringer, wir haben bisher deutlich über 400 000 € für diese Planung ausgegeben. Darüber hinaus bestehen noch vertragliche Verpflichtungen in Höhe von über 150 000 €. Beide Kostenpunkte sind zwingend angefallen, auch dann, wenn dieses Projekt nicht weiterverfolgt wird.

(Abg. Behringer CDU: Danke schön!)

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Rolf Gaßmann SPD – Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Stuttgart?

Herr Abg. Gaßmann, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

(Abg. Gaßmann SPD betritt den Plenarsaal, geht schnellen Schrittes zu seinem Platz und blättert in seinen Unterlagen.)

– Ich kann Ihnen den Text geben.

(Heiterkeit – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! Ist das das erste Training für die Leichtathletik-WM?)

Abg. Gaßmann SPD: So ist es. Ich habe das schon einmal getestet, wie man ohne Stadion laufen kann.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Ist die Landesregierung bereit, gegebenenfalls eine Bewerbung der Stadt Stuttgart für die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 zu unterstützen, wie sie jetzt vom Württembergischen Leichtathletikverband vorgeschlagen wurde?

b) Hält die Landesregierung das Daimler-Stadion für die dafür geeignete Austragungsstätte, und wie bewertet sie gegebenenfalls vor diesem Hintergrund die Pläne, das Daimler-Stadion zu einer reinen Fußballarena umzubauen?

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! Das ist eine Superidee! Werdet ihr eigentlich vom Uli Hoeneß bezahlt?)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Rau, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage, wahrscheinlich weniger außer Atem als Kollege Gaßmann.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber der ist doch für den SC Freiburg! Der will doch uns das Stadion nicht gönnen!)

Staatssekretär Rau: Vielleicht besser trainiert. – Herr Präsident! Ich beantworte die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Gaßmann wie folgt:

Zu a: Der Vorschlag des Württembergischen Leichtathletikverbands, die Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Stuttgart durchzuführen, ist uns aus der Presse bekannt. Die Stadt Stuttgart ist bisher noch nicht wegen der Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 an das Kultusministerium herangetreten. Daher kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Aussage hinsichtlich einer Förderung gemacht werden. In der Vergangenheit hat das Kultusministerium derartige Veranstaltungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten immer angemessen unterstützt.

Zu b: Das Gottlieb-Daimler-Stadion war Austragungsort der Leichtathletik-Europameisterschaft 1986 und der Weltmeisterschaft 1993. Sowohl die Stadionanlage mit der vom begeisterungsfähigen und sachkundigen Publikum erzeugten Atmosphäre als auch die hervorragende Organisation haben gezeigt, dass das Gottlieb-Daimler-Stadion eine für die Austragung der Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 geeignete Austragungsstätte wäre. Ein etwaiger Umbau des Gottlieb-Daimler-Stadions zu einem reinen Fußballstadion, wie vom VfB Stuttgart gefordert wird, ist zunächst Sache der Stadt Stuttgart und des Vereins.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Staatssekretär, die Landesregierung hat ja für den bisher geplanten Ausbau des Daimler-Stadions 15,3 Millionen € zugesagt. Würde diese Zusage auch weiterhin bestehen, wenn aus diesem Stadion eine reine Fußballarena werden würde?

Staatssekretär Rau: Die Landesregierung hat dies zugesagt, und das Parlament hat dies im Nachtragshaushalt 2003 mit Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden drei Jahre auch beschlossen. Bezugspunkt dieser Zusage war ausdrücklich, dass das Daimler-Stadion für die Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 entsprechend den Vorschriften der FIFA hergerichtet werden sollte. Mehr ist dort nicht ausgesagt. Allerdings lag dem Ganzen eine Renovierung des vorhandenen Stadions zugrunde. Aber der Kabinettsbeschluss und die Kabinettsvorlage selbst sowie der Haushalt sagen nichts über die Bauausführung aus.

Stellv. Präsident Birzele: Zweite Zusatzfrage, Herr Abg. Gaßmann.

Abg. Gaßmann SPD: Herr Staatssekretär, Sie haben gerade gesagt, dass der Ausbau des Stadions eine Angelegenheit der Stadt Stuttgart sei. Meine Frage ist aber: Wenn internationale Leichtathletikveranstaltungen nach Baden-Württemberg geholt werden sollen, in welchem größeren Stadion könnten sie dann, wenn die Stadt Stuttgart sich für eine Fußballarena entscheidet, in Baden-Württemberg überhaupt noch stattfinden?

(Abg. Walter GRÜNE: Im Wildpark-Stadion!)

Staatssekretär Rau: Wenn in Baden-Württemberg international bedeutende Leichtathletikveranstaltungen stattfinden sollen – ich sage ausdrücklich, was ich darunter verstehe: die Weltmeisterschaften und die Europameisterschaften –, können sie nach Lage der Dinge nur im Gottlieb-Daimler-Stadion durchgeführt werden. Das heißt, ein Verzicht auf Leichtathletikanlagen im Gottlieb-Daimler-Stadion würde bedeuten, dass solche Meisterschaften künftig nicht mehr in Baden-Württemberg durchgeführt werden könnten.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Walter.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Der ist befangen!)

Abg. Walter GRÜNE: Das ist der Staatssekretär auch. – Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, wie hoch der Prozentsatz von Veranstaltungen ist, die im Gottlieb-Daimler-Stadion durchgeführt werden, bei denen nur der VfB Stuttgart der Mieter ist? Teilen Sie meine Auffassung, dass das in manchen Jahren 100 % der Veranstaltungen sind und, wenn es einmal nicht so gut läuft oder wenn andere Veranstaltungen darin stattfinden, 90 %? Teilen Sie weiterhin die Auffassung, dass derjenige, der der Hauptmieter dieser Immobilie – so sage ich einmal – ist, ein Mitspracherecht darüber bekommt, wie diese Immobilie dann auszusehen hat? Und wie oft, schätzen Sie, kann man eine Leichtathletik-WM überhaupt nach Stuttgart holen?

Stellv. Präsident Birzele: Das waren gleich alle Ihnen möglichen Zusatzfragen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Walter GRÜNE: Das war ökonomisch!)

Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Rau: Zum Mietverhältnis zwischen der Stadt Stuttgart und dem VfB Stuttgart möchte ich mich nicht äußern. Das ist deren Sache, das ist Sache der Vertragsparteien.

Die Frage ist in der Tat: Wie oft kommen andere Veranstaltungen als Fußballveranstaltungen in dieses Stadion? Ich habe Ihnen zwei genannt. Es hat aber in den vergangenen Jahrzehnten noch mehr internationale bedeutende Leichtathletik-Veranstaltungen dort gegeben.

Die Konsequenz ist eindeutig. Man hat heute die Chance, ein solches Ereignis vielleicht alle 10, 12 oder 15 Jahre in die Stadt zu bekommen. Wenn das Stadion in eine Fußballarena umgebaut würde, hätte man diese Chance nicht mehr.

Da muss man sich jetzt entscheiden. Aber diese Entscheidung hat nicht die Landesregierung zu treffen, sondern sie muss zuerst durch die Stadt Stuttgart vorangetrieben werden.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Staatssekretär, gibt es ein Interesse der Landesregierung, auch künftig internationale Leichtathletikveranstaltungen nach Stuttgart oder nach Baden-Württemberg – Sie haben gerade selbst gesagt, dass es dann Stuttgart sein müsste – zu holen? Wie groß ist dieses Interesse? Ist es so groß, dass man gegebenenfalls Kontakt mit der Stadt Stuttgart aufnehmen würde, um entsprechende Entscheidungen in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen?

Stellv. Präsident Birzele: Auch Sie haben bereits zwei Fragen gestellt.

Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Rau: Ich bin sicher, dass es in dieser Sache zu Gesprächen zwischen der Stadt Stuttgart und der Landesregierung kommen wird. Ich halte es für richtig, dass man nicht nur die Frage prüft, welche internationalen Leichtathletikveranstaltungen künftig in Baden-Württemberg stattfinden, sondern auch die Frage, wie sich Baden-Württemberg als ein Land darstellen kann, in dem Wettkämpfe in zahlreichen Sportarten auf Weltklasseniveau durchgeführt werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die Leichtathletik zu sehen und zu diskutieren.

Aber da wir weder die Bestellenden noch die Hauptzahlenden sind und auch nicht werden wollen – das will ich auch deutlich sagen –, wird es so sein, dass das Land Baden-Württemberg nicht die erste und letzte Entscheidung in dieser Sache zu fällen hat.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Staatssekretär, die Landesregierung hat sich bei der Olympiabewerbung sehr ambitioniert gezeigt, obwohl sich da Städte und nicht Länder bewerben. Wird sich die Landesregierung ebenso ambitioniert verhalten, wenn es um internationale Meisterschaften wie zum Beispiel Leichtathletik-Meisterschaften geht? In welchem Stadion soll eine solche Meisterschaft stattfinden, wenn Stuttgart das Stadion zu einem reinen Fußballstadion umbaut?

Staatssekretär Rau: Die letztere Frage habe ich schon beantwortet; sie ist schon vom Kollegen Gaßmann gestellt worden.

Die Landesregierung hat in Sachen Olympiabewerbung die Initiative der Stadt Stuttgart voll und ganz unterstützt. Wir haben die Stadt Stuttgart voll und ganz unterstützt, als es darum ging, Spielort bei der Fußballweltmeisterschaft zu werden. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir die Stadt Stuttgart auch bei der Frage unterstützen werden, wie das neue Stadion aussehen soll. Dass wir dies finanziell tun wollen, haben wir durch entsprechende Beschlüsse schon deutlich gemacht.

(Staatssekretär Rau)

Aber wir haben auch in den vorher genannten Fällen nicht gesagt: „Ihr in Stuttgart, macht einmal dies und jenes, weil wir das wollen“, sondern wir sind der Initiative der Stadt in Partnerschaft beigetreten. Ich denke, dass es auch im vorliegenden Fall so geschehen wird.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die zweite Anfrage beantwortet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – OLG-Senate in Freiburg

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Geben die Presseberichte vom 3. Mai 2003 die Beschlusslage der Landesregierung wieder, wonach die Verlegung der OLG-Senate aus Freiburg nach Karlsruhe als verbindlich zu erwarten ist?
- b) Wenn noch „weiter nichts entschieden ist“, wie der Pressesprecher des Justizministeriums (Presse vom 3. Mai 2003) erklärt haben soll, welche Bedeutung hat dann die am Mittwoch, dem 30. April 2003, vom Justizministerium an die betroffenen OLG-Mitarbeiter versandte E-Mail, in welcher die „Umsiedlung“ der OLG-Senate nach Karlsruhe als verbindlich dargestellt worden sein soll?

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort zur Beantwortung der Anfrage erhält Frau Justizministerin Werwig-Hertneck.

Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck: Herr Präsident! Herr Abg. Haas, ich beantworte Ihre Fragen gerne.

Ich war vom Ministerpräsidenten beauftragt, Vorschläge zur Justizreform zu machen. Darin enthalten ist auch der Vorschlag, die Außensenate des OLG Karlsruhe in Freiburg an den Sitz des OLG Karlsruhe zu verlagern. Einen Beschluss der Landesregierung gibt es dazu noch nicht.

Die zweite Frage: E-Mails an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch hier habe ich nur die Vorschläge bekannt gegeben; so ist es auch im Text ausdrücklich formuliert. Es wird also auf keinerlei Beschlusslage hingewiesen.

Stellv. Präsident Birzele: Zusatzfrage, Herr Abg. Haas.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Aber Ihr Vorschlag wird dahin gehen, dass die Außensenate nach Karlsruhe verlegt werden?

Justizministerin Corinna Werwig-Hertneck: Der Vorschlag wird dahin gehen, dass die Außensenate nach Karlsruhe verlegt werden.

Stellv. Präsident Birzele: Keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Fragestunde erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller – Drucksache 13/1963

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Frau Abg. Netzhammer, Sie erhalten das Wort.

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern haben wir in diesem Haus über die Verwaltungsreform diskutiert, und heute liegt uns ein konkreter Vorschlag zum Bürokratieabbau und zur Gremienverschlankeung vor.

Der länderübergreifende Regionalverband Donau-Iller hat sich intensiv mit seinen Organisationsstrukturen und seinen Aufgaben beschäftigt und einstimmig eine umfassende Reform beschlossen. Da es sich um einen länderübergreifenden Regionalverband handelt, müssen diese Änderungen in einem Staatsvertrag festgehalten werden.

In dem hier vorliegenden Gesetz zu dem Staatsvertrag werden einige organisatorische Änderungen zur Beschlussfassung vorgelegt. Diese Änderungen jetzt vorzunehmen ist in hohem Maß sinnvoll, da die Wahlen zur Verbandsversammlung anstehen. Denn die laufende Amtsperiode endet zum 30. Juni dieses Jahres, also in gut eineinhalb Monaten.

Mit derzeit 96 Vertretern erreicht die Verbandsversammlung Donau-Iller nahezu die Größe des baden-württembergischen Landtags. Nach einer Verkleinerung dieser Verbandsversammlung auf etwa die Hälfte erfüllt das Gremium aus meiner Perspektive das Kriterium der Verhältnismäßigkeit weitaus eher als mit seiner jetzigen Größe.

Die Aufwertung des Planungsausschusses zum beschließenden Ausschuss in genau definierten Fällen dient generell der Beschleunigung des Entscheidungs- und Beschlussverfahrens.

Wenn wir für unsere rein baden-württembergischen Regionalverbände einen zusätzlichen Planungsbeirat nicht zwingend vorschreiben, sollten wir dies von dem Regionalverband Donau-Iller eigentlich auch nicht zwingend verlangen. Insofern entspricht die Änderung hinsichtlich der Einrichtung des Planungsbeirats von einer Muss- in eine Kannbestimmung lediglich einer Gleichstellung mit unseren rein baden-württembergischen Regionalverbänden.

Die CDU-Fraktion sieht in dem vorgelegten Gesetzentwurf einen Beitrag zur Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Regionalplanung. Diese Änderung schafft rechtzeitig klare Verhältnisse für die ab 30. Juni 2003 amtierende Regionalversammlung.

Im Übrigen hat der Bayerische Landtag in seiner gestrigen Plenarsitzung den hier vorgelegten Änderungen einstimmig – fraktionsübergreifend – zugestimmt. Die CDU-Fraktion

(Veronika Netzhammer)

im baden-württembergischen Landtag stimmt dem vorliegenden Gesetzentwurf ebenfalls einstimmig zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Oelmayer
GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rivoir.

Abg. Rivoir SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich will einige Anmerkungen zu diesem Tagesordnungspunkt machen.

Ende der Neunzigerjahre – so lange ist das schon her – gab es in der Region Donau-Iller eine heftige Diskussion über die Zukunft des Regionalverbands. Ich habe die Ehre, diesem ehrwürdigen Gremium seit, glaube ich, nunmehr 13 Jahren anzugehören.

(Abg. Schneider CDU: Aber nie da! – Zuruf der
Abg. Veronika Netzhammer CDU)

– Ich bin schon immer wieder da, lieber Herr Landrat. Ich saß in diesem Gremium schon zu Zeiten, als Sie noch nicht dort waren. In diesem Bereich habe ich schon einen gewissen Vorsprung an Erfahrung.

(Zuruf des Abg. Schneider CDU)

Wie auch immer, jedenfalls ging die Diskussion Ende der Neunzigerjahre in die Richtung: Das Gremium ist zu groß, zu unflexibel,

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

von der Region her falsch zugeschnitten, und es wurde auch als zu machtlos angesehen. Die Folge dieser Diskussion war, dass die Verbandsversammlung im Jahr 1999 ein Strukturpapier beschlossen hat. Nicht alle Beiträge aus dieser Diskussion über Zuschnitt und Größe wurden in diesem Strukturpapier umgesetzt. Aber immerhin einige Punkte konnte man konsensual lösen, nämlich die Größe der verschiedenen Gremien und die Flexibilisierung bei dem Planungsbeirat. Die Frau Kollegin hat das ja schon ausgeführt.

Diese Änderungen werden nun im vorliegenden Gesetzentwurf berücksichtigt. Dies geschieht – so soll es wohl sein – im Vorgriff auf eine grundlegende Novelle des Staatsvertrags zwischen Baden-Württemberg und Bayern über die Zusammenarbeit in der Landesplanung und der Regionalentwicklung.

Ich führe es auch noch einmal aus: Die wesentliche Änderung ist die Verkleinerung der Verbandsversammlung. Die Mitgliederzahl wird praktisch halbiert. Dies ist zu begrüßen, da kostengünstigere und flexiblere Strukturen geschaffen werden. Auch die Aufwertung des Planungsausschusses ist unter den genannten Aspekten richtig und wird von uns begrüßt.

Nun noch ein dritter Punkt, den ich durchaus etwas kritisch beleuchten möchte: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsvertrags wird dem Planungsbeirat die gesetzliche Grundlage entzogen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

In diesem Beirat waren bisher verschiedenste Verbände, von den Arbeitgebern über die Gewerkschaften bis zu den Naturschützern, vertreten. Zwar wird vom Regionalverband weiterhin versichert, dass der Beirat auch ohne gesetzliche Grundlage einberufen wird. Diese Willensbekundung ist uns aber eigentlich zu wenig. Wir haben ganz gute Erfahrungen in diesem Bereich. Es wäre gut gewesen, wenn in diesem Gesetz wenigstens eine Kannbestimmung, dass ein solcher Planungsbeirat einberufen werden kann, berücksichtigt worden wäre.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Rivoir, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Netzhammer?

Abg. Rivoir SPD: Ja. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Er soll mal fertig reden! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: War das die Frage?)

– Ja, ich wäre auch gleich fertig, und dann kann ich das –

Stellv. Präsident Birzele: Ja, aber warum haben Sie sich dann gemeldet?

(Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Sie wollte zeigen, dass sie noch da ist! – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie hat es sich anders überlegt!)

Herr Abg. Rivoir, fahren Sie fort.

Abg. Rivoir SPD: Ich rede gerne zu Ende.

Nach unserem Wunsch wäre es im Prinzip sinnvoll gewesen – das ist auch der Wunsch, der aus diesen Gremien herausgetragen wird –, dass eine Kannbestimmung über die Einberufung des Planungsbeirats vorgesehen wird, sodass dieser auch entsprechend gesetzlich verankert ist. Die Änderung in diesem Bereich erscheint uns trotz aller richtigen Einsparungs- und Flexibilisierungsabsichten als Rückschritt in Sachen öffentlicher Beteiligung.

Diese Einschätzung in Bezug auf den Planungsbeirat ist für uns aber kein Grund, den Gesetzentwurf abzulehnen. Ihm ist ja gestern – Sie haben es schon gesagt – in Bayern einstimmig zugestimmt worden. Man hätte jetzt, um diese Dinge entsprechend zu regeln, den ganzen Prozess auch in Bayern wieder in Gang setzen müssen, was jetzt sicher nicht notwendig ist.

Abschließender Punkt: Ich denke schon, dass der Planungsbeirat und die Rolle, die er in Zukunft spielen wird, genau beobachtet werden müssen. Ich habe ja gesagt, in einiger Zeit, in einigen Jahren wohl, soll dieser Staatsvertrag grundsätzlich überprüft und novelliert werden. Ich denke, das wäre dann auch der Zeitpunkt, zu schauen, wie sich der Planungsbeirat unter der jetzt gegebenen gesetzlichen Randbedingung, nämlich keine gesetzliche Verankerung, weiterentwickelt hat. Wenn das alles gut gegangen ist und vernünftig gearbeitet wird, kann man alles so lassen. Wenn es aber sinnvoll wäre, die gesetzliche Verankerung des Planungsbeirats in diesem länderübergreifenden Regionalverband wieder einzuführen, dann, denke ich, sollte man das zu diesem ferneren Zeitpunkt auch tun.

(Rivoir)

Meine Damen und Herren, mit dieser kritischen Anmerkung in Richtung Planungsbeirat und dessen Verankerung stimmt die SPD-Fraktion diesem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie jetzt noch eine Frage, Frau Netzhammer?

Stellv. Präsident Birzele: Wollen Sie jetzt eine Nachfrage stellen? – Bitte schön, Frau Abg. Netzhammer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Überlegen Sie es sich aber gut!)

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Der Kollege Rivoir hat sich in seiner Rede widersprochen. Zuerst hat er gesagt, dem Planungsbeirat wäre die gesetzliche Grundlage entzogen, und im zweiten Teil ist er wieder zurückgerudert und hat gesagt, die Einrichtung des Planungsbeirats wäre doch möglich.

Stellv. Präsident Birzele: Die Frage!

Abg. Veronika Netzhammer CDU: Jetzt frage ich Sie: Ist die Einrichtung eines Planungsbeirats nach dem neuen Gesetz Ihrer Einschätzung nach möglich oder nicht?

Abg. Rivoir SPD: Ja, sie ist freiwillig möglich, aber es ist die Frage – –

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Okay! Also ist die gesetzliche Grundlage nicht entzogen!)

– Aber die Pflicht, es zu tun, ist entzogen. Und es ist dadurch – –

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Die Pflicht ist entzogen! Aber nicht die gesetzliche Grundlage zur Einrichtung!)

Stellv. Präsident Birzele: Wir haben nach unserer Geschäftsordnung nicht die Möglichkeit, ein Zwiegespräch zu führen, sondern nur, Nachfragen zu stellen.

(Heiterkeit – Abg. Alfred Haas CDU: Doch, doch! Draußen vor der Tür!)

Abg. Rivoir SPD: Ich denke, wir sind uns grundsätzlich einig. Mir geht es darum, dass ein Gremium – –

Stellv. Präsident Birzele: Nein, Herr Kollege Haas, weil die Mehrheit des Hauses Zwischeninterventionen leider nicht aufgenommen hat.

Abg. Rivoir SPD: Was darf ich?

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Rivoir. Sie haben die Möglichkeit, die Frage abschließend noch zu beantworten.

(Heiterkeit)

Abg. Rivoir SPD: Ich versuche, sie zu beantworten. Ich wollte in meinen Ausführungen darauf hinweisen, dass ein Gremium, das in einem Gesetz verankert ist, mehr Gewicht hat als ein Gremium, das freiwillig einberufen wird. Darum geht es.

(Abg. Fischer SPD: So ist es! Das ist doch klar!)

Da sind Sie doch hoffentlich auch mit mir einer Meinung, Frau Kollegin, um die Frage zurückzugeben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin etwas zu spät gekommen, aber ich habe so viel mitbekommen, dass Frau Netzhammer und insbesondere Herr Rivoir, der diesem Regionalverband offenbar schon einige Jahre angehört hat, sagten, dass die jetzt vorgesehene Regelungen gut seien. Da wäre ich schlecht beraten, noch längere Ausführungen hinzuzusetzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Rivoir SPD: Das sollten Sie öfter machen!)

Es kann auch gar nicht anders sein. Die Verkleinerung eines Gremiums ist eine tolle Sache. Das will ich nur betonen. Man übertrage das einmal auf den Landtag: die Hälfte weniger.

(Abg. Knapp SPD: Da hättet ihr ja keine Fraktionsstärke mehr! – Weitere Zurufe)

Das ist unvorstellbar. – Ich will es ja nicht verlängern. Stören Sie mich bitte nicht durch Zwischenrufe.

Ich wollte nur darauf hinweisen – jetzt einmal ohne Spaß –: Da sieht man schon, dass der Gedanke durchdringt, dass weniger manchmal mehr ist.

Nur noch diesen letzten Punkt: Ich gebe Ihnen Recht: Wenn ein Gremium dadurch geadelt ist, dass es in einem Gesetz wenigstens erwähnt ist, dann ist das nuancenhaft etwas mehr, als wenn man es einfach selber einberufen kann.

Aber wir sehen, dass wir uns bei unserer Wertung auf sehr hohem Niveau der Problematik bewegen. Ich denke, trotz dieser tief greifenden Problematik, ob verändert oder nicht, können wir dem Gesetz jetzt begeistert zustimmen. Das will ich hiermit tun und bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Schneider CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Kaufmann SPD: Jetzt wird es schwer! – Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt geht es nur noch um Länge!)

Abg. Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Netzhammer hat ja mit ihren Ausführungen zu dem Thema richtig begonnen. Wir haben gestern über die Verwaltungsreform diskutiert. Ich würde das aber nicht in den Kontext der Deregulierung stellen wollen, sondern doch sagen wollen, man könnte den Staatsvertrag auch mit ganz anderem Inhalt füllen, als es hier geschieht. Ich bin auch der Auffassung, dass wir den Staatsvertrag wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zeit wieder überarbeiten müssen.

(Oelmayer)

Aus unserer Sicht und nach Auffassung unserer Fraktion wäre es angezeigt, den Regionalverband mit anderen Kompetenzen und anderen Möglichkeiten auszustatten. Auch wenn sich dessen Vorsitzender gerade naserümpfend dagegen wehrt, sind wir der Auffassung: Da die Regionen auf den Regionalverbänden basieren, sollten wir sie als Verwaltungsebenen ausgestalten. Insofern wäre das ein echter Quantensprung für diesen Staatsvertrag. Jetzt bin ich natürlich auch Realist genug, zu wissen, dass es in dieser Geschwindigkeit nicht einmal die Landesregierung schafft, Staatsverträge zu überarbeiten.

(Abg. Walter GRÜNE: Was heißt: „nicht einmal die Landesregierung“?)

Für unsere Fraktion darf ich zunächst schon einmal Zustimmung ankündigen. Nachdem sogar unsere bayrischen Kolleginnen und Kollegen gestern zugestimmt haben, sehen wir überhaupt keinen Anlass, dem Staatsvertrag und der Änderung die Zustimmung zu verweigern. Ich darf aber noch zwei Bemerkungen machen.

Die erste Bemerkung: Ich habe im „Stern“, der Rankings über die Wertschätzung der Einwohnerinnen und Einwohner für ihre jeweilige Region veröffentlicht hat, gelesen – dabei sieht man auch, dass die Menschen doch auch regionsbezogen denken und sich entsprechend äußern –, dass die Region Donau-Iller unter insgesamt über 100 ausgewerteten Regionen nach Osnabrück und weit vor Stuttgart immerhin auf Platz 2 gesetzt wurde. Es sieht ganz danach aus, als müsse man sich auch hier im Landtag des Öfteren mit dieser im Ranking sehr weit oben stehenden Region befassen.

Der zweite Punkt, den ich erwähnen möchte, ist die Verkleinerung der Regionalversammlung. Bei der derzeitigen Ausgestaltung des Regionalverbands mit Kompetenzen sind wir mit der Verkleinerung dieses Gremiums selbstverständlich einverstanden. Wir sind auch damit einverstanden, dass der Planungsausschuss auch entsprechend verkleinert wird.

Jetzt kann man natürlich die Frage stellen, ob die Neuregelung in Bezug auf den Planungsbeirat, dessen Einrichtung bisher gesetzlich zwingend vorgeschrieben war und nun nur noch fakultativ möglich sein wird, die Streitmenge hergibt, um eine solche Änderung des Staatsvertrags abzulehnen. Wir sind der Auffassung: Nein. Angesichts ihrer Zusammensetzung wird die Regionalversammlung schon kompetent genug sein, um einschätzen zu können, ob der Planungsbeirat in seiner bisherigen Konsistenz aufrechterhalten werden soll. Ich würde für unsere Fraktion sagen: Das können wir selbstverständlich in die Kompetenz der Regionalversammlung geben.

Insofern auch von unserer Seite aus Zustimmung zu der beantragten Änderung.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Schneider CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Aufgrund der Debattenbeiträge kann ich mich ganz kurz fassen.

Zur Diskussion zwischen Frau Abg. Netzhammer und Herrn Abg. Rivoir: In der Tat sieht die Änderung des Staatsvertrags vor, dass die Verpflichtung zur Bildung eines Planungsbeirats aufgehoben wird. Aber natürlich kann dieser Beirat nach dem baden-württembergischen Zweckverbandsrecht geschaffen werden. Dies unterliegt dann der Entscheidung derer, die das tun wollen.

Eine umfassende Überarbeitung des Staatsvertrags soll erfolgen. Der wichtigste Punkt der jetzt von der Landesregierung vorgelegten Änderung ist in der Tat die Verkleinerung der Verbandsversammlung. In diesem Sinne bittet die Landesregierung um Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Wenn sich die Regierung immer so kurz fassen würde!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g* über den Gesetzentwurf Drucksache 13/1963.

Nachdem die Redner aller Fraktionen dem Gesetzentwurf zugestimmt haben, schlage ich vor, dass wir beide Paragraphen zusammen aufrufen. – Sie sind damit einverstanden.

Ich rufe auf

§§ 1 und 2

Wer diesen beiden Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 8. Mai 2003 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern zur Änderung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Maßnahmen der Landesregierung gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in Baden-Württemberg – Drucksache 13/1010

(Stellv. Präsident Birzele)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erhält Frau Abg. Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Flächenverbrauch in Baden-Württemberg nimmt zu – so hat es das Statistische Landesamt erst im Januar 2003 erneut festgestellt. Der Begriff Flächenverbrauch ist immer ein bisschen umstritten. Aber ich denke, wir sind uns in diesem Hause zumindest insoweit einig, was die Begriffsbestimmung betrifft: Flächenverbrauch heißt, bislang unverbaute, freie Landschaft für Siedlungs-, Gewerbe- oder Verkehrszwecke zu gebrauchen bzw. zu verwenden. Das ist eine klare Beschreibung, auch wenn es sich nicht um einen Verbrauch im klassischen Sinne handelt, wie man ihn bei anderen Gütern versteht.

Was bedeutet Flächenverbrauch in Baden-Württemberg? Im Jahresdurchschnitt wurden von 1997 bis 2001 täglich 12 Hektar Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke neu verwendet. Im Vergleich dazu waren es von 1993 bis 1997 täglich 10,2 Hektar. Das Statistische Landesamt rechnet damit, dass der tägliche Verbrauch bis 2010 auf 13,5 Hektar ansteigen wird, wenn wir mit unserer Wohnungsbautätigkeit und unseren Erschließungen so weitermachen, die als Hauptursache für den Flächenverbrauch gelten.

Nun bedeutet für Besiedlung und Verkehr genutzte Fläche zwar nicht unbedingt versiegelte Fläche. Aber auch hierzu gibt es ergänzende Schätzungen des Statistischen Landesamts: Im Zeitraum von 1997 bis 2001 wurden täglich ca. 5,3 Hektar versiegelt, von 1993 bis 1997 waren es noch 4,6 Hektar pro Tag. Auch in diesem Bereich der echt versiegelten Flächen bedeutet das also eine Steigerung.

Wir wissen auch um die Folgen; sie werden immer wieder benannt. Ich will hier nur einige anführen: geringere Grundwasserneubildung, größere Hochwassergefahr, verändertes Kleinklima, Verlust an für die regionale Nahrungsmittelproduktion wichtigen Böden und Zerschneidung von Lebensräumen.

Gerade bei der Zerschneidung von Lebensräumen wurde die effektive Maschenweite, also das Maß für die Zerschneidung von Landschaft durch Verkehrswege und Siedlungen, seit 1930 halbiert. Dies führt zur Verinselung seltener Tierarten. Wenn sie in einem solchen durch Verkehrswege eingegrenzten Raum erst einmal ausgestorben sind, kann keine Wiederbesiedlung auf natürlichem Wege stattfinden. Diese Maschenweite ist also ein Aspekt, den zu beachten wichtig ist. Die Akademie für Technikfolgenabschätzung, die jetzt von dieser Landesregierung abgeschafft und aufgelöst wird, hat genau auf solche Dinge hingewiesen, die für unsere Analyse durchaus wichtig sind.

Während es gelungen ist, auf vielen Feldern des Umweltschutzes in Deutschland und in Europa Erfolge zu erzielen – ich will da nur Gewässerqualität, Luftreinheit, Abfallwirtschaft nennen –, steigt der Flächenverbrauch weiter – allen Bekenntnissen und Analysen zum Trotz. Dabei ist das Ziel der Reduzierung des Flächenverbrauchs oftmals formuliert worden, auch in diesem Hause. Ich will einige Beispiele nochmals nennen.

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg fordert die Reduzierung auf ein Zehntel, also 1,2 Hektar pro Tag. Es ist sicherlich ambitioniert, wenn dieses Ziel bis 2010 erreicht werden soll. Das Altlastenforum nennt für das Jahr 2010 einen Zielwert von 3 Hektar pro Tag. Aber auch im Umweltplan heißt es:

Das Land strebt an, zur langfristigen Sicherung von Entwicklungsmöglichkeiten die Inanspruchnahme bislang un bebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke . . . bis 2010 deutlich zurückzuführen.

Aber wir sind im beim Flächenverbrauch im Moment noch lange nicht beim Zurückführen, sondern wir sind noch im Steigflug. Wir müssen jetzt zunächst einmal eine Stagnation erreichen.

Es fehlt also nicht an Analysen und Erklärungen, es fehlt am Handeln für weniger Flächenverbrauch. Da hilft uns auch nicht ein Hinweis – wie in der Stellungnahme zu unserem Antrag – auf diverse Gesetze, die schon existieren, wenn diese Gesetze an dieser Stelle eben nicht greifen und nicht ausreichen. Denn noch immer erleben wir, dass Gemeinden bei der Planung ihrer Fläche von völlig unrealistischen Zahlen des Bevölkerungswachstums ausgehen und damit einen viel zu hohen Bedarf an zusätzlichen Siedlungsflächen anmelden und von den Regionalverbänden dann oftmals erst zurückgepfiffen werden müssen. Das erlebt man ja immer wieder in den Diskussionen in den Regionalverbänden.

Die Umweltverbände wie zum Beispiel der Naturschutzbund in seiner Kampagne „Living 2010“ – sozusagen auch eine Agenda 2010 auf einer anderen Ebene – haben etliche Maßnahmen gefordert. Wir können diese hier heute gar nicht alle erläutern, weil wir nur eine begrenzte Redezeit haben. Aber ich denke, von der Landesregierung muss geprüft werden, welche dieser Vorschläge für unser Bundesland umsetzbar sind.

Wir haben in unserem Antrag ebenfalls etliche Maßnahmen gefordert, beispielsweise Richtwerte oder Zielwerte für die Landesplanung. Wir haben gestern im Zusammenhang mit der Diskussion über das neue Landesplanungsgesetz feststellen müssen, dass genau darauf abgezielt wurde, keine Richtwerte mehr herauszugeben. Während wir in allen Bereichen unseres Lebens anfangen, Zielvorgaben zu formulieren, Zielvereinbarungen zu treffen, machen wir das genau in dem wichtigen Bereich des Flächenverbrauchs nicht.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das ist ein Skandal!)

Wir müssten eine Zielvereinbarung zwischen den Regionalverbänden und den Gemeinden treffen, um tatsächlich konkret zu einer Reduzierung des Flächenverbrauchs zu kommen. Die Art und Weise des politischen Handelns ist völlig unverständlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Jeder Zielkatalog wird in der Stellungnahme schon als dirigistisch diffamiert. Das ist ein absolutes Unding; ich sage es ganz deutlich.

(Regina Schmidt-Kühner)

Natürlich ist es erfreulich, dass der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung gegeben werden soll, dass man auch weiter darüber spricht und wissenschaftliche Tagungen darüber stattfinden wie nächste Woche der Kongress in Karlsruhe, den das Institut für Städtebau und Landesplanung dort durchführt. Aber wir müssen natürlich konkrete Maßnahmen fordern. Warum schaffen wir es nicht, dass die großflächigen Supermärkte nicht mehr eingeschossig sind? Warum können wir das in unserer Bauleitplanung nicht erreichen? Warum muss ein Parkplatz daneben liegen, durch den unnötig Fläche verbraucht wird? Oft reicht es doch, intelligenter und flächeneffizienter zu bauen. Denn schließlich geht es nicht darum, in allen Bereichen nur weniger zu machen und auszudünnen, sondern es geht darum, Effizienz zu erreichen. Dafür gilt es Anreize zu schaffen. Das ist beim Thema Flächenverbrauch schwierig. Das wissen wir alle. Das zeigen die Zahlen der letzten Jahre. Hier gilt es, gemeinsame Anstrengungen zu entwickeln.

Wir haben auch an vielen Stellen des interministeriellen Handelns noch keine Ergebnisse. Vor etwa zehn Monaten wurde der Arbeitskreis „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ eingesetzt. Minister Müller hat damals eine Presseerklärung herausgegeben. Jetzt wären natürlich zum heutigen Zeitpunkt, zehn Monate später, die ersten Ergebnisse interessant. Wo wollen wir denn hin? Wie soll es weitergehen? Aus dem Landesplanungsgesetz und aus der Diskussion, die wir gestern dazu hatten, kann man das nicht herauslesen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Schmidt-Kühner, in vielen Aspekten dieser Diskussion sind wir uns eigentlich einig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was folgt daraus jetzt?)

Oftmals wird Fläche nicht verbraucht, sondern über eine Nutzungsumwidmung andersartig genutzt. Ein Teil dieser Flächen ist ja dann nicht versiegelt

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das macht es nicht besser!)

oder sogar unbebaut, also Sportplätze, Grünanlagen, Spielplätze, vor allem Vor- und Hausgärten; die sind teilweise sehr schön und sehr gepflegt. Das sind natürlich keine Biotope mehr, und darum muss man diskutieren, was man will. Das ist richtig. Das Ziel der Landesregierung ist deshalb eine Flächen sparende Siedlungs- und Infrastrukturpolitik. Die Prognose ist eindeutig und erfordert, dass gehandelt wird.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Richtig! – Beifall der Abg. Dr. Witzel und Boris Palmer GRÜNE)

Es gibt ja grundlegende Gesetze; die sind schon da, die werden auch eingehalten. Das ist zum einen die Boden-

schutzklausel des Baugesetzbuches. Wir konzentrieren uns auf die Entwicklungsachsen im Landesentwicklungsplan. Hier hat die Innenentwicklung Vorrang. Wir konzentrieren uns bei interkommunalen Aktivitäten, bei den Gewerbegebieten. Dann gibt es das Flächenressourcenmanagement des UVM. Auch gibt es Regelungen im Landesnaturschutzgesetz, im Landeswaldgesetz,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und alles hat nichts gebracht!)

das Prinzip des sparsamen Flächenverbrauchs im Wohnraumförderungsgesetz, und zurzeit – das ist vielleicht tatsächlich ein Fortschritt, wie Sie ihn sich wünschen – ist ja unser Landesbodenschutzgesetz in der Anhörung.

Nun gibt es Programme, die auf sehr verschiedene Weise den Flächenverbrauch eindämmen. Ich rede von Landesprogrammen. Das sind zum einen das Landessanierungsprogramm und die Städtebauförderung. Das sind beides Programme zur Sanierung und Neunutzung von alten Gebäuden und auch von Brachen in den Innenstadtlagen und Ortskernen. Hier ist eine sehr große Nachfrage vorhanden. Das zeigt, dass die Programme gut ankommen.

Das zweite ist das Impuls-Programm Altbau – das ist hier gar nicht erwähnt – und das Altbausanierungsprogramm des WM. Das kann man sogar mit Bundesprogrammen kombinieren – ein sehr erfolgreiches Programm für Sanierungsobjekte im Innenstadt- und Ortskernbereich.

Ein drittes Programm ist das ELR, und zwar bei dörflichen Gemeinschaftseinrichtungen, auch im gewerblichen Bereich. Da unterstützt es die Umnutzung und Wiederbelebung von Gebäuden in den Ortskernen, zum Beispiel die nicht mehr benötigten landwirtschaftlichen Scheuern. Dadurch konnte schon öfter ein Bäcker-, ein Metzger- oder ein Dorfladen in innerörtlicher Lage gehalten werden. Auch das funktioniert.

Das vierte Programm, das MELAP-Programm, ist neu. Es ist ein Sonderprogramm im ELR, und zwar für die Erschließung und Umnutzung von innerörtlichen Brachflächen. Die spezifische Zielsetzung – das trifft dieses Thema genau – ist die Vermeidung von Neubaugebieten im Außenbereich. Die erste Phase ist bereits umgesetzt, nämlich die Untersuchung und die Überplanung nach vorhandenen Potenzialen, und zwar bei leer stehender Bausubstanz, bei der Baulückenerschließung und auch bei möglicher Nachverdichtung. Hier haben sich 200 Gemeinden beworben, 41 planen nun konkret. In Bad Wildbad und Bruchsal hat sich schon gezeigt, dass große Potenziale vorhanden sind. Das MELAP-Programm hat gezeigt, dass die Ergebnisse tatsächlich flächendeckend sind.

In der zweiten Phase sollen nun im Rahmen von zehn Pilotprojekten Maßnahmen ausgearbeitet werden. Das sind dann sicher auch Beispiele, an die sich andere halten können.

Des Weiteren ist auch die Flurneuordnung beteiligt. Wenn nämlich landwirtschaftliche Wirtschaftsflächen zusammengelegt werden, benötigt man weniger Erschließungswege. Im UVM wird bei einer neuen Straßenbaumaßnahme inzwischen automatisch geprüft, ob eine Mitbenutzungstrasse

(Dr. Carmina Brenner)

möglich ist, und vor allem sind für Neuversiegelungen ja Ausgleichsmaßnahmen zu treffen.

Fazit: Wir haben eine Reihe von verschiedenen Programmen. Hier wird von der Landesregierung sehr viel getan. Ich darf trotzdem noch einige Kritikpunkte und einige Anregungen anschließen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Erstens: Die Ausgleichsmaßnahmen beim Straßenbau sind teilweise etwas unverständlich. Weshalb beispielsweise bei Versiegelung von etwa zehn Quadratmetern Fläche drei Kilometer weiter fünf Zwetschgenbäume gepflanzt werden müssen, ist den Anliegern oftmals unverständlich.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Eine plausiblere Pflanzaktion wäre in manchen Fällen sicher kein Fehler.

Ein zweiter Punkt: Des Öfteren können alte Gebäude in den Stadt- und Ortskernen nicht mehr saniert werden, sondern müssen aufgrund der schlechten Substanz abgebrochen werden. Das ist teilweise recht schwierig und wegen der getrennten Entsorgung auch teuer, und diese Tatsache hält Bauherren oftmals von einer solchen Maßnahme ab. Es wäre zu überlegen, ob man ein kleines Programm zur Förderung der Abbruchkosten auflegt. Ich denke hier an einen Zuschuss und nicht an ein Darlehen. Es sind ja meistens Einzelfälle, sodass das Programmvolumen womöglich sehr überschaubar wäre, und vielleicht passt es auch als Untertranche in ein existierendes Programm.

Ein dritter Punkt sind Auflagen des Denkmalamts bei privaten Objekten. Ich rede nicht von öffentlichen Gebäuden. Wenn ein altes Bauernhaus abgebrochen werden muss, dann ist vom Bauherrn oft zunächst ein Aufrissplan zu erstellen – das kostet ihn ungefähr 3 000 € –, und erst dann darf abgebrochen werden. Ich vermute, inzwischen liegen Hunderte solcher Pläne in den Archiven des Denkmalamts, und ich frage mich, wer die alle anschaut. Es ist wirklich in Ordnung, wenn die Außenfassade denkmaltechnisch begleitet wird – also Sprossenfenster, Dachziegel, was auch immer –, aber ich glaube, beim Innenbereich privater Häuser, die man ja auch nicht anschauen kann, sollte sich das Denkmalamt heraushalten.

Viertens – und das ist für mich der wichtigste Punkt – müssen wir die Einstellungen der Bauherren wieder ändern. Dies ist aber sehr schwierig; denn es muss ihnen vermittelt werden, dass auch das Wohnen in der Innenstadt und in den Ortskernen Lebensstil und Atmosphäre bietet. Hierfür ist Öffentlichkeitsarbeit nötig. Statt weitere Broschüren zu verfassen – Herr Staatssekretär, die existierenden sind wirklich gut –, ist es, glaube ich, an der Zeit, jetzt Fachleute zu benennen und auszubilden, die beispielsweise Informationen und Vorträge in Gemeinderäten, in Ortschaftsräten und auch für die Bürger halten. Der von Ihnen, Frau Schmidt-Kühner, erwähnte Kongress ist ein guter Anfang; er hat ja zum Thema: „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das reicht aber nicht!)

– Das ist ein Anfang. Das sage ich ja. – Wir müssen von den Broschüren jetzt zur Information kommen. Wir müssen durch Beispiele aufzeigen, wie man in den Stadt- und Ortskernen gut, modern, familiengerecht und auch stilvoll leben kann. Hierfür ist Marketing nötig.

Zum Schluss ein schöner Satz, der Ihnen zeigt, was Marketing soll: Wenn du willst, dass die Leute ein Schiff bauen, dann zeige ihnen nicht, wie man Bäume fällt, sondern erzähle ihnen von der wunderschönen Welt auf der anderen Seite des Meeres.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Antrag der SPD-Fraktion wird ausdrücklich festgestellt, dass die Landesregierung in allen Analysen zum Thema Flächenverbrauch die Situation völlig richtig erkannt hat. Wenn das schon die Antragsteller so ausdrücklich feststellen, möchte ich zu den Analysen nichts mehr sagen. Gehen wir einfach davon aus, dass die Analysen stimmen. In der Tat ist es eine beeindruckende Zahl, wenn 11,1 Hektar – so steht es jedenfalls in der Stellungnahme drin – jährlich,

(Abg. Boris Palmer und Dr. Witzel GRÜNE: Täglich!)

täglich an neuer Siedlungs- und Verkehrsfläche in Anspruch genommen werden. Aber selbst dann, wenn man davon ausgeht, dass der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche in den kommenden zehn Jahren von 12,3 auf 13,2 % ansteigt – ich will das nicht verniedlichen, aber es ist interessant –, lägen wir damit immer noch unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Dass eine solche Steigerung dennoch tunlichst zu vermeiden ist, ist keine Frage.

Es ist sicherlich auch verdienstvoll, dass dieses Thema im Landtag immer wieder angeschnitten wird und man sich danach erkundigt, wo wir stehen und was im Einzelnen zu tun ist.

Ich möchte an dieser Stelle sagen – das muss die Antragsteller eigentlich nicht betrüben –, dass in vielen Punkten offene Türen eingerannt werden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Durch die niemand durchgeht!)

Türen braucht man nicht einzurennen, wenn sie schon offen sind.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber durchgehen sollte man! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Manche der Vorschläge – darauf werde ich später noch kommen – sind allerdings aus unserer Sicht nicht sachgerecht und ordnungspolitisch auch nicht richtig.

(Hofer)

Es ist seit vielen Jahren ein feststehendes Ziel der Landesregierung, auf allen Planungs- und Verwaltungsebenen dem Flächenverbrauch konsequent entgegenzutreten. Dazu gibt es gesetzliche Vorschriften, eine Menge von Strategien, Maßnahmen, Projekten und Wettbewerben. Wir haben die Bodenschutzklausel im Baugesetz. Wir haben gerade erst einen Landesentwicklungsplan verabschiedet. Er enthält nicht nur den Begriff der Nachhaltigkeit. Ich weiß, dass das manchem zu wenig war. Konkret ist das Netz der zentralen Orte, das Netz der Entwicklungsachsen ganz wichtig. Die daraus folgende Konzentration auf Siedlungsschwerpunkte ist ein ganz wichtiger Punkt, um den Flächenverbrauch zu reduzieren.

Es gibt auch immer wieder Ärger; denn es gibt viele Orte, deren Einwohner fragen: Warum haben wir keine zentralörtliche Bedeutung? Warum sind wir nur für die eigene Entwicklung zuständig und dürfen nicht mehr tun? Das ist ein ganz konkreter Punkt, wie man Flächenverbrauch wirklich nicht nur deklamieren und reklamieren kann, sondern tatsächlich auch in den Griff bekommt.

Klar ist, dass wir keine Einzelhandelsgroßprojekte auf der grünen Wiese wollen, und zwar nicht nur aus Gründen des Flächenverbrauchs, sondern auch aus anderen Gründen. Der Umweltplan, das Bundesnaturschutzgesetz, das Landeswaldgesetz wie alle Waldgesetze der Länder haben das beinhaltet. Es gibt Modellprojekte. Frau Brenner hat auf viele hingewiesen, ich brauche das nicht zu wiederholen.

Ich hätte eine Anregung: Sehr überzeugt bin ich von dem Modellprojekt zum nachhaltigen kommunalen Flächenressourcenmanagement. Zum Teil erfolgt Flächenverbrauch aus Unkenntnis dessen, wo es noch Ressourcen gibt und was man alternativ tun kann. Es geht nicht darum, an die Bereitschaft zu appellieren – sie ist vorhanden –, sondern darum, ein Vehikel zu schaffen, wie man das tatsächlich auch von der Information her sinnvoll in den Griff bekommt. In diesem Zusammenhang würde ich empfehlen, an das Wirtschaftsministerium die Anregung, dieses Modellprojekt flächendeckend in ganz Baden-Württemberg zu verbreiten, weiterzuleiten.

Es ist bekannt, dass die Lebensbereiche Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Einkaufen zusammengehören, dass man das nicht wie früher trennen will, und zwar auch aus Gründen der Verkehrsproblematik. Das ist nun wirklich nichts Neues. Ich nenne nur die Stichworte „Stadt der kurzen Wege“, „regional abgestimmte Einzelhandelsprojekte“. Wir wissen, dass die Nutzung von Baulücken und Innenbrachen wirklich nichts ist, wo man das Rad neu erfinden muss. Das gehört zum Vehikel jeder kommunalen Arbeit. Dazu braucht man keine Belehrung von oben. Das wissen die Leute vor Ort schon selber.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Wir haben die Stichworte „soziale Stadt“, „kostengünstiges und Flächen sparendes Bauen“. Das habe ich mir vor 20 Jahren einmal in Weinstadt im Konrad-Adenauer-Haus angeschaut. Das hat man dort also schon vor 20 Jahren gemacht. Das ist eine sehr gute Sache.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber mit welchem Effekt, Herr Hofer?)

Weil die Redezeit zu Ende geht, will ich nur noch kurz auf die Vorschläge im SPD-Antrag zu sprechen kommen, von denen ich der Meinung bin, dass sie problematisch sind.

Das eine ist die Forderung, eine jährliche Reduzierung des Flächenverbrauchs gewissermaßen von oben herab zu fixieren.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wie wollen Sie das machen, wenn Sie die nötige Flexibilität und die erforderliche Rücksicht auf die unterschiedliche Standortsituation garantieren wollen? Sie begehren eine Art Fünfjahresplan, den man nun wirklich nicht propagieren kann. Das ist bedrucktes Papier, ein schöner Plan, und sonst wird sich nichts ändern.

(Zurufe der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD und Dr. Carmina Brenner CDU)

Schon das Wort „fixieren“ – es ist ein rechtstechnisch schwammiges Wort – zeigt verräterisch, dass das gar nicht funktionieren kann.

Und was soll man auf der Bundesebene tun? Sie sagen, wir sollten uns auf Bundesebene für eine Novellierung aller Gesetze dahin gehend einsetzen, dass ein sparsamer Flächenverbrauch berücksichtigt und gefördert wird. Erstens haben Sie zur Bundesebene einen sehr direkten Kontakt. Dazu brauchen Sie uns nicht groß aufzufordern. Zweitens hat man das in all den von mir genannten Gesetzen schon getan, und zwar ohne Nachhilfeunterricht.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl. Ich komme zum Schluss.

Zur Besteuerung des Flächenverbrauchs: Wir sind ja geradezu Weltmeister im Erfinden von Besteuerungstatbeständen. Ich breche eine Lanze für die kommunale Seite. Dort wissen die Leute sehr wohl, was sie tun.

(Abg. Fischer SPD: Nein! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Wissen sie nicht!)

Die Bereitschaft, Wohnbauflächen auszuweisen, ist in vielen Gemeinden so gering geworden, dass wir von der Politik aufhören sollten, ständig an die Kommunen zu appellieren, sie sollten mehr Bauland ausweisen, damit der Baulandpreis in Verdichtungsräumen reduziert werden könne. Ich höre nämlich immer wieder von der Landespolitik die Aufforderung, mehr Bauland auszuweisen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die Kommunen tun das, was sie tun können. Ich denke, die Stellungnahme zu dem Antrag zeigt, dass man das eine oder andere verbessern kann, dass man aber insgesamt übereinstimmend auf dem richtigen Weg ist.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Der richtige Weg ist aber keine Steigerung!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Oh, ein neues Hemd! Schöne Farbe! – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Nein, das hat er beim ersten Mal schon getragen!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Von Übereinstimmung, lieber Kollege Hofer, kann bei diesem Thema überhaupt keine Rede sein.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das würde ich aber auch sagen!)

Das beginnt schon einmal damit, dass die Stellungnahme zum SPD-Antrag von Wirtschaftsminister Dr. Döring und nicht vom Umweltminister unterschrieben ist. Daran sieht man, welchen Stellenwert das Thema Flächenverbrauch bei Ihnen hat.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Aber er hat ihn gefragt!)

Das ist ungefähr so, als würde man einem dreijährigen Kind den Süßigkeitsvorrat der Familie zur Bewachung übergeben. Wenn der Wirtschaftsminister die Stellungnahme abgibt, dann weiß ich, welche Ergebnisse darin festgehalten werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Die Vorschläge betreffen alle das Wirtschaftsministerium! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, hier gilt offenbar ein abgewandelter Satz von Erwin Teufel: Politik beginnt mit dem Ausblenden der Wirklichkeit.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Seimetz CDU: Oh, oh! Sehr theatralisch, Herr Palmer!)

Wo man in der Analyse, die Sie uns vortragen, hinschaut, wird verharmlost. Da wird erläutert, dass Versiegelung und Flächenverbrauch ja nicht dasselbe seien. Aber die erschwerenden Faktoren tauchen gar nicht auf. Dazu gehört, dass wir in Baden-Württemberg nur noch sechs Naturräume haben, die zehn Kilometer im Geviert ummessen, die einigermäßen unzerschnitten sind, und dass das immer weniger wird. Das taucht bei Ihnen nicht auf.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

In der Statistik steht, dass wir entgegen Ihren Zielsetzungen im Landesentwicklungsplan keineswegs eine Konzentration der Bebauung auf die Kernorte und auf die Verdichtungsräume erreichen, aber Sie bemerken das gar nicht. Schauen Sie sich das einmal an. In den Verdichtungsräumen wuchs die Wohnfläche in den letzten zehn Jahren um 4,7 %, im ländlichen Raum um 8,9 %.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Bei der Gewerbefläche gab es im Verdichtungsraum einen Zuwachs von 2,4 % und im ländlichen Raum von sage und schreibe 28,1 %. Wir beobachten doch genau das Gegenteil

Ihrer Zielsetzungen. Die Wissenschaft nennt das Suburbanisierungsprozess: Alles zieht raus aufs Land, und draußen entsteht ein „Siedlungsbrei“, der nach nichts mehr aussieht und wo es sich auch nicht zu leben lohnt. Und Sie stellen sich hierhin und tun so, als wäre alles in bester Ordnung. Das ist schwer zu ertragen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Sakellariou SPD – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, das ergibt einen „Siedlungsbrei“, bei dem wie in einer amerikanischen Vorstadt ein Haus neben dem anderen steht. In zwei Generationen ist mehr Land zugebaut worden als in allen Menschheitsgenerationen zuvor, und nach einer Prognose einer Enquetekommission wird die Bundesrepublik bis 2080 vollständig zugebaut sein.

(Abg. Seimetz CDU: Und wo wohnt der Palmer?)

Und dann stellen Sie sich hier hin und listen auf etlichen Seiten auf, was Sie alles schon getan haben. Das tun Sie seit Jahrzehnten.

(Abg. Hauk CDU: Waren Sie jetzt für den Trump-Tower oder dagegen?)

Das Ergebnis ist – das Statistische Landesamt schreibt Ihnen das ins Stammbuch –: Der Flächenverbrauch wächst jedes Jahr an, und er soll bis 2010 weiter anwachsen.

(Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich! – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Ihre Untätigkeit ist völlig unerträglich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Unerträglich! Da hat er Recht! – Widerspruch bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Dieses Eigenlob passt nirgendwohin.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

(Abg. Capezzuto SPD: Nein!)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bitte schön.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Drautz.

(Abg. Seimetz CDU: Frag ihn, Ritchie: Wo wohnt der Palmer?)

Abg. Drautz FDP/DVP: Genau! – Herr Palmer, ich möchte Sie fragen: Wo wohnen Sie? Wohnen Sie nicht in einer Wohnung?

(Abg. Seimetz CDU: Nein, der wohnt im Baumhaus! – Unruhe)

Hat es hierfür keinen Flächenverbrauch gegeben? Dies würde mich einmal interessieren.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Drautz, ich nehme an, Sie wollen fragen, ob ich zurück auf die Bäume will. Es gibt unterschiedliche Wohnmodelle.

(Unruhe)

Im Remstal war es vor 30 Jahren noch sehr schön. Heute ist das eine völlig zubetonierte Industrielandschaft. Ich will nicht, dass es überall so aussieht wie in meiner früheren Heimat im Remstal. Das ist die Antwort darauf.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist aber eine schlechte Antwort! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Was schlägt denn nun, meine Damen und Herren, die Landesregierung vor? Hier ein Untersuchungsprogrammchen, dort ein Modellprojekt. Aber alle effizienten Steuerungsinstrumente werden doch von Ihnen systematisch abgelehnt.

Auf der einen Seite heißt es, das Planungsrecht sei das effektive Instrument, um dem Flächenverbrauch zu begegnen. Aber auf der anderen Seite radieren Sie im Landesplanungsgesetz den einzigen vernünftigen Gedanken, dass man für eine dichte Bebauung sorgt, aus und verbieten den Regionalverbänden, entsprechende Dichtewerte wenigstens einmal als Richtwerte vorzuschreiben, ohne dass Sie eine Alternative anbieten. So wird der Flächenverbrauch doch gefördert. Im Planungsrecht machen Sie nichts. Da ist nichts Neues; da kann sich nichts verändern.

Auf der anderen Seite sagen Sie: Steuerliche Maßnahmen kommen nicht in Betracht; denn das Steuerrecht ist ohnehin schon überfrachtet. Mit Steuern darf man es also auch nicht machen. Ja, womit denn dann? Schlagen Sie uns wenigstens vor, wie Sie dem enorm grassierenden Flächenverbrauch entgegenwirken wollen, und listen Sie nicht auf, was Sie alles schon getan haben, was aber nichts gebracht hat.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Was ist der Grund dafür, dass Familien aufs Land ziehen? Zum Ersten will jemand sein Ackerland versilbern. Er bekommt für Bauland den zehnfachen Preis gegenüber einer landwirtschaftlich genutzten Fläche.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zum Zweiten, meine Damen und Herren, ist der Baulandpreis dort vielleicht ein Fünftel von dem in der Innenstadt; also zieht man hinaus. Zum Dritten ist dort die Grundsteuer im Hebesatz niedriger und natürlich auch im Wert des Ganzen, auf den die Grundsteuer erhoben wird. Zum Vierten bekommt man beim Neubau eine Eigenheimzulage, die doppelt so hoch ist wie beim Altbau; also lohnt es sich auch deshalb, in die Fläche hinaus zu gehen. Zum Fünften gibt es, wenn man in die Stadt zum Arbeitsplatz fährt, die Kilometerpauschale, und sie subventioniert alles.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU – Abg. Mack CDU: Die habt doch ihr gemacht!)

– Ich würde das sofort ändern. Aber wenn wir es machen, kommen Sie in den Bundesrat und hauen alles heraus.

(Abg. Mack CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Darum geht es doch. Sie sind zu nichts bereit. Sie lehnen die steuerlichen Maßnahmen ab und sagen uns: Macht ihr es doch! Aber im Bundesrat wird alles blockiert. Wie soll das denn gehen? Bei solchen steuerlichen Anreizen ist es doch nur logisch, dass alle Kommunen Bauland ausweisen und alle aufs Land hinausziehen. Und Sie tun nichts dagegen, außer schöne Reden zu halten.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Meine Damen und Herren, das ist einfach ein Skandal. Es ist noch schlimmer: Da kommt der Ministerpräsident und schlägt vor, dass ein Zuschlag auf die Einkommensteuer erhoben werden soll. Das heißt: Erst recht ziehen dann alle hinaus aufs Land. Sie wollen also die Anreize zum Flächenverbrauch noch verstärken.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Seimetz CDU: Die bezahlt doch der Palmer gar nicht!)

Das Ergebnis Ihrer Politik ist: Solange die anderen etwas tun würden – ich nenne die Eigenheimzulage als Stichwort –, lehnen Sie es ab, da wird nichts gemacht.

(Abg. Döpfer CDU: Ökosteuer!)

– Die Ökosteuer wird blockiert. Wenn Sie selber im eigenen Wirkungsbereich etwas zu tun haben, wird die Fläche ordentlich versiegelt, zum Beispiel beim Straßenbau. Jede Straße, die nicht gebaut wird, ist für Sie ein Skandal. Von Flächenverbrauch spricht da kein Mensch. Das Ergebnis wird nicht eine Vielfalt der Landschaft sein, wie wir sie heute in Baden-Württemberg schätzen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wo schicken wir die jungen Familien hin? Auf den Mond, oder was?)

Nein, meine Damen und Herren, das Ergebnis Ihrer Politik wird ein einheitlicher, gesichtsloser „Siedlungsbrei“ in Baden-Württemberg sein. Vielleicht weckt Sie diese Rede auf, sodass Sie einmal bemerken, was im Land vorgeht.

(Abg. Seimetz CDU: Palmer auf den Mond! – Abg. Döpfer CDU: Palmer ist unerträglich! – Abg. Seimetz CDU: Palmer auf den Mond! Da gibt es noch Platz!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

(Abg. Mack CDU: Jetzt wirds lebhaft! – Abg. Döpfer CDU: Rede, Ort und Zeit verwechselt! – Abg. Seimetz CDU: Herr Mehrländer, sagen Sie etwas zur Einkommensteuer von Herrn Palmer!)

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abg. Palmer, die Antwort auf die Frage, warum der Wirtschaftsminister die Stellungnahme abgegeben hat, ist ganz einfach.

(Abg. Seimetz CDU: Er hatte zu viel Zeit!)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Der Wirtschaftsminister ist Raumordnungsminister, er ist Bauminister, er ist Städtebauminister, und er ist Wohnungsbauminister. Außerdem hat er die Stellungnahme zu dem Antrag im Einvernehmen mit dem UVM und dem MLR abgegeben. Alles hat also seine richtige Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: In diesem Fall hat er noch viel Zeit gehabt! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Es geht natürlich um die Umsetzung. Die Zahlen werden von niemandem bestritten, aber die Umsetzung, nämlich die Dämpfung des Flächenverbrauchs, ist eine sehr komplexe Aufgabe.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: In der Tat!)

Da spielen vielschichtige berechnete private und kommunale Belange eine Rolle, und zwar durchaus gegenteilig:

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ja, sicher!)

die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Wünschen hinsichtlich des Wohnens, des Wohnumfelds, der Mobilität, der Erholung, der Versorgung, der Infrastruktur.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Hinzu kommen die Standortanforderungen von Industrie, Gewerbe, Dienstleistungsunternehmen, die Belange der Land- und Forstwirtschaft, die Belange des Naturschutzes und das grundlegende Gebot der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Die Politik der Landesregierung hat zum Inhalt, dieser Komplexität Rechnung zu tragen.

(Zuruf von der SPD: Wie?)

– Das kann ich Ihnen sagen. Sie können sich den Umweltplan und den neuen Landesentwicklungsplan 2002 ansehen. Der Landesentwicklungsplan hat als neue wesentliche Weichenstellung zu einer nachhaltigen Raumentwicklung beizutragen, und er hat sich ausdrücklich das Ziel gesetzt – lesen Sie ihn bitte! –, die künftige Inanspruchnahme unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke deutlich zurückzuführen. Das heißt, der Landesentwicklungsplan 2002 bildet den Orientierungsrahmen für die räumliche Ordnung und Entwicklung des Landes, an dem alle räumlichen Planungen, insbesondere die Regionalplanung und die kommunale Bauleitplanung, aber auch die Fachplanung und die raumbezogenen Förderprogramme auszurichten sind und an den sie sich zu halten haben. Der Landesentwicklungsplan zielt also auf eine Doppelstrategie hin, die hier auch deutlich wurde: Schutz der Freiräume einerseits sowie räumliche Lenkung und Dimensionierung der Siedlungstätigkeit andererseits,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber es passiert nichts!)

um eben eine Zersiedelung zu vermeiden und den Flächenverbrauch zu dämpfen. Genau das ist darin als Ziel der Landesregierung erkennbar.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Regina Schmidt-Kühner SPD)

– Den Landesentwicklungsplan 2002 gibt es erst seit ein paar Wochen. Aber bitte nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass darin das Ziel besteht und wir daran arbeiten, es zu erreichen. Dafür steht die Landesregierung. Dafür steht der Wirtschaftsminister, und dafür stehe auch ich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Caroli SPD: Was das auch immer heißt! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber wenn man Ziele nicht erreicht, muss man zusätzliche Maßnahmen ergreifen!)

Genau dazu passen doch auch die Modellprojekte, die wir in Gang gesetzt haben. Denn – das brauche ich Ihnen doch nicht zu sagen – die Mitwirkung der Kommunen bei diesem Ziel ist ganz, ganz wichtig.

Als Zweites ist es ganz wichtig, zu bewirken, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Einschränkung des Flächenverbrauchs gebildet wird.

(Abg. Moser SPD: Immer bei den anderen!)

Dazu haben wir Modelle, Projekte auf den Weg gebracht. Sie sind genannt worden. Ich will Ihnen ganz kurz den aktuellen Stand mitteilen, da die Abfassung der Stellungnahme zu dem vorliegenden Antrag fast ein Jahr zurückliegt.

Stichwort Flächenressourcenmanagement: Es ist wirklich erfreulich, dass in den beiden Pilotkommunen Bad Wildbad und Bruchsal beachtliches Potenzial für eine Innenentwicklung in Form von Brachflächen und Baulücken erhoben worden ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das wusste man doch vorher!)

– Dann hätten wir es ja nicht gemacht. Wir erwarten, dass von den –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mit offenen Augen durch die Städte gehen!)

– Wenn Sie immer alles vorher wissen, Herr Abg. Palmer, dann bewundere ich Sie. Wir wissen das nicht vorher.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie sehen das nirgends!)

Wir erarbeiten das sauber anhand von Modellprojekten.

Wir gehen davon aus, dass diese Modellprojekte landesweit Signalwirkungen für die Bereitschaft der Kommunen haben, ein nachhaltiges Flächenmanagement zu betreiben.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wie bringt man das rüber? Der Fachkongress nächste Woche in Karlsruhe ist sehr wichtig – Innenentwicklung vor Außenentwicklung.

(Zurufe der Abg. Regina Schmidt-Kühner und Dr. Caroli SPD)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Das sind nämlich notwendige Informationen, die wir den Leuten, insbesondere den Kommunalpolitikern, nahe bringen werden.

Außerdem haben das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium begleitend noch ein Forschungsprojekt – Innenentwicklungskonzept – in Auftrag gegeben. Damit sollen Methoden zur Mobilisierung solcher Flächen entwickelt werden, um den Kommunen entsprechende Arbeitshilfen zur Verfügung stellen zu können. Dieses Forschungsprojekt steht kurz vor seinem Abschluss.

Frau Abg. Dr. Brenner hat auch das Modellprojekt des MLR „Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potenzials“ – abgekürzt MELAP – erwähnt. Es ist sehr erfreulich, dass dieses Projekt auf großes Interesse gestoßen ist. 200 Orte haben Anträge gestellt. 41 Anträge wurden in der ersten Stufe ausgewählt. Jetzt geht es um die zweite Stufe, von diesen 41 Projekten die besten zehn Konzeptionen herauszufiltern und schließlich zu fördern. Diese 41 Gemeinden haben zum 30. April 2003 ihre Ergebnisse bei den Regierungspräsidien und beim Landesamt für Flurneuordnung abgegeben. Jetzt wird mit dem Auswahlverfahren in der zweiten Stufe begonnen.

Das wird im Rahmen einer wissenschaftlichen Untersuchung begleitet. Ziel dieser Begleitung ist es, Auswahlkriterien für die zweite Stufe vorzuschlagen, die Auswahl zu unterstützen und dann die wesentlichen Erkenntnisse der ersten Stufe von MELAP in einer Veröffentlichung darzustellen. Danach können doch konkrete Ergebnisse erreicht werden. Wir müssen doch Schritt für Schritt vorgehen. Das tun wir auch.

Noch einmal: Eine Eindämmung des Flächenverbrauchs ist ohne aktive Mitwirkung der Kommunen nicht möglich – schon gar nicht in Konfrontation mit den Kommunen. Deswegen hat die Landesregierung auch weitere Projekte angestoßen.

Sehr wichtig als Information ist der statistisch-prognostische Bericht. Die Ergebnisse sind nicht befriedigend. Das ist völlig klar.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die sind katastrophal!)

Die Ergebnisse sind schlimm. Deswegen machen wir das, was ich schon beschrieben habe.

Es kommt noch etwas hinzu. Seit Mitte vorigen Jahres hat die Landesregierung einen interministeriellen Arbeitskreis „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ eingesetzt. Die Beratungen, auch zusammen mit den Kommunen, mit den kommunalen Landesverbänden, haben gezeigt, dass es ganz wesentlich auf Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung ankommt. Genau deswegen ist ein Ergebnis dieses Arbeitskreises, dass wir nächste Woche einen Fachkongress durchführen, damit von ihm Impulse ausgehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: In Berlin auf Kommissionen schimpfen und sich hier mit Kongressen herausreden! – Gegenruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Hättest du lieber Bußgelder? – Weiterer Gegenruf des Abg. Hauk CDU)

– Nein. Sie sagen immer, die Landesregierung solle selber etwas tun. Wir tun etwas.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Also, das ist doch in Ordnung.

Das Wirtschaftsministerium hat in sein Landeswohnraumförderungsprogramm 2003 einen Sonderprogrammteil „Attraktive Innenstadt“ aufgenommen. Was ist Inhalt dieses Programmteils? Bisher nicht oder mindergenutzte Brachflächen und größere Baulücken dem Wohnungsbau zuzuführen, um, was ja auch ganz wichtig ist, innerstädtisches Wohnen attraktiv und preiswert, erschwinglich zu machen – Stichwort: Revitalisierung der Innenstädte.

Hinzu kommt der von mir schon erwähnte Fachkongress.

Außerdem – das möchte ich an den Schluss stellen – wird das Wirtschaftsministerium im Jahr 2004 einen neuen Landesentwicklungsbericht vorlegen, der sich schwerpunktmäßig mit zwei Themen beschäftigen wird.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage –

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Kann ich das gerade zu Ende führen?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gerne. Bitte.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Sofort. Nur noch das.

Die zwei Schwerpunktthemen des Landesentwicklungsberichts 2004 sind demographischer Wandel und Flächeninanspruchnahme. Auch das ist eine wichtige Aufgabe zu dem Ziel, das ich gerade beschrieben habe.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Gestatten Sie die Zwischenfrage des Herrn Abg. Boris Palmer?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ja, bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Staatssekretär, wie bewerten Sie die Differenz der beiden folgenden Aussagen, die ich zitieren darf? Erstens die Aussage aus der vorliegenden Stellungnahme ihres Ministeriums:

Eine Besteuerung des Flächenverbrauchs wird vom Wirtschaftsministerium abgelehnt . . .

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Diese Einwände gelten prinzipiell auch hinsichtlich einer theoretisch denkbaren Orientierung der Grundsteuer an dem Flächenverbrauch.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

(Boris Palmer)

Die zweite Aussage stammt aus dem Landesumweltplan aus dem Ressort von Minister Müller. Dort heißt es:

Es ist zu prüfen, wie durch eine Umgestaltung der Grundsteuer Flächen sparendes Bauen geschaffen und damit der Handlungsspielraum der Kommunen erweitert werden kann.

Wie bewerten Sie die Differenz dieser beiden Aussagen?

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Dazu halte ich fest, dass die Stellungnahme der Landesregierung, über die wir heute sprechen, im Einvernehmen mit dem Umweltministerium erfolgt ist.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Eine sehr gute Antwort! Das heißt, Sie haben das Umweltministerium über den Tisch gezogen! Sie haben Ihre Meinung geändert!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Sie sehen, dass die Landesregierung und federführend der Wirtschaftsminister sich dieser sehr komplexen Aufgabe voll bewusst sind und Maßnahmen, Pläne und Projekte auf den Weg gebracht haben, um das Bewusstsein für diese Aufgabe zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/1010.

Abschnitt I des Antrags ist durch die Aussprache erledigt.

Wie wünschen Sie mit Abschnitt II zu verfahren? – Abstimmung. Kann ich darüber en bloc abstimmen lassen?

(Zuruf: Ja!)

Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/1010 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Abschnitt II des Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Umsetzung Juniorprofessur – Drucksache 13/1014

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Frau Abg. Bauer, bitte schön.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor kurzem, Anfang April, hat der Landesforschungsbeirat in Baden-Württemberg eine Stellungnahme veröffentlicht. Darin bezeichnete er die Juniorprofessur als Zukunftsmodell im Wettbewerb um die besten jungen Wissenschaftler und als Gegenmaßnahme gegen den drohenden Braindrain, also die Abwanderung qualifizierter Forscher in das Ausland, vor allem in die USA.

Sie, Herr Minister Frankenberg, haben diese Empfehlung des Landesforschungsbeirats begrüßt. Man muss sagen: Der Landesforschungsbeirat hat Recht. Die Einführung der Juniorprofessur ist ein wichtiger Schritt zur Modernisierung der Hochschullandschaft in Deutschland. Wie international üblich erhalten damit junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler direkt nach der Promotion die Möglichkeit, eigenständig zu lehren und zu forschen.

In der Tat fällt auf, dass Wissenschaftler, die im Ausland tätig sind oder waren, wenn man sie nach den Nachteilen des Wissenschaftsstandorts Deutschland fragt, bemerkenswert übereinstimmend antworten, diese lägen vor allem bei der Beschäftigung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Junge Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in Deutschland können nicht früh genug eigenständig forschen und lehren. Mit der Juniorprofessur, die jetzt von der Bundesregierung endlich auf den Weg gebracht worden ist, wird die Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland nachhaltig verbessert.

Diese Reform war auch nach Meinung des ehemaligen Wissenschaftsministers von Trotha überfällig. Ich komme heute schon zum dritten Mal auf Herrn von Trotha. Das wird wohl Gründe haben, die in der Hochschulreform liegen. Herr von Trotha sprach sich schon im Januar 2001 mit bemerkenswerter Deutlichkeit für die Juniorprofessur aus und forderte damals eine konzertierte Aktion von Bund und Ländern, um den besonders befähigten Nachwuchs im Hochschulbereich zu halten und gezielt zu fördern. Ich zitiere Herrn von Trotha:

Der hergebrachte Qualifikationsnachweis durch Habilitation hat schon jetzt an Bedeutung verloren. Die Habilitation muss daher als Einstellungsvoraussetzung entfallen.

Auch in der Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode findet sich unter der Überschrift „Die besten Köpfe für unsere Hochschulen“ ein ähnlicher Passus. Da steht – ich zitiere wieder –:

Wir streben eine Senkung des durchschnittlichen Erstberufungsalters bei Professoren an und verbessern die Perspektive hervorragender Nachwuchskräfte in der Wissenschaft, insbesondere durch die Einführung von Juniorprofessuren.

Von diesem rhetorischen Elan ist aber sowohl in der Stellungnahme zu unserem Antrag als auch in der konkreten Politik des Wissenschaftsministeriums seither nicht viel übrig geblieben. Man hat eher den Eindruck, Herr Frankenberg, Sie wollten sich nicht als Modernisierer, sondern als Zauderer profilieren. Die Antwort zu diesem Thema ist generell: Warten wir doch erst noch einmal ab. Zuerst wollten Sie wegen der anstehenden Bundestagswahl abwarten. In dieser Zeit war Blockade angesagt, sozusagen billige Wahlkampfmunition. Das hat Ihnen nichts genutzt. Dann wollten Sie warten – in der Stellungnahme verweisen Sie auch da-

(Theresia Bauer)

rauf –, weil einige Bundesländer gegen die 5. HRG-Novelle klagen. Mit einer solchen Haltung gießen Sie aber doch nur Wasser auf die Mühlen derer, die sagen, der Föderalismus sei die Hauptreformblockade und Handlungsblockade in diesem Land, weil man sich immer so schön hinter Kompetenzstreitigkeiten verstecken kann. Wenn man eine Sache für richtig und sinnvoll befunden hat, kann man auch jenseits der Klärung von Kompetenzfragen loslegen, das Richtige zu machen.

Im Übrigen klagen Sie inzwischen gegen die 6. HRG-Novelle oder haben angekündigt, dagegen zu klagen. Damit kippen Sie gleichzeitig die von den Grünen eingebrachte Übergangsregelung für Nachwuchswissenschaftler und Habilitierte.

Ein weiteres Argument, das Sie anführen, um das Nicht-handeln zu begründen, ein Argument für das Zuwarten, ist die hier im eigenen Land geplante Novelle der Hochschulgesetze im Jahr 2004. Man hat zurzeit den Eindruck – egal, über welchen Aspekt der Hochschulreform man redet –, dass sich in diesem Land die ganze Hochschulpolitik in Wartestellung befindet.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Habilitation sagen. Die Verfechter der deutschen Universitätstradition tragen ja die Habilitation gern wie eine Monstranz vor sich her. Man muss sehen, dass sie in vielen Fächern inzwischen de facto keine Rolle mehr spielt. Selbst in den Geisteswissenschaften gibt es gute Gründe, die gegen die Habilitation sprechen. Junge Wissenschaftler, die sich habilitieren wollen, sind mit der Habilitation über Jahre hinweg abhängig. Als Qualitätskriterium zählt einzig und allein ein umfassendes Werk, das in Einsamkeit geschrieben wird und danach in der Regel in der Schublade landet und von niemandem mehr gelesen wird. Die Leistungen, die junge Wissenschaftler in der Lehre oder durch Teamwork erbringen, werden dadurch überhaupt nicht berücksichtigt.

Meist ist die Habilitation verbunden mit einer ökonomisch ungesicherten Situation, und sie erweist sich – für mich das gewichtigste Argument – als eine Altersfalle; denn die Habilitierten sind zum einen als Erstberufene auf eine Professorenstelle zu alt, sie sind aber zum anderen auch zu alt, wenn sie keine Professorenstelle bekommen und auf den Arbeitsmarkt entlassen werden, wo sie aufgrund ihrer Spezialisierung ganz schlechte Startchancen haben.

Mit der neuen Regelung ist die Habilitation nicht mehr Voraussetzung für eine Berufung zur Professur. Gleichwohl kann man sie als so genanntes zweites Buch, wie in den Geisteswissenschaften, durchaus einbringen.

Ein weiterer Aspekt, auf den ich kurz eingehen möchte, ist die Frage: Nutzt die Juniorprofessur den jungen Wissenschaftlerinnen? Bei den bislang vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Juniorprofessorenstellen beträgt der Frauenanteil 25 %. Damit wird der Frauenanteil bei Habilitationen bei weitem übertroffen. Das straft all jene Lügen, die behauptet haben, die Habilitation sei ein Frauenförderprogramm, sie sei besonders auf die Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten. In dieser Weise hat auch Frau Schavan in diesem Hause argumentiert. Die Habilitation hat den Frauen niemals besonders genutzt. Umgekehrt

können Frauen mit der Juniorprofessur eher in der Wissenschaft Fuß fassen. Dennoch muss man sagen: Ein Frauenanteil von 25 % ist nur ein erster Schritt; das reicht nicht aus.

Ich freue mich, dass Sie – wie Sie auch in Ihrer Stellungnahme schreiben – uneingeschränkt die Zielsetzung teilen, den Frauenanteil in der Professorenschaft erheblich zu erhöhen. Ich meine, man müsste deshalb auch sofort damit beginnen, das Margarete-von-Wrangell-Habilitationsprogramm umzubauen und den neuen Gegebenheiten anzupassen, sodass es auch Frauen, die eine Juniorprofessur anstreben, zugute kommt.

Ein weiterer Aspekt: Wie wird die Juniorprofessur in Baden-Württemberg angenommen? Es zeigt sich, dass auch jetzt schon Universitäten und Hochschulen in Vorleistung treten und sehr interessiert daran sind, die Vorgriffsförderung, die durch den Bund angeboten wird, in Anspruch zu nehmen. In Baden-Württemberg sind inzwischen 29 Stellen ausgeschrieben, auf die sich über 300 Menschen beworben haben. Das zeigt, dass aus der Hochschullandschaft großes Interesse kommt.

Ich denke, es ist kein Wunder, dass die ersten Stellen in Baden-Württemberg an der Universität Konstanz eingerichtet wurden. Die Universität Konstanz ist nach den Erhebungen der Humboldt-Stiftung zugleich die attraktivste Universität in Deutschland für ausländische Wissenschaftler. Dort weiß man offensichtlich, was hochschulpolitisch angesagt ist.

Unser Antrag verfolgt das Ziel, Klarheit in Baden-Württemberg herzustellen und im Land attraktive Bedingungen für Juniorprofessuren zu garantieren. Wir fordern in diesem Zusammenhang von der Landesregierung, nicht länger und nicht unnötig zuzuwarten, sondern schnell einen eindeutigen und attraktiven Rahmen zu schaffen, damit sich Juniorprofessuren verstärkt etablieren können.

(Beifall bei den Grünen)

Die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben da einen anderen Zahn zugelegt und auch deutlich mehr Juniorprofessuren aus dem Bundesförderungsprogramm an sich gezogen. Wer jetzt schnell reagiert, kann auch die aus Bundesmitteln finanzierte Erstausrüstung in Anspruch nehmen.

Ich begrüße, dass Sie angekündigt haben, die Lehrverpflichtung für Juniorprofessoren in den ersten vier Jahren zunächst auf vier, in der zweiten Phase auf sechs Stunden wöchentlich festzulegen. Das entspricht genau unserer Forderung. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, dass Sie in der zweiten Phase die Möglichkeit eines Forschungssemesters einräumen, damit die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihr zweites Buch oder auch ein Forschungsprojekt abschließen können.

Ein letzter Punkt: Wissenschaft als Beruf betrifft nicht nur die Professorenschaft, sondern betrifft auch Tätigkeiten unterhalb der Professur. Nachwuchswissenschaftler, die oft in einem befristeten Arbeitsverhältnis stehen, brauchen ein neues Dienstrecht.

Wissenschaft benötigt ein neues Verhältnis zwischen Sicherheit und Flexibilität, weil Forschungstätigkeit zuneh-

(Theresia Bauer)

mend projektorientiert läuft und daher zunehmend wissenschaftliche „Projektkarrieren“ entstehen. Der BAT wurde für solche Formen von Berufstätigkeiten nicht geschaffen, ist dafür nicht geeignet und muss daher überwunden werden. Deshalb brauchen wir einen Wissenschaftstarifvertrag. Ich begrüße sehr, dass Sie in Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag geschrieben haben, das Land werde sich als Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder an der Erarbeitung eines Wissenschaftstarifvertrags beteiligen. Nun ist die TdL ja nicht gerade als – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Noch einen Satz.

Die TdL ist ja eher bekannt dafür, dass bei ihr der Fortschritt eine Schnecke ist und sie ein ausgesprochen langsames Gremium ist. Die Landesregierung, der Ministerpräsident, hat angekündigt, aus der TdL auszutreten. Ich hoffe, dass dieser Austritt dazu führt, dass Sie hier in Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle übernehmen und dann zeigen, dass man auch im Alleingang einen Wissenschaftstarifvertrag auf die Beine stellen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne gilt mein besonderer Gruß einer Delegation der Deutsch-Französischen Brigade, die ihren Sitz in Müllheim hat.

(Beifall im ganzen Haus)

Geleitet wird die Delegation vom Kommandeur der Deutsch-Französischen Brigade, Herrn Brigadegeneral Bernard Oberto, und seinem Stellvertreter, Herrn Oberst Eckart Klink.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Delegation wird begleitet vom französischen Generalkonsul François Etienne.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Delegation war heute Mittag im Staatsministerium und trifft nach dem Besuch im Landtag den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt.

Verehrte Gäste von der Deutsch-Französischen Brigade, ich wünsche Ihnen weiterhin einen angenehmen und informativen Aufenthalt in Stuttgart.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Klunzinger.

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrte Kollegin Bauer, von wegen Wartestellung! Baden-Württemberg ist ein reformfreudiges Land, insbesondere und gerade auf dem Gebiet der Hochschulgesetzgebung. Ich erinnere an die verschiedenen Reformvorhaben, die wir in den vergangenen Legislaturperioden umgesetzt haben

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

und die die Hochschullandschaft spürbar verändert haben. Wir wollen auf diesem Wege fortfahren.

Wir wollen dabei aber verständlicherweise unsere eigenen Vorstellungen verwirklichen. Schließlich ist das Hochschulrecht, schließlich sind Wissenschaft und Forschung ureigenste landespolitische Themen. Dass wir dabei sehr erfolgreich waren und sind und uns hinter niemandem, schon gar nicht hinter anderen Bundesländern zu verstecken brauchen,

(Abg. Fischer SPD: Immer das gleiche Geschwätz!
Langsam kann ich es nicht mehr anhören!)

zeigt eindrucksvoll das laufende Ranking, das unsere Hochschulen durchweg an vorderster Stelle platziert.

(Abg. Hillebrand CDU: Sehr gut!)

Ich kann sagen, die Hochschullandschaft in Baden-Württemberg ist gut aufgestellt und braucht keinen Vergleich zu scheuen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Nun betrifft das heutige Thema das Dienstrecht und somit die Rahmengesetzgebung des Bundes. Es ist sicher kein Geheimnis, dass wir dabei einem Teil der Regelungen distanzieren gegenüberstehen. Ich verweise hier auf die Tatsache, dass ja eine Klage gegen das Hochschulrahmengesetz anhängig ist, sodass nicht sicher ist, ob diese Veränderungen wirklich Bestand haben werden. Wir wissen es nicht. Ich erinnere an den alten Spruch: Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand.

(Abg. Fischer SPD: Zum dritten Mal heute!)

Warten wir das Urteil ab. Aber auf jeden Fall müssen wir dies zur Kenntnis nehmen.

Wenn man dann noch den vom Bund vorgegebenen Zeitraum für die Umsetzung, nämlich eine Dreijahresfrist, betrachtet, so muss man sagen, dass eigentlich kein Grund für Hektik oder übertriebene Eile besteht. Vielmehr ist es im Interesse der Sache, im Interesse des Landes und im Interesse der Hochschulen angebracht, den Zeitrahmen auszuschöpfen, um auch unter Berücksichtigung des aus unserer Sicht Erforderlichen das Beste daraus zu machen. Deshalb halte ich es durchaus für realistisch und angemessen, dass die Regierung, wie angekündigt, den weiteren Ablauf so vorsieht, dass die Überleitung, so sie erfolgen sollte, zum 1. Januar 2005 in Kraft treten könnte. Dem Land und den Hochschulen entstehen dadurch keine Nachteile, denn die Hochschulen können entsprechende Stellen nachträglich in Juniorprofessuren umwidmen. Wichtig ist bei dieser Umsetzung vor allem eine enge Abstimmung mit den betroffenen Institutionen, also eine Einbeziehung der Hochschulrektorenkonferenzen in die Entscheidungsfindung.

Was die Ausgestaltung der Juniorprofessuren anlangt, sind drei Dinge sachlogisch zu regeln – sie wurden schon genannt –: erstens Berufung und Ernennung, zweitens Zwischenevaluation und drittens der anschließende Übergang zur Vollprofessur.

Nun nennen Sie in Ihrem Antrag eine Reihe von Dingen, für die wir durchaus offen sind. Teilweise müssen wir aber

(Dr. Klunzinger)

über Ihre Vorschläge noch reden und sie sehr sorgfältig abwägen. So muss zum Beispiel bedacht werden, dass der Qualifikationsweg zu einer Professur zum Teil von den Spezifika der verschiedenen Fächer abhängt. Und dass die dienstrechtliche Stellung eines Juniorprofessors zeitlich so bemessen sein muss, dass sie dem Weiterqualifizierungscharakter dieser Stelle entspricht, ist eine Selbstverständlichkeit. Deshalb meinen auch wir, dass für die erste Phase vier und für die zweite Phase sechs Semesterwochenstunden das angemessene Maß der Lehrverpflichtung darstellen.

Mit den Vorgaben des HRG zu den Einstellungs Voraussetzungen und zur dienstrechtlichen Stellung können wir leben. Für die Berufung kann man ein vereinfachtes Berufungs- und Auswahlverfahren vorsehen. Einzelheiten müssen, wie gesagt, noch abgestimmt werden.

Auch dürfte es unstrittig sein, dass für positiv evaluierte Jungprofessoren die normalerweise vorgesehene Befristung bei der Berufung auf die erste Vollprofessur nicht mehr erforderlich ist. Und dass dabei eine wichtige Zielsetzung sein muss, den Frauenanteil zu erhöhen, findet auch unsere Zustimmung. Natürlich ist es ein Problem – das haben wir in anderen Fällen schon diskutiert –, dass die Festlegung von Quoten mit der Forderung kollidiert, dass ausschließlich die Qualifikation maßgeblich sein darf.

Ein großes Problem – da sehe ich eigentlich eher die Bewährungsprobe – ist die dienstrechtliche Befristung und die Überführung in die anschließende Position. Hier muss man entsprechende Stellen zur Verfügung haben, notfalls durch Umschichtung, aber es wäre naiv – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Klunzinger CDU: Ich komme gleich zum Ende. Darf ich gerade den Gedankengang noch zu Ende führen?

Angesichts der jetzigen Haushaltslage besteht wenig Anlass zu Euphorie. Das Thema ist komplex. Es kann hier nicht erschöpfend, schon gar nicht in fünf Minuten, diskutiert werden. Auch wenn die vom Bund gemachten Vorschläge nicht in allen Punkten unsere Zustimmung finden, werden wir sie trotzdem umsetzen, so das Bundesverfassungsgericht dies auch so sieht. Ein Gesetz braucht ja nicht geliebt zu werden; es genügt, wenn es beachtet wird. Aber wir wollen bei der uns verbleibenden Gesetzgebungsautonomie schon unsere eigenen Vorstellungen zum Ausdruck bringen. Das sind wir als Anwalt der Hochschulen unserem Land schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bregenzer.

Abg. Carla Bregenzer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der vorliegende Antrag beschäftigt sich nicht nur mit einem, sondern mit drei wichtigen wissenschaftspolitischen Themen, nämlich der Juniorprofessur, den Änderungen im Teil-

zeit- und Befristungsgesetz für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und mit der Einführung eines speziellen Wissenschaftstarifs. Wenn es in den vorgegebenen fünf Minuten schon schwierig ist, den einen Punkt, nämlich die Juniorprofessur, zu bearbeiten, dann ist es noch viel schwieriger, alle drei Punkte auch nur annähernd abzuhandeln.

Lassen Sie mich deshalb zu den drei Punkten, weil ich sie alle für sehr wichtig halte und weil alle drei zu Veränderungen in unserer Wissenschaftslandschaft führen werden, einige Bemerkungen machen, und zwar nur stichwortartig.

Zum Thema spezieller Wissenschaftstarif: Dazu hat Bundeswissenschaftsministerin Bulmahn zu Beginn der neuen Legislaturperiode verkündet, dass dies eines der zentralen Themen der neuen Bundesregierung im Hochschulbereich sein wird. Es ist erfreulich, dass der Wissenschaftsminister unseres Landes ankündigt, bei der Erarbeitung eines entsprechenden Tarifvertrags aktiv mitzuwirken. Es wäre interessant, zu wissen, in welcher Richtung er sich eine Mitwirkung vorstellt oder ob das Land Baden-Württemberg, nachdem es aus der Tarifgemeinschaft ausgestiegen ist, gar einen eigenen Wissenschaftstarif vereinbart und wie er denn ausgestaltet sein soll.

Das wird in jedem Fall kein leichtes Unterfangen werden, da lange existierende Besitzstände verändert werden müssen. In Zeiten knapper Kassen besteht bei den Betroffenen die aus Erfahrungen nicht unbegründete Sorge, die Einführung eines Wissenschaftstarifs entpuppe sich als Trojanisches Pferd der Finanzminister,

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

um auf elegantem Weg zu mehr Geld oder wenigstens nicht zu mehr Ausgaben zu kommen. Es ist noch nicht lange her, dass dieses Trojanische Pferd auftauchte, das nun den ursprünglichen und von allen gewollten Sinn der Dienstrechtsreform ins Gegenteil zu kippen droht.

Der zweite Punkt sind die Veränderungen beim Teilzeit- und Befristungsgesetz für den Wissenschafts- und Forschungsbereich. Das hat bei den Betroffenen in den letzten Monaten große Unruhe ausgelöst. Nicht wenige haben Angst vor dem abrupten Ende ihres Berufswegs, und in Ihrer Stellungnahme, sehr geehrter Herr Minister, die nun schon knapp ein Jahr alt ist, üben Sie sich in vornehmer Zurückhaltung. Mit den neuen Befristungsregelungen sollte einerseits die Anpassung an die allgemein üblichen Befristungsregelungen vorgenommen werden und sollten den Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb mehr Sicherheit und berufliche Perspektive geboten werden. Andererseits erscheint eben gerade dieser Bereich mit seinen spezifischen Anforderungen an Flexibilität und seinen erwünschten ungeraden Berufswegen nur schwer in vernünftigen Einklang dazu zu bringen zu sein. Das war ja dann auch ein Auslöser für Frau Bulmahn, den Wissenschaftstarifvertrag auf die Agenda zu setzen.

Mit der Einführung der Juniorprofessur hat die rot-grüne Bundesregierung einen lange geforderten neuen Baustein zur Internationalisierung der Hochschulen gelegt. Das wird vor allem an unseren Universitäten zu starken Veränderungen führen. Dort war der Weg zur Professur bisher ein sehr

(Carla Bregenzer)

langer, den viele als zu langen und mit allzu großer Abhängigkeit belasteten Karriereschritt beklagt haben.

Junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland können nun früher selbstständig lehren und forschen, und die Hochschulen können sich leichter öffnen. Wenn in den nächsten zehn Jahren rund die Hälfte aller Professoren in den Ruhestand gehen, werden viele ihrer Nachfolgerinnen und Nachfolger deutlich früher als sie selbst einmal eine Erstberufung erhalten. Das ist gewollt und notwendig. Neben der Verjüngung der Professoren-schaft und der größeren Flexibilität der Berufungen sowie dem leichteren Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft soll dieser neue Weg mehr Frauen ermutigen.

Dafür zu sorgen, dass dieser neue Weg der Selbstständigkeit sich nicht ins Gegenteil verkehrt, das ist eine Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen. Wie immer liegt die Tücke im Detail: Diejenigen, die sich zum Qualifikationsschritt der Habilitation nach altem Recht entschlossen haben, müssen die Sicherheit haben, dass sie auch zum Ziel kommen. Sie brauchen Vertrauensschutz.

Was in vielen Fachrichtungen schon heute problemlos möglich ist, stößt in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen noch auf Widerstand. Damit müssen wir konstruktiv umgehen.

Der Weg zur Lebenszeitprofessur muss so ausgestaltet sein, dass höchste Qualität des wissenschaftlichen Nachwuchses gewährleistet bleibt, und die notwendigen Stellen für die Juniorprofessuren sind auch in Zeiten absolut rigide gefahrener Haushalte zu schaffen.

Der letzte Aspekt ist der, der auch andere Bundesländer schon zum Handeln getrieben hat, nämlich aufgrund der Tatsache, dass es für die Schaffung von Juniorprofessuren Geld aus Berlin gibt. Deshalb haben Länder wie Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen schon im Vorgriff entsprechende Regelungen erstellt, sodass dort schon Juniorprofessuren eingerichtet wurden. In Niedersachsen ist die Juniorprofessur sogar schon Bestandteil des Hochschulgesetzes. Ich bin gespannt, Herr Frankenberg, wie denn der Stand in Baden-Württemberg ist und ob Sie über das, was die Kollegin Bauer vorhin an Zahlen nannte, hinaus schon neuere Zahlen haben und uns sagen können, wie die Perspektive für dieses Jahr aussehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der international renommierte Sprachwissenschaftler Mario Wandruszka hat sich im Jahre 1938 an der Universität Heidelberg für das Fach Romanische Philologie habilitiert. Er war damals im zarten Alter von 27 Jahren. Eine Habilitation in diesem Alter war damals natürlich nicht die Regel. Umgekehrt muss man sagen, dass es theoretisch auch heute denkbar ist, sich in einem solchen Alter zu habilitieren, aber natürlich nur im Ausnahmefall.

Generell hat das traditionelle Verfahren der Habilitation, wie wir es bis heute kennen, ganz wesentlich dazu beigetra-

gen, dass in Deutschland das Erstberufungsalter für Professoren bei durchschnittlich 41 Jahren liegt. Meine Damen und Herren, 41 Jahre – wenn diese Leute im Mittelalter gelebt hätten,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann hätten sie schon gar nicht mehr gelebt!)

hätten sie keine Chance gehabt, sich zu habilitieren, denn das durchschnittliche Sterbealter lag im Mittelalter bei 40 Jahren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Den 50-jährigen Kant redete man mit „Ehrwürdiger Greis“ an!)

Man sieht an diesem Beispiel schon sehr deutlich, dass es wirklich gute Gründe gibt, sich neben dem klassischen Habilitationsverfahren nach einem weiteren Weg der wissenschaftlichen Weiterqualifizierung nach der Promotion umzuschauen. Ich setze mich seit langem dafür ein – das ist bekannt –, dass eine solche Juniorprofessur auch in Baden-Württemberg auf den Weg gebracht wird; denn die Juniorprofessur ist eine Alternative zur klassischen Habilitation. Dieser Weg wird in anderen Ländern schon gegangen. Seine Einführung würde also auch eine sinnvolle Anpassung an internationale Standards bedeuten. Das wiederum heißt nichts anderes, als dass die Einführung der Juniorprofessur auch ein wichtiger Schritt zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen wäre. Damit liegt die Juniorprofessur durchaus auf der Linie der durchgeführten Hochschulreformen gerade auch in Baden-Württemberg.

Also, damit kein Zweifel besteht: Ich will diese Juniorprofessur auch in Baden-Württemberg. Insofern bin ich mit den Antragstellern einig. Ich bin aber nicht mit Ihnen einig, Frau Kollegin Bauer, wenn Sie fordern, dass in der Zukunft ausschließlich diese Juniorprofessur gelten soll. Ich bin der Meinung, dass wir zumindest für einen Übergangszeitraum sowohl die klassische Habilitation als auch die Juniorprofessur gelten lassen sollten.

Das ist genau der Vorwurf, den ich Ihnen mache. Wir haben heute Morgen im Zusammenhang mit dem Hochschulrahmengesetz darüber gesprochen. Auch hier handelt es sich um eine Gängelung der Länder. Wo steht geschrieben, dass man den Ländern nicht auch die Möglichkeit eines Nebeneinanders von klassischer Habilitation und Juniorprofessur lassen sollte? Ich bin der Meinung, dass wir uns auch in diesem Punkt die Gängelung durch den Bund nicht gefallen lassen sollten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist wiederum ein deutliches Beispiel für überholtes zentralistisches Denken, das ist wiederum ein Stück zurück nach Preußen, wie es an anderer Stelle gelautet hat. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedingungen und auch der unterschiedlichen Wissenschaftskultur in den einzelnen Disziplinen ist es eben nicht angemessen und damit grundsätzlich kontraproduktiv, wenn in der Zukunft die klassische Form der Habilitation ausgeschlossen wird.

(Abg. Fischer SPD: Frau Bregenzer möchte nicht nach Preußen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Vielleicht einmal besuchsweise!)

(Pfister)

Meine Damen und Herren, der baden-württembergische Weg, wie wir ihn jetzt vorschlagen, die landesrechtliche Umsetzung der Dienstrechtsreform zum 1. Januar 2005 vorzusehen, wird genau durch folgende Punkte begründet:

Erstens: Das neue Dienstrecht nach dem Hochschulrahmengesetz enthält keine Überbrückungsmöglichkeiten für diejenigen qualifizierten Wissenschaftler, die nach Beendigung ihrer Juniorprofessur oder nach Abschluss der Habilitation noch keine unmittelbare Anschlussstelle finden können.

Zweitens wird die landesrechtliche Umsetzung der Dienstrechtsreform nur gemeinsam mit der Besoldungsreform erfolgen können, und dafür ist eben das Datum 1. Januar 2005 ins Auge gefasst.

Der dritte Punkt ist bereits erwähnt worden: Gegen diese Novelle des Hochschulrahmengesetzes sind Normenkontrollklagen anhängig.

Deshalb spricht vieles dafür, auch wenn man grundsätzlich für diese Juniorprofessur ist – und ich bin dafür –, zunächst einmal abzuwarten, welche Regelungen in der Zukunft tatsächlich Bestand haben werden, und dann die Zeit zu nutzen, um die Details mit den Betroffenen zu besprechen. Meine Damen und Herren, wenn Sie mir schon nicht glauben, dass dies ein vernünftiger Zeitplan ist, dann sollten Sie das vielleicht der Hochschulrektorenkonferenz abnehmen, die genau diesen Zeitplan, Herr Minister, bestätigt hat und für gut befunden hat. So werden wir das auch tun.

Gehen Sie davon aus, dass das Land Baden-Württemberg in hohem Maße daran interessiert ist, das neue Institut der Juniorprofessur bei uns einzuführen. Ich halte das für eine wichtige Alternative zur klassischen Habilitation.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Professor Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will in meinem mündlichen Beitrag nicht die schriftlichen Ausführungen wiederholen, sondern Ergänzendes erwähnen, vor allem auch, was sich in der Zwischenzeit ergeben hat.

Zunächst einmal betrachten wir, die Landesregierung, die Juniorprofessur durchaus als eine Innovation im Sinne unserer baden-württembergischen Hochschulreform. Die Qualifikation, das heißt eine möglichst frühzeitige Forschungsqualifikation in größerer Freiheit und Unabhängigkeit, aber nicht unbedingt in Einsamkeit, ist sinnvoll.

Die Frage, warum wir die Gesetzgebung – und zwar den Gesamtkontext von Dienstrechtsreform und Juniorprofessur – erst zum 1. Januar 2005 umsetzen, hängt in erster Linie damit zusammen, dass wir das im Gesamtkontext der Hochschulreform machen, und in zweiter Linie damit, dass wir wegen der Problematik des Übergangs von C 2 auf C 3 für Fachhochschulprofessoren diese Übergangszeit möglichst nutzen wollen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Die brauchen wir aber auch!)

Das bedeutet aber nicht, dass wir jetzt keine Juniorprofessuren einführen, sondern die Einführung ist auf der Basis von C-1-Stellen – wie in anderen Bundesländern auch – möglich. Wir begrüßen durchaus die Einrichtung von Juniorprofessorenstellen an unseren Universitäten, wie in Konstanz. Aber wir schreiben sie nicht vor. Wir werden das auch in Zukunft nicht vorschreiben, weil dies eine Frage der Hochschulautonomie ist. Konstanz hat damit begonnen. Ulm geht diesen Weg mit. Ich kann im Moment aber nicht sagen, ob es mehr als die 29 Stellen gibt, da wir nicht an den Berufungsverfahren beteiligt sind und es keine Meldepflicht für die Besetzung von C-1-Stellen mit Juniorprofessoren gibt.

Wir streben mittelfristig an, 50 % der Qualifikationsstellen, die wir im Land haben, als Juniorprofessorenstellen oder Juniorprofessorinnenstellen auszuscheiden. Das heißt, wir gehen davon aus, dass die Qualifikation in der Hälfte der Fälle über die Juniorprofessur erfolgen wird.

Weil wir diese Einrichtung für sinnvoll halten, klagen wir auch nicht gegen die 5. HRG-Novelle, das heißt gegen die Juniorprofessuren.

Im Gegensatz zur Bundesregierung wollen wir allerdings die verschiedenen Alternativen zwischen der Qualifikation über eine Juniorprofessur, der Habilitation oder dem dritten Weg, der eigentlich schon fast der üblichste geworden ist, nämlich aus einer Berufsumgebung in eine Professur zu kommen, offen halten.

Ich möchte kurz auf die Bedeutung des Unterschieds zwischen Habilitation und Juniorprofessur eingehen, weil ich glaube, dass diese Differenz zum Teil überhöht wird und geringer ist, als sie manchem erscheint.

Zunächst einmal erfolgt auch die Habilitation de jure in Freiheit. Sie erfolgt auf C-1-Stellen, die auf sechs Jahre befristet sind. Die Juniorprofessur ist über die W-1-Stellen auch auf sechs Jahre befristet. Das heißt, der Ersatz der Habilitation durch die Juniorprofessur führt nicht per se zu einer Verkürzung der Qualifikationszeit, denn sechs Jahre sind sechs Jahre. Das heißt, wenn man nicht im internen Verfahren wirklich die Verkürzung lebt, wird es zu keiner Verkürzung kommen. Dies gilt genauso für die Unabhängigkeit. Wenn man die Unabhängigkeit der Juniorprofessuren, die wir wollen, nicht wirklich realisiert, wird auch diese Innovation nicht gelebt werden, und dann wird sie nicht erfolgreich sein.

Das Zweite ist: Für die Habilitation wird häufig angeführt, dass es Fächer gibt, in denen ein so genanntes zweites Buch geschrieben werden muss. Das ist richtig. Das kann über die Habilitation geschehen, kann aber natürlich genauso gut über die Juniorprofessur geschehen.

Es gibt noch einen dritten Punkt. Der große Vorteil des Habilitanden oder der Habilitandin ist, schließlich ein Zertifikat zu bekommen, auch wenn kein Ruf erfolgt. Wir werden natürlich auch für die Juniorprofessoren und -professorinnen, die ausscheiden, ein Zertifikat ausstellen müssen; denn es gibt einen Anspruch auf ein Zeugnis für geleistete Arbeit.

(Minister Dr. Frankenberg)

Wenn man dies alles macht, also das große Buch ermöglicht und nach der Juniorprofessur ein Zertifikat ausstellt, auch wenn nicht berufen wird, bedeutet das, dass die Unterschiede zwischen Juniorprofessur und Habilitation, wenn beides wirklich in Freiheit, wie es dem Gesetz entspricht, und in der kürzestmöglichen Zeit durchgeführt wird, eigentlich relativ gering werden und dann ein Auslaufen der Habilitation auch zu wenig Verwerfungen führen wird.

Der große Nachteil der Bundesgesetzgebung sind die strikten Regelungen einer Befristung auf zwölf Jahre, in die zum Beispiel auch Hilfskraftzeiten eingerechnet werden, was ich für völlig unzulässig halte. Dies muss geändert werden; das streben wir an.

Eine große Reform, Frau Bauer, wären in der Tat die Abkehr vom BAT, der überhaupt nicht wissenschaftsadäquat ist, und die Einführung eines Wissenschaftstarifvertrags. Wenn unser Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft dies befördern kann, wäre das schon ein großer Vorteil des Ausstiegs von Baden-Württemberg aus dem Geleitzug von Bund, Ländern und Gemeinden.

Was uns bei der Juniorprofessur noch wichtig ist, ist nicht allein die Juniorprofessur als solche, sondern auch das, was danach geschieht. Die Juniorprofessur ist kein Wettbewerbsvorteil für das Land, wenn es nicht zu einer Art Tenure-Track kommt, das heißt, wenn nicht entsprechende Anschlussqualifikationen ermöglicht werden. Niemand kommt aus Amerika hierher, wenn nach sechs Jahren keine Perspektive mehr gegeben wird. Wir wollen ja die guten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch zurückholen, etwa aus den Vereinigten Staaten.

Deshalb werden wir W-2-Stellen auf Zeit schaffen, in die qualifizierte Juniorprofessoren und -professorinnen berufen werden können, um eine Anschlussperspektive zu haben. Wir werden es den Universitäten sogar gestatten, W-3-Stellen für künftige Besetzungen durch bestimmte Juniorprofessoren und -professorinnen zu reservieren, die sie schon berufen haben. Dann muss die weitere Berufung allerdings in einem ordentlichen Verfahren erfolgen und darf nicht qua Hausgestaltung durchgeführt werden.

Das heißt, wir wollen wirklich bislang als einziges Land im Anschluss an die Juniorprofessur das realisieren, was der große Vorteil der amerikanischen Universitäten ist, nämlich Tenure-Track auf qualitativ eindeutigen Niveau mit guter Auswahl. Erst dann – und nicht nach dem, was die Bundesregierung verabschiedet hat – sind wir wettbewerbsfähig.

Insofern wird aus der Idee der Juniorprofessur, die ja auch eine Idee der Hochschulrektorenkonferenz war, erst in Verbindung mit Tenure-Track etwas Vernünftiges. Wir haben ja auch – das ist gesagt worden – die Lehrverpflichtung so ausgestaltet, dass Zeit zur Forschung und Zeit zur Qualifikation bleiben.

Das Wichtigste, was wir gemeinsam erreichen müssen, ist allerdings das, was bei jeder Hochschulreform wesentlich ist, nämlich dass die Einrichtung der Juniorprofessur wirklich mit der Intention und Motivation durchgeführt wird, in der sie gedacht ist. Denn nur eine wirklich gelebte Reform

ist eine gelungene Reform. Eine rein gesetzmäßige Umsetzung führt noch nicht zum Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung des Antrags Drucksache 13/1014.

Abschnitt I ist durch die Aussprache erledigt.

Möchten Sie, dass über die Abschnitte II bis IV getrennt oder en bloc abgestimmt wird?

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: En bloc!)

Wer den Abschnitten II bis IV des Antrags Drucksache 13/1014 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Abschnitte II bis IV des Antrags sind mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 24. Februar 2003 – Der Europäische Konvent bei Eintritt in die Phase der Formulierung – Drucksachen 13/1854, 13/1910

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nach der Vorlage erster Ergebnisse des Konvents haben wir allen Grund, optimistisch zu sein, was das Gesamtergebnis des Konvents betrifft. Der Konvent bringt eine klarere Zuständigkeit zwischen den europäischen Ebenen Parlament, Kommission und Ministerrat. Er bringt eine Entflechtung der europäischen, der nationalen und der regionalen Ebene, und er bringt ein Mehr an Demokratie mit sich.

Die Richtung stimmt. Das zeichnet sich schon jetzt ab. Wir danken unserem Kommissionsmitglied, Herrn Ministerpräsident Erwin Teufel, ganz herzlich für seinen außerordentlich großen und fruchtbaren Einsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Kretschmann GRÜNE und Moser SPD – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Er hat mit dafür gesorgt, dass der Frage der Subsidiarität und damit den Interessen des Landes und des Landtags große Aufmerksamkeit geschenkt wird.

(Unruhe)

Er hat dafür gesorgt, dass sich der Konvent nicht nur als Organ zur Abwehr von EU-Kompetenzen versteht, sondern

(Dr. Inge Gräßle)

dass der Vertiefung und der Verbesserung der Zusammenarbeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird, dort nämlich, wo das sehr, sehr nötig ist: in der Verteidigungspolitik und in der gemeinsamen Außenpolitik. Wie nötig das ist, haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten gesehen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe im Plenum bitten.

(Beifall des Abg. Capezzuto SPD)

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wir sind sehr erfreut, dass gerade der Konsens darüber am größten ist, dass Außenpolitik und Verteidigungspolitik den eigentlichen Kernbereich der Zuständigkeiten der Gemeinschaft bilden. Wir haben gesehen, welche großen Nachteile es hat, wenn Europa isoliert ist, weil es sich nicht einig ist, auch wenn diese Isolation auch durch die rot-grüne Bundesregierung sehr mutwillig herausgefordert wurde.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Jetzt mal! Was heißt denn „mutwillig“?)

Wir wollen selbstverständlich die Endergebnisse des Konvents abwarten. Aber lassen Sie mich die bisherigen, teilweise außerordentlich spannenden und richtungweisenden Arbeitsergebnisse bewerten.

Grundsätzlich sind wir mit der spanischen Außenministerin, Frau Palacio Vallelersundi, einig, die vor wenigen Tagen in Stuttgart formuliert hat,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Es wäre besser, ihr wärt mit dem eigenen Außenminister einig!)

dass die EU-Kompetenzen dort liegen sollten, wo die Bürger einen Mehrwert durch europäisches Handeln haben.

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt wird es spanisch! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Die Spanier haben beim Papstbesuch gezeigt, auf wessen Seite sie stehen!)

Für die Bürgerinnen und Bürger ist die Grundrechtecharta der unmittelbare Berührungspunkt mit der europäischen Ebene. Wir begrüßen, dass sie ein integraler Bestandteil der europäischen Verfassung mit rechtlich bindender Wirkung sein soll, und wünschen, dass der Europäische Gerichtshof und das erstinstanzliche Gericht mit Zuständigkeiten zur Wahrung der Grundrechte ausgestattet werden.

Wir begrüßen auch die vorgeschlagene Aufnahme des Begriffs der sozialen Marktwirtschaft in den Verfassungstext und legen großen Wert auf Begriffe wie Wettbewerb und Eigenverantwortung. Sie müssen einen zentralen Stellenwert bekommen, um die Ziele der sozialen Marktwirtschaft in dieser neuen, dynamischen Gemeinschaft auch wirklich realisieren zu können.

Wir wollen, dass die christlich-jüdischen Wurzeln Europas und ihre Bedeutung für das geistige und kulturelle Europa in der Verfassung ihren Niederschlag finden.

Für uns im Landtag ist die Frage der Subsidiarität außerordentlich wichtig. Im Europa der 25 – vielleicht sind es bald

noch mehr Staaten – muss sich Europa auf die europäischen Kernaufgaben beschränken. Wir brauchen also eine Festbeschreibung der EU-Zuständigkeiten und sehen mit Sorge, dass dies im Konvent bislang nicht mehrheitsfähig ist.

Die bislang angedachte Aufgliederung in ausschließliche und geteilte Zuständigkeiten sowie ergänzende Aktionen reichen nach Meinung der CDU-Landtagsfraktion nicht aus. Wir stellen uns auch vor, dass das Subsidiaritätsprinzip schärfer formuliert werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wahrheit ist ja bekanntlich konkret. Gerade in diesem Bereich der Subsidiarität brauchen wir besser abgegrenzte Zuständigkeiten als jetzt. Deshalb stehen wir voll und ganz hinter der Forderung der Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ des Konvents, eine Art Frühwarnsystem der nationalen und regionalen Parlamente zur vorbeugenden Kompetenzkontrolle einzurichten.

Ohne eine Verfassungskammer zur Klärung von Streitfragen werden wir nicht auskommen, liebe Kollegen. Denn nur mit einer solchen Kammer ist gesichert, dass das direkt gewählte Parlament des Landes Baden-Württemberg, dass wir unsere Interessen auch wirklich einbringen können.

Die erste Regionendebatte des Konvents hat uns hier Hoffnung gemacht auf eine Subsidiaritätsprüfung, die die jeweils betroffene Gebietskörperschaft mit einbezieht. Wir unterstützen dies nachdrücklich, auch für unsere Kommunen, auf deren Selbstverwaltungsrecht wir pochen. Wir fordern ein Klagerecht für die Regionen ein und geben dies dem Ministerpräsidenten auch mit auf den Weg, wohl wissend, dass hier die Interessen besonders stark divergieren.

Lassen Sie mich feststellen, dass Baden-Württemberg, Deutschland, ja ganz Europa dem Handeln der EU-Kommission und ihrer Sorge um gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa einen Teil des wirtschaftlichen Wohlstands verdanken.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Wir wollen, dass die EU-Kommission auch in Zukunft ihre Arbeit für Wachstum und Beschäftigung in Europa tun kann. Diese Zuständigkeit darf aber nicht das Trojanische Pferd einer schleichenden Vergemeinschaftung sein. Europa ist inzwischen mehr als eine Freihandelszone. Die Integrationskraft muss Schritt halten mit einem atemberaubenden Tempo von Erweiterung und Vertiefung.

Wir müssen die Bürger dabei mitnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen den Bürgern die Chance geben zu verstehen und auch mitzukommen. Nur mit wirklichen Reformen kann dies gelingen. Die CDU-Landtagsfraktion Baden-Württembergs ist dazu bereit und unterstützt die Arbeit des Konvents.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Abg. Herrmann CDU: Ein weiterer Kandidat für das Europaparlament! – (Abg. Reichardt CDU: Nach der Rede kann er nur noch abrutschen!)

Abg. Maurer SPD: Ich begrüße Frau Dr. Gräble ausdrücklich im Klub.

(Heiterkeit)

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Kollegin Gräble hat pflichtgemäß den außerordentlichen Fleiß des Herrn Ministerpräsidenten gewürdigt. Ich schließe mich dem an. Der Ministerpräsident ist als Mitglied des Konvents außerordentlich fleißig.

(Abg. Alfred Haas CDU: Prima! – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräble CDU)

Die Frage, ob dieser Fleiß zielführend ist, liebe Frau Kollegin, werden wir anhand der Ergebnisse des Konvents beurteilen.

(Abg. Wieser CDU: Es sind ja auch SPD-Leute drin! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Gott sei Dank! – Gegenruf des Abg. Kübler CDU: Mario, nicht so laut!)

Die Kernfrage hat Frau Kollegin Gräble auch angesprochen, allerdings sehr optimistisch. Im Ergebnis wird es jetzt darum gehen, ob wir nach den Ergebnissen des Konvents und der dazu dann stattfindenden Regierungskonferenz in einen Zustand einer erweiterten Freihandelszone zurückfallen oder ob wir auf dem Weg einer Staatsbildung vorankommen. Das Wort „Staatsbildung“ nehme ich ganz bewusst in den Mund, weil das in der Tat die Weichenstellung ist, um die wir da ringen.

Ich hätte es ganz schön gefunden, wenn die Delegation der Deutsch-Französischen Brigade jetzt anwesend gewesen wäre,

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja! – Beifall der Abg. Fischer SPD und Dr. Noll FDP/DVP)

weil das in der Tat einer der entscheidenden Punkte ist. Wir stehen vor der Frage, ob die Europäische Union auf dem Feld der Außenpolitik, auf dem Feld der Sicherheitspolitik, in der Frage einer gemeinsamen Außengrenze eines entsprechenden Grenzregimes und auch der Sicherung dieser Außengrenze die notwendigen Schritte in Richtung Staatsbildung geht oder ob sie das nicht schaffen wird. In der Tat ist die wiedergefundene deutsch-französische Einigung ein entscheidender Motor auf diesem Weg. Und in der Tat stehen wir auch vor der sehr entscheidenden Frage, ob wir auch auf dem Feld der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik zum Mehrheitsprinzip in der Europäischen Union kommen.

Der erste Testfall wird sein, ob wir, wie sich das bisher optimistisch entwickelt hatte, zu einem sehr weitreichenden gemeinsamen Entwurf des Konvents kommen, der dieses Mehrheitsprinzip festschreibt, der auch die entscheidenden Schritte auf dem Feld der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik bis hin zur Notwendigkeit des Aufbaus von Streitkräften der Europäischen Union geht, oder ob wir – es gibt ja neuerdings auch kontroverse Debatten darüber – einen Prozess erleben, der auf der Ebene des Konvents das widerspiegelt, was wir an sehr unterschiedlichen außenpolitischen Orientierungen in Europa vor dem Hintergrund des Irak-Kriegs gesehen haben.

Deswegen will ich ausdrücklich die Tatsache unterstreichen und auch würdigen – Sie haben dazu nichts gesagt –, dass sich Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg auch in der Frage der Schaffung einer europäischen Souveränität auf dem Feld der Verteidigung jetzt als Motoren in die öffentliche Diskussion begeben haben. Ich habe schon bei früheren Gelegenheiten gesagt, dass der Post-Nizza-Prozess ausdrücklich vorgesehen hat, dass einzelne Staaten der Europäischen Union in der Abgabe von Souveränitätsrechten vorangehen können. Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg – ich denke, andere werden sich anschließen – haben sich dazu entschlossen, auf dem Feld der Verteidigung weiter gehend Souveränitätsrechte abzugeben, und zwar nicht – das will ich ausdrücklich betonen – in globaler Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten – die Vereinigten Staaten werden, so hoffe ich, auch wieder einmal eine andere Regierung haben als die derzeitige –,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

aber in der Absicht, neben die Vereinigten Staaten einen eigenständigen Pfeiler, auch einen militärischen Pfeiler der Europäischen Union zu stellen.

Übrigens ist mir die Haltung der Union in Deutschland in dieser Frage sehr unklar. Ich will das ausdrücklich sagen.

(Abg. Knapp SPD: Wie überall!)

Sie haben dazu heute auch nichts gesagt. Wir sind entschieden für einen Weg der europäischen Emanzipation. Ich sage das ganz deutlich. Wir sind im so genannten alten Europa eine Wertegemeinschaft – das haben Sie angedeutet, liebe Frau Kollegin –,

(Abg. Teßmer SPD: Aber sehr dünn!)

die sich allerdings nicht vom angelsächsischen Kapitalismusmodell herleitet. Weil Sie ja derzeit den Debatten in unserer Partei so große Beachtung schenken, will ich Sie darauf hinweisen, dass die Vorstellung von Nichtentwicklung oder Rückführung von Sozialstaat auch nicht der katholischen Soziallehre entspricht.

(Abg. Capezzuto SPD: Überhaupt nicht!)

Da vertraue ich übrigens auf die anhaltenden Grundüberzeugungen des verehrten Ministerpräsidenten. Aber auch das werden wir würdigen.

Wir wünschen uns eine Europäische Union, die ein europäisches Sozialstaatsmodell beinhaltet, eine Europäische Union, die selbstbewusst auch in den globalen Fragen der Politik auftritt, auch auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik, und in der Tat – da stimmen wir überein – auch eine Europäische Union, die sich den Feldern zuwendet, für die sie geeignet ist, und die Felder, die vor Ort besser gelöst werden können, regionalen und nationalen Ebenen überlässt. Da kommen wir, glaube ich, voran.

Es wird so sein, dass die europäische Ebene in jedem Fall, bei jeder Vorlage die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips wird nachweisen müssen. Im Zweifel wird es Klagerechte geben. Es wird dann auch eine Rechtsprechung geben, die das klärt. Wenn wir das verknüpfen können – auch da ziehen wir an einem gemeinsamen Strang – mit einer Neuord-

(Maurer)

nung der föderalen Strukturen in Deutschland, dann kommen wir, denke ich einmal, zu einem klaren Staatsaufbau.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Maurer SPD: Liebe Frau Präsidentin, ich werde Sie an Ihrem Abflug in die Steiermark nicht hindern.

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Sie haben Ihre Redezeit überschritten.

Abg. Maurer SPD: Ja, das verbindet sich ja beides.

(Heiterkeit)

Also, liebe Frau Kollegin und liebe Union, auch in der Frage der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik so klare Bekenntnisse wie in der Frage des Subsidiaritätsprinzips. Dann wird sich der Fleiß des Ministerpräsidenten lohnen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Herrmann CDU: Auch ein Kandidat für das Europaparlament!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute nicht nur den Girls' Day, sondern wir haben diese Woche auch die Europawoche, die im ganzen Land von den Kommunen genutzt wird, um kommunale Partnerschaften zu pflegen und das Thema Europa auch vor Ort für den Bürger greifbarer zu machen. Das Interesse muss noch geweckt werden. Allerdings habe ich bei meinen Diskussionen vor Ort den Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl die Vorteile des gemeinsamen Europa genießen, gleichwohl aber auch bei der aktuellen Wirtschaftslage große Sorgen haben, was die EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder angeht, die ja in weniger als einem Jahr vollzogen wird. Noch ist nicht ganz klar, ob alle Volksabstimmungen in den Beitrittsländern tatsächlich positiv ausfallen. Wir hoffen dies, weil wir glauben, dass damit eine Zone der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwungs in Europa geschaffen werden kann.

Im Konvent wird eine europäische Verfassung, ein europäischer Verfassungsvertrag diskutiert, in dem es darum geht, wer wofür zuständig ist. Ich denke, diese Diskussion ist wichtig und sollte auch innerhalb der Bevölkerung breiter geführt werden. Deshalb wird innerhalb unserer Fraktion sehr stark darüber nachgedacht, ob das fertige Werk des Verfassungsvertrags nicht einer Volksabstimmung unterworfen werden sollte.

Es gibt viele, die davor Angst haben und die das Gefühl haben, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik diesem Verfassungsvertrag möglicherweise nicht zustimmen werden. Andere europäische Länder werden ihn ihren Bürgerinnen und Bürger auf jeden Fall zur Abstimmung vorlegen. Wir meinen, eine solche Volksabstimmung

könnte ein gutes Mittel sein, um das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Europäischen Union, an diesem gemeinsamen Europa zu stärken.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut! Der Bürger entscheidet! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Dann müssten wir tatsächlich auch verstärkt in die Argumentation gehen. Wir glauben, dass das richtig und notwendig wäre. Es wäre auch eine gute Gelegenheit, Unwissenheit auszuräumen und Interesse für Europa zu wecken.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Bei dieser europäischen Verfassung sind wir uns in den Mitgliedsländern auch über die Parteigrenzen hinweg nicht in allen Punkten einig. Es gibt ein Ringen um die Fragen, wie stark die Kommission werden soll, wie stark das Parlament werden soll und wie stark der Rat der Regierungschefs bleiben soll.

Wir als Liberale treten für eine nachhaltige Stärkung des Europäischen Parlaments ein, weil wir der Meinung sind, dass die Entscheidungen auf europäischer Ebene, die heute schon sehr viele Lebensbereiche beeinflussen, einer starken parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden sollen. Wir sind auch der Meinung, dass es nur konsequent ist, dass die Europäische Kommission in ihren Entscheidungen gestärkt wird.

Allerdings muss das europäische Handeln auf wenige geeignete Bereiche beschränkt werden. Das heißt, wir wollen nur wenige Bereiche, in denen Europa zuständig ist, zum Beispiel eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik, damit die Bürger in allen Mitgliedsstaaten zu ihrem Recht kommen und vor Verbrechen geschützt werden, damit das Verbrechen grenzübergreifend bekämpft wird. Das sind die zentralen Felder.

Wir wollen keine Harmonisierung um jeden Preis auf allen Politikfeldern. Wir wollen den Wettbewerb der Systeme vor allem bei der Wirtschafts- und Sozialpolitik, weil wir der Meinung sind,

(Abg. Teßmer SPD: Nicht bloß ihr!)

dass die Regionen, die Bundesländer und die Mitgliedsstaaten, denen es gelingt, durch effiziente Staatsorganisation niedrigere Steuersätze zu erheben, Vorteile haben sollten und durch diesen Wettbewerb gerade auch bei den Steuersätzen Unternehmen anziehen können sollten

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

und somit auch Innovation beim Verwaltungshandeln belohnt wird und nicht alles in einer Harmonisierung erstarrt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist das Ziel der FDP/DVP, und wir hoffen, dass es den Konventsmitgliedern der deutschen Länder, in diesem Fall unserem Ministerpräsidenten, aber auch den Vertretern aus den anderen Mitgliedsstaaten gelingt, diesen Interessen der Regionen mit gesetzgeberischer Kompetenz zum Durch-

(Theurer)

bruch zu verhelfen. Ich glaube, dass gegenüber der ursprünglichen Diskussion schon sehr viel erreicht worden ist, und möchte dem Ministerpräsidenten hier ausdrücklich unseren Dank für seinen Einsatz im Dienste der deutschen Länder aussprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, auch die Klagerechte sind uns besonders wichtig. Darauf möchte ich abschließend in einem Satz hinweisen. Klar ist, dass die Kompetenzordnung auch in Form eines Verfahrens überprüft werden muss. Wir hoffen, dass in dieser Verfassung auch ein Klagerecht für die Regionen oder zumindest für den Bundesrat seinen Niederschlag findet.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Denn die besten Garantien bringen nichts, wenn man ihre Einhaltung nicht einklagen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir dürfen uns nichts vormachen. Der Konventsprozess tritt jetzt in eine ganz schwierige Phase, in der es darauf ankommt, ob diejenigen, die für mehr Integration sind, dort eine Mehrheit bekommen oder ob sich diejenigen durchsetzen, die auf mehr nationalstaatlicher Eigenständigkeit beharren.

Ich meine, Konventspräsident Giscard ist da in unguter Weise vorgeprescht. Aber das Konventspräsidium hat seine Vorstöße Gott sei Dank korrigiert. Ich glaube, dass wir so, wie das Ergebnis jetzt aussieht, keinen sehr starken Ratspräsidenten, wie Giscard das offensichtlich wollte, bekommen werden. Es wird zwar einen geben, weil natürlich bei einer EU der 25 eine sechsmonatige Rotation nicht mehr angebracht ist, er wird aber nicht so gestärkt, dass er eine echte Konkurrenz zur Kommission wird. Das finde ich als Ergebnis schon ganz wichtig.

Ich glaube, dass die Doppelhutkonstruktion eines europäischen Außenministers, der in Personalunion sowohl die Kompetenzen des EU-Außenkommissars als auch die Kompetenzen des Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik des Ministerrats besitzt, eine gute und richtige Lösung ist. Wir können nur hoffen, dass sich die Konventsmehrheit so entscheidet und dass es dann, wenn über die Vorlage entschieden wird, auch bei dieser Entscheidung bleibt. Denn der Irak-Krieg hat ja offenbart, wie weit Europa davon entfernt ist, mit einer Stimme zu sprechen und weltpolitisch Einfluss nehmen zu können. Er hat gezeigt, dass das ein ganz schwieriger Prozess ist.

Allerdings, Frau Kollegin Gräßle, Ihre Unterstellung, die Bundesregierung habe die europäische Einheit „mutwillig“ aufs Spiel gesetzt, ist meiner Meinung nach nun wirklich völlig abwegig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Ich würde Ihnen raten, Ihre europapolitische Karriere nicht mit solch abstrusen Polemiken zu beginnen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Von wegen Polemik! – Abg. Theurer FDP/DVP: Sie meinte wahrscheinlich konkret den Bundeskanzler! – Abg. Fischer SPD: Kollege Theurer!)

Die Bundesregierung hatte die klare Position, dass sie diesen Irak-Krieg nicht wollte. Andere Nationen wie Großbritannien hatten eine andere Position.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie sind viel zu schlau, als dass Sie nicht wüssten, wie wenig einleuchtend die Haltung der Bundesregierung zum Irak-Konflikt ist!)

Im Brüsseler Kompromiss – das habe ich hier an dieser Stelle schon einmal gesagt – hat man sich darauf geeinigt, dass man den Krieg als letztes Mittel keineswegs ausschließt, aber sehr wohl den Krieg als nächstes Mittel. Diese Position ist nach wie vor richtig.

Ich sage Ihnen bezüglich Ihres Hinweises auf die spanische Außenministerin: Der Papstbesuch in Spanien hat gezeigt, wo die spanische Bevölkerung und die spanische Jugend stehen: „Juan Pablo, olé, olé, olé!“ Da haben sie gezeigt, auf welcher Seite sie stehen: auf der Seite von Aznar oder auf der Seite derer, die sagen, Krieg müsse das letzte Mittel bleiben und dürfe nicht das vorletzte sein. Ich glaube, da brauchen wir uns gar nicht zu verstecken.

Solche Behauptungen aufzustellen, wie Sie, Frau Gräßle, das hier getan haben, kann den Integrationsprozess nicht befördern. Sie haben da eine verantwortungsvolle Aufgabe, wenn Sie zukünftig Europaparlamentarierin sind, und ich rate Ihnen, Reden zu halten, die Europa zusammenbringen und nicht weiter auseinander dividieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich meine, substanzielle Kritik ist immer erlaubt. Diese möchte ich mir jetzt gegenüber der von meiner eigenen Partei getragenen Regierung erlauben. Ich halte von diesem sicherheitspolitischen Militärprojekt von Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien nicht sehr viel. Es kann nicht die Aufgabe Europas sein, zu glauben, man könnte militärstrategisch mit den USA konkurrieren. Da sind die uns viele Jahre voraus. Es geht darum, dass die europäischen Völker ihre Linie, nämlich Kriege möglichst zu verhindern, durch eine zivile Präventionsstrategie in den transatlantischen Prozess einbringen. Das ist in erster Linie unsere Aufgabe und nicht, militärstrategisch mit den USA zu konkurrieren. Wir müssen mit ihnen kooperieren und unsere Traditionen einbringen. Das erwarten, glaube ich, die Menschen in Europa von uns. Auch die schweren Brüche, die es im transatlantischen Bündnis jetzt gegeben hat, können wieder gekittet werden, wenn man da wieder eine gemeinsame Richtung einschlägt, und diese kann nur heißen, keine Konfliktherde aufkommen zu lassen und wenigstens einen Bruchteil dessen, was die USA in ihre Militärstrategie stecken, in friedenspolitische Präventionsstrategien zu stecken. Dann

(Kretschmann)

kann das die europäischen Völker in dieser Frage wieder zusammen- und nicht auseinander bringen.

Ich glaube, das Motiv der Beitrittsländer ist unter anderem – ich finde das völlig legitim – . . .

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Kretschmann GRÜNE: . . . – ich komme sofort zum Schluss –, dass sie sich von dem Beitritt wirtschaftliche Prosperität versprechen. Ich glaube, das ist auch der Weg, in der ganzen Welt für Gerechtigkeit zu sorgen, denn Gerechtigkeit ist letztlich die Grundlage für Frieden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir diskutieren zum wiederholten Mal über den Europäischen Konvent, und das ist gut, damit wir uns immer wieder verständigen über den aktuellen Stand im Konvent, über die Beratungen in diesem Gremium, das den europäischen Verfassungsvertrag auf den Weg bringen soll. Aber diese Diskussion kommt jetzt in eine Phase – da hat der Kollege Kretschmann Recht –, in der es ernst wird. Wir befinden uns auf der Zielgeraden. Jetzt wird es konkret. Der erste Teil des Entwurfs, über den schließlich zu befinden sein wird, liegt auf dem Tisch.

Ich mache eine Einschränkung. Details des zweiten Teils des Vertrags, der für eine Gesamtbewertung, liebe Frau Kollegin Gräßle, in der Tat entscheidend ist, werden wir erst Ende Mai haben.

(Mehrere SPD-Abgeordnete unterhalten sich miteinander. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, Unterhaltungen draußen zu führen.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Die einzelnen Politikfelder, die in dem komplizierten Vertragswerk bisher geregelt worden sind, werden im zweiten Teil des Vertrags enumerativ aufgezählt. Da kommt dann die Landwirtschaftspolitik, da kommt der Städtebau, da kommt der Umweltschutz, da kommt der Verbraucherschutz, und zwar sehr konkret, wie sich aus den bisherigen Vertragswerken ergibt. Erst dann wird eine Gesamtbewertung möglich sein, ob wir eine funktionstüchtige Kompetenzabgrenzung, eine klare Aufzählung der Kompetenzen bekommen oder nicht. Wir haben im Augenblick nur den Hauptteil, den ersten Teil des Vertragswerks, auf dem Tisch. Deshalb ist es für eine abschließende Bewertung wirklich zu früh. Ich will es so deutlich sagen. Die entscheidenden Diskussionen werden im Juni sein. Die Tagungsfolge des Konvents wird noch gewaltig zunehmen. In der ersten Junihälfte sind fast täglich Diskussionen im Konventsprozess zu erwarten.

Wir werden ein Problem haben. Für die Ergebnisfindung wird die so genannte Konsensmethode angewandt. Das heißt, es wird nicht bei den einzelnen Ziffern abgestimmt und eine Mehrheit gebildet, wie wir das parlamentarisch gewöhnt sind, sondern es wird versucht, die Mehrheit, den Konsens festzustellen. Da kann es leidvolle und für uns nicht akzeptable Kompromissbildungen geben, sodass ich nicht die Euphorie hier mildern möchte, aber doch zu einer gewissen Vorsicht mahne, weil wir erst im Juni klar sehen. Am 20./21. Juni wird beim Europäischen Rat in Thessaloniki bereits der Gesamtentwurf übergeben und dann vermutlich am 30. Juni in einer Sondersitzung die Regierungskonferenz eingesetzt. Jetzt wird es wirklich entscheidend sein, dass wir uns in diesem Entwurf im Juni in weiten Bereichen wiederfinden können.

Ich will heute über drei Themen sprechen und damit auch Ihre Debattenbeiträge aufgreifen: die Institutionen, die Kompetenzordnung und die regionalen Anliegen.

Bei den Institutionen steht die grundsätzliche Frage der Machtverteilung zwischen den Organen natürlich im Vordergrund. Die Stärkung von Kommission und Parlament zeichnet sich ab. Streitpunkt ist die gleichzeitige Stärkung des Rats durch einen europäischen Ratspräsidenten. Insbesondere die kleinen Mitgliedsstaaten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind aus Eigeninteressen sehr gegen diesen Vorschlag. Und so wie für uns manches unerlässlich ist in der Konsensfindung, sind wir an dieser Stelle noch nicht sicher, ob wir eine Zustimmung in den kleinen Mitgliedsstaaten bekommen. Die Landesregierung hat sich immer dafür eingesetzt, weil wir in dieser europäischen Verfassung auch das Staatenprinzip zum Ausdruck bringen müssen, dadurch dass es eine Aufwertung der ständigen Repräsentanz im Europäischen Rat geben wird. Deshalb haben wir auch den deutsch-französischen Vorschlag im Prinzip für richtig erachtet. Wir werden keine Europäische Union nur mit integrationistischen Elementen bauen können. Es wird immer ein Staatswesen sui generis sein, ein Verbund von Nationalstaaten und ein Verbund des europäischen Volkes, „von Völkern und Staaten“, wie es im Entwurf heißt, zwei Legitimationsquellen also.

Wenn das aber das Besondere an Europa ausmacht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann werden wir auch immer eine besondere Konstruktion für den Europäischen Rat brauchen. Da stimme ich mit dem überein, was in der Debatte gesagt worden ist: Man wird bei 25, 28, in Zukunft 32 oder 35 Mitgliedsländern den Ratsvorsitz nicht halbjährlich wechseln können und nicht davon ausgehen können, dass Länder wie Malta, Zypern oder jedes osteuropäische Land die Verwaltungskraft haben, in diesem halben Jahr auch den Europäischen Rat voranzubringen. Wir brauchen Kontinuität, und deshalb geht es nur mit einem europäischen Ratspräsidenten, der länger im Amt ist, der mit gestärkten Kompetenzen im Amt ist und der ein Kontinuum innerhalb dieser Europäischen Union darstellt.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Rückert CDU)

Allerdings muss man die Kompetenzen zum Kommissionspräsidenten abgrenzen, damit wir keine Nebenregierung bekommen, und da liegt der Teufel im Detail; das wird die

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Schwierigkeit sein. Diese Kompetenzabgrenzung im Detail zum Kommissionspräsidenten, den wir ja auch nicht schwächen wollen, und zur Kommission in ihrer Initiativfunktion für die europäische Entwicklung haben wir noch nicht auf dem Tisch des Hauses. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Kommissionspräsident und Ratspräsident wird wirklich die eigentliche Schwierigkeit sein.

Wir lehnen ein Präsidium als Unterbau ab. Wir treten für die Verkleinerung der Kommission ein. Ich glaube, an dieser Stelle ist etwas gelungen, was man am Anfang nicht erwarten konnte, was im Augenblick aber seitens der kleinen Mitgliedsstaaten sehr kritisiert wird, nämlich dass wir die europäische Regierung, die Europäische Kommission wirklich auf 15 Kommissare zurückführen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Es wäre ein Unding, wenn man 25, 28, 30 Kommissare mit kleinen Zuständigkeitsbereichen hätte. Es ist ein großer Erfolg, dass sich jetzt abzeichnen beginnt, dass man sich auf 15 Kommissare verständigen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Bei der Wahl des Kommissionspräsidenten sehen wir noch nicht ganz klar. Es gibt verschiedene Modelle. Das eine Modell im Präsidiumsentwurf sieht ein Vorschlagsrecht des Europäischen Rats und die anschließende Wahl durch das Europäische Parlament vor. Wir können es uns auch andersherum vorstellen: Wahl durch das Europäische Parlament und danach Bestätigung durch den Rat. Aber immerhin ist die doppelte Legitimation durch Staaten und Völker auch in der doppelten Wahl und Bestätigung durch Rat und Parlament ausgedrückt. Das ist in diesem Mechanismus angelegt, und auch dies ist im bisherigen Entwurf ein Fortschritt.

Ich komme zum Thema Mehrheitsentscheidungen. Kollege Maurer hat ja sehr stark auf den Ausbau der Mehrheitsentscheidungen abgestellt. Der Präsidiumsvorschlag sieht eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten und drei Fünftel der Bevölkerung vor. Man kann sich auch Weitergehendes vorstellen: zwei Drittel der Bevölkerung. Aber wichtig ist jedenfalls ein doppeltes qualifizierendes Mehrheitsquorum bei der Entscheidungsfindung. Darüber sind wir uns einig.

Wichtig ist allerdings, dass wir das Mehrheitsprinzip umso breiter anwenden können, je mehr wir uns im ersten und im zweiten Teil des Vertrags auch im Detail auf eine klare Kompetenzabgrenzung verständigen. Wenn da noch Erweiterungsmöglichkeiten – etwa durch die Flexibilitätsklausel, den bisherigen Artikel 308 – für die Europäische Union verbleiben, werden wir uns umso weniger in Richtung Mehrheitsentscheidung bewegen können.

Deshalb: Wer eine saubere Verfassung mit klar geregelten Kompetenzen hinbekommt, kann danach im Rahmen dieser gefundenen Zuständigkeiten und Verfahren auch mit einem doppelt gestuften Mehrheitsbildungsprozess zu einer wirklichen mehrheitlichen Entscheidung kommen. Darauf können wir uns einlassen. Aber die Voraussetzung der Kompetenzordnung, Herr Kollege Maurer, ist dafür eben Grundlage.

In der Verteidigungspolitik brauchen wir – lassen Sie mich das institutionell sagen –, glaube ich, mehr Zusammenar-

beit, ebenso in der Außenpolitik. Deshalb war der Ministerpräsident im Konvent immer auch für die Doppelfunktion des Außenministers als Bevollmächtigter der Staaten und als Kommissar, dass er also mit zwei Funktionen auftritt. Etwas anderes geht gar nicht. Aber in der Verteidigungspolitik wird dieser Konvent wenig erreichen. Diesbezüglich sind wir, lieber Kollege Maurer, nicht weitergekommen. Dort gibt es die stärkste Zurückhaltung sowohl bei den Franzosen als auch bei den Spaniern und bei den Briten. Der „Pralinengipfel von Brüssel“ – so ist er ja genannt worden – mit Beteiligung von Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland ist geradezu Ausdruck dessen, dass im Konventsprozess in der verteidigungspolitischen Zusammenarbeit nichts erreicht werden konnte.

Ich glaube auch nicht, dass dieser Gipfel besonders nützlich war. Die Kommentatoren sind sich in der Bewertung des Gipfels ja auch darüber einig gewesen, dass er eine Show war, dass er ein Beitrag zum belgischen Wahlkampf war, dass er aber in der Substanz zu nichts geführt hat. Ich glaube, wir müssen den Spaniern, den Franzosen, den Briten Zeit lassen; aber auf Dauer werden wir auch eine europäische Sicherheitspolitik erreichen. Ich würde nur raten, dass wir das nicht in Abgrenzung zu anderen Ländern tun sollten und auch nicht durch „Sonderkränzchen“, die sich bilden, sondern dass wir das durch eine einheitliche Zusammenarbeit auch in der europäischen Sicherheitspolitik versuchen. Die Briten und die Spanier waren natürlich über diesen Gipfel genauso wenig erfreut, wie sie über die unterschiedlichen Positionen im Irak-Konflikt erfreut waren. Außenpolitisch ist Europa ebenso wie in der Sicherheitspolitik von einer einheitlichen Sprache im Augenblick weiter entfernt als irgendwann in den vergangenen Jahren. Ich bedauere das, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Fischer SPD: Da hat es auch die Probleme noch nicht gegeben!)

Insgesamt dürfen Teil 1 und Teil 2 des Kompetenzkatalogs nur durch Ratifikation aller nationalen Parlamente geändert werden. Dabei muss der Bundesrat beteiligt werden. Dafür scheint sich im Konvent eine gewisse Sympathie abzuzeichnen.

Bei den Klagerechten zur Sicherung der Subsidiarität gehen die Entwürfe noch nicht weit genug. Der Entwurf sieht weder ein Klagerecht der einzelnen Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis noch ein Klagerecht aller nationalen Parlamentskammern vor.

Ich will an dieser Stelle sagen, dass das für den Bundesrat ein ganz entscheidendes Argument dafür sein wird, ob der Vertrag ratifiziert werden kann oder nicht. Wenn das Klagerecht aller Parlamentskammern und im Fall Deutschlands damit zumindest auch das Klagerecht des Bundesrats in der Verfassung nicht verankert werden kann, sehe ich große Ratifikationsprobleme. Ich hoffe, dass das in Europa auch so gesehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Klenk und Dr. Inge Gräßle CDU)

Lassen Sie mich sagen: *Conditio sine qua non* ist für uns neben dem Frühwarnsystem für nationale Parlamente das Klagerecht der zweiten Kammer.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Ein Wort zu den weiteren regionalen Anliegen: Die Sicherung der nationalen Identität unter Einbeziehung der regionalen Gliederung und der lokalen Selbstverwaltung ist im Präsidiumsentswurf enthalten. Das ist insgesamt positiv. Erfreulich ist auch die Sicherung des Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Verfassungsvertrag. Zum Gottesbezug in der Präambelformulierung kann ich gegenüber der letzten Debatte leider noch keine Veränderung des Diskussionsstands vermelden.

Zusammenfassend will ich sagen: Die nächsten Wochen werden entscheidend sein bei der Kompetenzfrage, beim institutionellen Aufbau, bei den regionalen Rechten, bei der Identität dessen, was einen Nationalstaat und seinen Aufbau ausmacht. Erst bei Vorlage von Teil 2 des Gesamtentwurfs des Verfassungsvertrags wird eine seriöse Bewertung möglich sein. Jetzt gilt es, nicht auseinander zu streben, sondern Allianzen zu bilden.

Insofern ist auch die innerdeutsche Zusammenarbeit zu erwähnen, die sich im Großen und Ganzen positiv gestaltet. Ich will auch daran erinnern, dass wir vor wenigen Wochen wieder einen Brief der deutschen Konventsmitglieder auf den Weg gebracht haben, der das Klagerecht der Parlamentskammern und der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis auch zum Anliegen der Bundesregierung und des Bundestags gemacht hat. Insgesamt kann diese Allianz dazu beitragen, dass wir auch etwas erreichen.

Nur, Herr Kollege Maurer, am Ende wird nicht nur der Ministerpräsident an dem gemessen werden, was herauskommt, sondern auch der deutsche Außenminister und der Vertreter des Bundestags werden daran gemessen, was herauskommt. Die entlassen wir auch nicht aus der Verpflichtung, in dieser Verfassungsdiskussion etwas für die deutschen Bundesländer zu erreichen.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, abschließend darauf hinweisen: Das Ergebnis der Regierungskonferenz muss Anfang kommenden Jahres von Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittelmehrheit gebilligt werden. Wir sind also als deutsche Länder in einer starken Position. Wir werden mit diesem Zustimmungsrecht, mit diesem Ratifikationsrecht nicht leichtfertig umgehen. Aber man muss es jetzt auf der Zielgeraden schon einmal deutlich formulieren.

Angesichts des Komplexitätsgrads halte ich nichts von dem Vorschlag, den der Kollege Theurer gemacht hat, diese Verfassung einer Volksabstimmung zu unterwerfen.

(Beifall des Abg. Kübler CDU – Abg. Drexler SPD: Oje, der Theurer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fürchte, dass wir in einer Volksabstimmung Negativallianzen geradezu herausfordern,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Angst vor dem Volk!)

die sich an einem Punkt entzünden und zu einer Koalition der verschiedenen Punkte kommen, die diese Verfassung,

die immer Kompromisscharakter haben muss, hinterher zu konterkarieren versuchen werden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Mut, Herr Minister!)

Deshalb kann ich nur sagen, ich bleibe bei meiner Linie,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Wir sind das Volk! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Keine Macht dem Volk!)

dass man sehr gut abwägen muss, ob eine Volksabstimmung bei diesem Komplexitätsgrad der Verfassung wirklich sinnvoll ist.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Alle Gewalt dem Volk!)

Ich halte von dem Vorschlag nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bitte, ihn sich auch als Koalitionsfraktion wirklich noch einmal zu überlegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Aha! In sich gehen! – Abg. Theurer FDP/DVP: Alle Gewalt geht vom Volke aus! – Abg. Teßmer SPD: Herr Theurer als Demokratiehetzer! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache beendet.

Sie stimmen der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1910 zu. – Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Berichten über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten, des SWR, des ZDF und des Deutschlandradios – Drucksachen 13/1420, 13/1860, 13/1568, 13/1579, 13/1593, 13/1909

Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer

Das Präsidium hat keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1909 zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses Ländlicher Raum und Landwirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum vom 7. März 2003 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik; EU-Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der AGENDA 2000 – Drucksachen 13/1903, 13/2029

Berichterstatter: Abg. Teßmer

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung Drucksache 13/2029 zu. – Es ist so beschlossen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vössschulte)

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Oktober 2002 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2000 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1998 (Nr. 16) – Haushalts- und Wirtschaftsführung der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt Baden-Württemberg (Otto-Graf-Institut) – Drucksachen 13/1455, 13/1990

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1990 zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 28. März 2003 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 1995 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1993 (Nr. 9) – Beherbergungs- und Bewirtschaftungsbetrieb der Fachhochschule – Drucksachen 13/1959, 13/1991

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Hier ist ebenfalls keine Aussprache vorgesehen. Sie stimmen der Beschlussempfehlung Drucksache 13/1991 zu. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/2014, 13/2015, 13/2016, 13/2017, 13/2018

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1968

Auch hier stelle ich gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, dem 28. Mai 2003, um 9:30 Uhr statt.

Ich darf abschließend darauf hinweisen, dass in der Lobby ein herrenloses Handy gefunden wurde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kann es kein damenloses sein?)

Ich werde es der Verwaltung übergeben. Wenn sich jemand findet, dem es gehört, kann er es dort abholen.

Ich danke Ihnen und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 16:25 Uhr